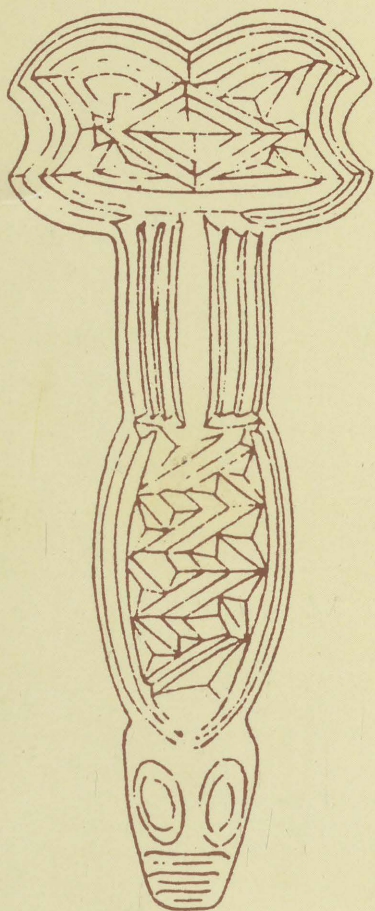


VERBAND DER LANDESARCHÄOLOGEN IN DER  
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



ARCHÄOLOGISCHE  
DENKMALPFLEGE  
UND FORSCHUNG

KOLLOQUIUM  
ANLÄSSLICH  
DER JAHRESTAGUNG  
WEIMAR 18. – 21. MAI 1992

LS

A

5829

THÜRINGISCHES LANDESAMT FÜR ARCHÄOLOGISCHE DENKMALPFLEGE





**Verband der Landesarchäologen  
in der Bundesrepublik Deutschland**

**ARCHÄOLOGISCHE DENKMALPFLEGE  
UND FORSCHUNG**

**Kolloquium anlässlich der Jahrestagung 1992  
Weimar 18. 5. – 21. 5. 1992**

Weimar 1993

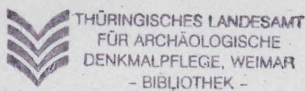
Thüringisches Landesamt für Archäologische Denkmalpflege

Überarbeitete Vorträge zum Kolloquium des Verbandes der Landesarchäologen in der Bundesrepublik Deutschland.

Herausgegeben vom Thüringischen Landesamt für Archäologische Denkmalpflege  
durch Sigrid Dušek

Redaktionelle Bearbeitung: Eva Speitel

45829  
handl.



Bezug durch das Thüringische Landesamt für Archäologische Denkmalpflege, Humboldtstraße 11,  
Postfach 458, O-5300 Weimar

Gesamtherstellung: Gutenberg Buchdruckerei Weimar GmbH

20.09.93



# Inhalt

|   |    |
|---|----|
| Vorbemerkung .....  | 5  |
| Heinz Günter Horn   |    |
| Zur Einführung .....  | 6  |
| Dieter Planck   |    |
| Bodendenkmalpflege und Forschung – Synonyme oder Gegensätze? .....  | 10 |
| Joachim Reichstein  |    |
| Forschung: Ziel der Archäologischen Denkmalpflege? .....  | 15 |
| W. J. H. Willems  |    |
| Archäologische Denkmalpflege und Forschung in den Niederlanden .....  | 22 |
| Heiko Steuer  |    |
| Bodendenkmalpflege und archäologische Feldforschung aus der Sicht der Universität .....   | 28 |
| Wighart von Koenigswald   |    |
| Bodendenkmalpflege und Forschung aus der Sicht eines Paläontologen .....  | 37 |
| Siegmar von Schnurbein  |    |
| Die Auswahl der Grabungsplätze durch die Römische-Germanische Kommission<br>des Deutschen Archäologischen Instituts in den Jahren seit 1956 ..... | 41 |
| Jochen Briegleb   |    |
| Förderaspekte der Deutschen Forschungsgemeinschaft bei Projekten<br>der Archäologischen Denkmalpflege .....                                       | 46 |
| Frank Fechner   |    |
| Bodendenkmalpflege und das Grundrecht der Forschungsfreiheit .....  | 49 |
| Janbernd Oebbecke   |    |
| Das Verhältnis von Bodendenkmalpflege und Forschung<br>aus verfassungsrechtlicher Sicht .....   | 56 |
| Alfred Haffner  |    |
| Zusammenfassung – Bilanz des Kolloquiums .....  | 65 |





## Vorbemerkung

Vom 18. bis 21. Mai 1992 fand auf Einladung von Frau Landesarchäologin Dr. Sigrid Dušek, Thüringisches Landesamt für Archäologische Denkmalpflege in Weimar, die Jahrestagung des Verbandes der Landesarchäologen in der Bundesrepublik Deutschland statt. Die etwa 50 im Verband der Landesarchäologen zusammengeschlossenen Leiter der Fachämter und Außenstellen nutzen die Gelegenheit bei solchen Tagungen zum Erfahrungsaustausch und zur kritischen Erörterung aktuell anstehender Probleme. Seit 1989 führt der Verband anlässlich seiner Jahrestagungen ein eintägiges Kolloquium durch, das sich mit grundsätzlichen Fragen der Landesarchäologie in Deutschland befaßt. Im Mittelpunkt der Weimarer Tagung stand das Kolloquium zum Themenbereich „Archäologische Denkmalpflege und Forschung“, ein Thema, das immer wieder nicht nur die Landesarchäologen, sondern alle in der archäologischen Forschung tätigen Fachkollegen beschäftigt und in unterschiedlicher Weise betrachtet wird. Auf Einladung des Verbandes nahmen an diesem Kolloquium zahlreiche Fachkollegen aus den Universitäten, Museen und anderen Forschungseinrichtungen teil, um zusammen mit einigen erfahrenen Juristen, die sich speziell diesem Fragenkomplex gewidmet haben, zu diskutieren. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Gefährdung unseres Bestandes an archäologischen Denkmälern aus den verschiedensten Epochen unserer Landesgeschichte war es Ziel dieses Kolloquiums aufzuzeigen, daß der Schutz unserer Denkmäler und damit die Bildung „Archäologischer Reservate“, wie sie der Verband schon vor Jahren gefordert hatte, eine der wichtigsten und vornehmsten Aufgaben der heutigen Denkmalpflege sein müssen. Daneben aber sollte auch der Aspekt der Forschungsgrabungen und der gezielten Fragestellung aufgezeigt und mit der Arbeit und den Zielen einer heutigen Archäologischen Denkmalpflege in Einklang gebracht werden.

Es ist mir ein besonderes Anliegen an dieser Stelle zunächst einmal dem Organisator, Herrn Ministerialrat Dr. Heinz Günter Horn, Düsseldorf, für die Vorbereitung des Kolloquiums sehr herzlich Dank zu sagen. Mit in den Dank einschließen möchte ich alle Referenten, die bereitwillig waren, ihr Referat für den Druck vorzubereiten. Für die redaktionelle Bearbeitung und vor allen Dingen für die Drucklegung gebührt unserer Kollegin Frau Dr. Sigrid Dušek und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Thüringischen Landesamtes für Archäologische Denkmalpflege und des Thüringischen Landesmuseums herzlicher Dank. Möge diese Schrift mit dazu beitragen, über diesen Problemkreis nachzudenken vor dem Bewußtsein, daß unsere Denkmäler nicht unerschöpflich sind.

Stuttgart, im März 1993

Dieter Planck



# Zur Einführung

Heinz Günter Horn

Meine verehrten Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, Sie im Namen des Verbandes der Landesarchäologen in der Bundesrepublik Deutschland ganz herzlich zu dem Kolloquium „Archäologische Denkmalpflege und Forschung“ hier in Weimar begrüßen zu können. Es ist mir eine besondere Ehre, Herrn Referatsleiter Dr. Seifert – im Ministerium für Kunst und Wissenschaft des Landes Thüringen u. a. für die Bodendenkmalpflege zuständig - unter uns zu wissen. Daß Sie, sehr geehrter Herr Dr. Seifert, sich trotz der Hektik Ihrer ministeriellen Arbeit Zeit genommen haben, zumindest einige Stunden an dieser Veranstaltung teilzunehmen, zeigt uns die Wertschätzung, die Sie der Archäologischen Denkmalpflege entgegenbringen; Ihre Anwesenheit verdeutlicht aber auch, daß Sie Ihre Entscheidungen nicht allein „vom grünen Tisch“, sondern aufgrund eines intensiven Basisbezugs und aufgrund der Kenntnis der Probleme vor Ort treffen wollen. Ich glaube, niemand dankt Ihnen diese Einstellung mehr als unsere Kollegin Frau Dr. Dušek.

Mit großer Freude begrüße ich auch die zahlreichen Universitätsprofessoren, die nicht dem Verband der Landesarchäologen angehören, gleichwohl aber aus Interesse an dem Thema sich diese Veranstaltung nicht entgehen lassen wollen.

Die große Teilnehmerzahl macht die Aktualität dessen, was es heute vorzutragen und zu diskutieren gilt, deutlich. Ich hoffe, daß das Kolloquium, das, was es jedem von Ihnen zu versprechen scheint, auch halten wird. Als Organisator wünsche ich mir nicht nur aufschlußreiche Referate – daß dies so sein wird, garantieren schon allein die Referenten – sondern auch eine lebhafte Diskussion im gegenseitigen Respekt voreinander. Ich würde mich freuen, wenn Sie am Ende der Veranstaltung allesamt das Gefühl hätten, keinen verlorenen Tag hinter sich gebracht zu haben.

Seit einigen Jahren, meine verehrten Damen und Herren, ist die Tagung des Verbandes der Landesarchäologen in der Bundesrepublik Deutschland gekoppelt mit einem interdisziplinären wissenschaftlichen Kolloquium zu Problemen der Bodendenkmalpflege und/oder der Umsetzung der Denkmalschutzgesetze in den verschiedenen Bundesländern. Diese Kolloquien dienen im wesentlichen der Standortbestimmung und Standortüberprüfung der Archäologischen Denkmalpflege. Sie sollen aber auch verdeutlichen, daß der Schutz und die Pflege von Bodendenkmälern nicht im politikfreien Raum, nicht losgelöst von gesellschaftlichen Gegebenheiten und dem Spektrum anderer, zum Teil öffentlicher Interessen, nicht ohne die Akzeptanz in der Öffentlichkeit und schließlich nicht ohne den ständigen Dialog mit Andersdenkenden und Andershandelnden überzeugend und dauerhaft betrieben werden können.

Für die, die nicht zum „Stammpublikum“ dieser Kolloquien gehören, sei gesagt, daß wir uns in den letzten Jahren mit

- Archäologie und Recht – Was ist ein Bodendenkmal?  
(1989 in Münster),
- Sinn und Unsinn archäologischer Rekonstruktionen  
(1990 in Traunstein) und
- Stadtarchäologie (1991 in Hamburg)

beschäftigt haben. Nicht nur die stets lebhaften Diskussionen der Referate, auch die erstaunliche Resonanz auf die gedruckten Dokumentationen der Kolloquien – bisher dokumentiert wurden die



Veranstaltungen in Münster und Traunstein – zeigen, daß der Landesarchäologenverband mit diesen Veranstaltungen auf dem richtigen Wege ist.

Das Thema des heutigen Kolloquiums stand schon lange im Raum. Bereits in Münster 1989 wurde es angerissen. „Archäologische Denkmalpflege und Forschung“ – ein Synonym? Gegensätze? Ist Forschung in der Bodendenkmalpflege möglich? Wenn ja, unter welchen Voraussetzungen? Mit welchem Ziel? Ist Forschung der Bodendenkmalpflege vielleicht sogar wesensimmanent? Welchen Stellenwert hat sie überhaupt in der Bodendenkmalpflege? Und dann weiter: Kann in den archäologischen Disziplinen an den bundesrepublikanischen Universitäten und Forschungsinstituten geforscht werden, ohne daß die spezifischen Belange der Bodendenkmalpflege Berücksichtigung finden? Und wieder anders: Können die besagten archäologischen Disziplinen forschen und gleichzeitig der Bodendenkmalpflege „Gutes tun“? Bodendenkmalpflegeämter hier, Universitäten und andere Forschungseinrichtungen dort: Zwei Welten? Oder doch Partner im Verfolg gemeinsamer Ziele?

Unstreitig ist sinnvolle und erfolgreiche Bodendenkmalpflege nur auf der Basis neuester Forschungsergebnisse möglich. Nach den Diskussionen an verschiedenen Orten und auf unterschiedlichsten Ebenen scheint allerdings umstritten, wer wann wo und wie forscht. Es sieht so aus, als sei es vor allem zu einem Meinungs- und Richtungsstreit zwischen Vertretern der archäologischen Disziplinen an den Universitäten auf der einen Seite und der Ämter für Bodendenkmalpflege auf der anderen Seite gekommen. Dabei ist zumindest erfreulich, daß keiner dem anderen die Fähigkeit zu forschen abspricht. Wohl aber verdichtet sich bei den Bodendenkmalpflegern der Eindruck, daß vornehmlich nach Auffassung der Universitäten und Forschungsinstitute der bodendenkmalpflegerische Alltag keinen allzu großen Raum zur Forschung lasse, weil Forschung – und gar erst Grundlagenforschung – langfristige Perspektiven, projektbezogene Kontinuität und ein spannungsfreies Umfeld benötige; dies alles sei am ehesten an den Universitäten und den einschlägigen Forschungsinstituten gegeben, deshalb sei eigentlich auch nur dort eine zielgerichtete und ertragreiche Forschung möglich. Außerdem wird immer wieder auf den Art. 5 GG hingewiesen, der die Freiheit von Forschung und Lehre an den Universitäten garantiere, deshalb z. B. auch die Ausgrabung archäologischer Denkmäler im Rahmen der universitären Forschungs- und Lehrprogramme einzig aus wissenschaftlichen Gründen ermögliche.

Spätestens hier setzt der Widerspruch der Bodendenkmalpfleger ein. Sie bejahen im Prinzip die Forschung um der Forschung willen; dabei verweisen sie auf die Denkmalschutzgesetze, die die Erforschung der archäologischen Denkmäler als eine der Aufgaben der Bodendenkmalpflegeämter festschreiben. Im Rahmen der allgemeinen Aufgabenstellung der Bodendenkmalpflege hätten jedoch der dauerhafte Schutz und das Bewahren Vorrang. Ausgrabungen, d. h. archäologische Forschung müsse deshalb primär und in Anbetracht der aktuellen Gefährdungstatbestände ausschließlich auf die ohnehin gefährdeten Bodendenkmäler abzielen. Da Ausgraben zerstören bedeutet, ginge es nicht an, den durch den unvermeidbaren Veränderungsdruck in Stadt und Land ohnehin unaufhaltsamen Substanzverlust an Bodendenkmälern durch eigenes Handeln noch zu vergrößern.

Das heutige Kolloquium soll nun die verschiedenen Standpunkte zu erhellen und Argumente auszutauschen versuchen, möglicherweise gegenseitiges Verständnis erwirken und Wege eines konstruktiven Miteinanders aufzeigen.

Im Namen des Verbandes danke ich den Referenten, die dabei behilflich sind. Besonders möchte ich hervorheben, daß sie alle wie selbstverständlich ihre Bereitschaft erklärt haben, mitzuwirken. Ich denke, daß die beiden ersten Referate verdeutlichen, daß auch von Seiten der Landesarchäologen das Thema „Archäologische Denkmalpflege und Forschung“ unterschiedlich angegangen und gesehen werden kann: Dies haben Prof. Dr. Planck, Landesarchäologe von Baden-Württem-



berg und Prof. Dr. Reichstein, Landesarchäologe von Schleswig-Holstein, bereits 1989 in Münster erkennen lassen.

Prof. Dr. Willems, Direktor des ROB und Chef der niederländischen Bodendenkmalpflege, wird sicherlich zeigen, daß die in Rede stehende Problematik keine rein deutsche ist. Schon beim letzten Kolloquium in Hamburg hatte uns Kollege Sarfatij vom ROB gelehrt, wie nützlich und lehrreich ein Blick über den bundesrepublikanischen „Gartenzaun“ sein kann.

Als Vertreter der Universitäten steigt Prof. Dr. Steuer, Ordinarius für Vor- und Frühgeschichte der Universität Freiburg, in den Ring. Heute zwar akademischer Lehrer hat er doch eine Zeit lang in Köln als Direktor des Stadtmuseums die städtische Bodendenkmalpflege beobachten und sich als Mittelalter-Archäologe in sie eingebunden fühlen können. Von seiner speziellen Sehweise des Themas bin ich überzeugt.

Viele wird es sicherlich überraschen, Prof. Dr. von Koenigswald, Ordinarius für Paläontologie an der Universität Bonn, unter den Referenten zu sehen. Dies hat eigentlich seine – aber nicht nur – nordrhein-westfälischen Gründe: Die Bindung paläontologischer Betätigung im Felde an die Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes machten – so heißt es in Nordrhein-Westfalen, wo „Zeugnisse tierischen und pflanzlichen Lebens aus erdgeschichtlicher Zeit“ Bodendenkmäler im Sinne des Gesetzes sind – Forschung und Lehre unmöglich und brächten dem Fach an den Universitäten den Tod. Bodendenkmalpflegerische Vorbehalte und Restriktionen eine Gefahr für Forschung und Lehre? Prof. von Koenigswald wird dazu aus der Sicht seines Faches sicherlich etwas zu sagen haben.

Von besonderem Interesse dürften im Zusammenhang mit unserem Thema auch die Tätigkeiten der Forschungsinstitute sein. Ich freue mich, daß sich Prof. Dr. von Schnurbein, Erster Direktor der Römisch-Germanischen Kommission in Frankfurt, bereit erklärt hat, hier die Auffassung und Politik seines Instituts in dieser Frage darzutun. Er wird nicht nur die Ausgrabungen in Manching zu bewerten wissen. Ich bin sicher, daß er sich dabei auch nicht ganz seiner langjährigen Erfahrungen in der Bodendenkmalpflege Westfalens entledigen kann.

Dr. Hoffmann als Direktor und Referatsleiter Architektur am Deutschen Archäologischen Institut in Berlin bestens vertraut mit den Zielsetzungen und Durchführungen deutscher Ausgrabungen im mediterranen Raum, wird uns daran erinnern, daß die hier angesprochene Problematik auch dort vorhanden ist; sicherlich müssen auch die Grabungsunternehmungen des DAI im Ausland sowohl unter Forschungs- als auch unter Bodendenkmalpflegeaspekten betrachtet und bewertet werden. Die verschiedenen Aufrufe von ICOMOS, des Europarates und der UNESCO fordern ja, mit den noch verbliebenen Resten des kulturellen Erbes der Völker pfleglich umzugehen. Und wie sieht die Deutsche Forschungsgemeinschaft das Problem? Sind ihre Förderrichtlinien, ihre Förderpolitik, wenn es um archäologische Untersuchungen in Deutschland – aber auch anderswo – geht, unter bodendenkmalpflegerischen Gesichtspunkten möglicherweise sogar kontraproduktiv? Dr. Briegleb, Abteilungsleiter der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Bonn, wird die hierzu notwendigen Erläuterungen bringen.

Letztlich hat das Thema „Archäologische Denkmalpflege und Forschung“ auch eine juristische Dimension. Hier konnte zum einen Dr. Fechner von der Universität Tübingen als Referent gewonnen werden, der sich mit dem rechtlichen Schutz archäologischen Kulturgutes – und damit verbunden u. a. mit der Forschungsfreiheit gemäß Art. 5 Abs. 3 GG – intensiv befaßt hat. Zum anderen beleuchtet Prof. Dr. Oebbecke von der Universität Münster die verfassungsrechtliche Seite des Themas. Er hat sich wiederholt zu bodendenkmalpflegerischen Problemen als Jurist gutachterlich geäußert. Im übrigen glaube ich mich – vielleicht ebenso wie der eine oder andere von Ihnen – noch lebhaft an seine möglicherweise doch etwas differenzierter zu interpretierende Aussage anläßlich des Münsteraner Kolloquiums 1989 erinnern zu können, daß die Freiheit von Forschung und Lehre dort zu Ende sei, wo die Interessen der Bodendenkmalpflege begännen.



Ich glaube, meine verehrten Damen und Herren, auch diesmal lassen also die Kompetenz und die unterschiedlichen Blickwinkel – vielleicht sogar die konträren Auffassungen – der Referenten ein „buntes“ und sicherlich auch aufregendes Programm des Kolloquiums erwarten. Wir, d. h. der Vorstand des Verbandes der Landesarchäologen in der Bundesrepublik Deutschland und ich als Organisator, wünschen uns allen einen guten Verlauf des heutigen Tages, eine lebhafte Diskussion des Dargebotenen und der Ansichten sowie bei Ihnen allen am Ende der Veranstaltung, die Prof. Dr. Haffner, Ordinarius für Vor- und Frühgeschichte der Universität Kiel, dann am Ende inhaltlich noch einmal zusammenfassen wird – wofür ich ihm besonders herzlich danken möchte – das Gefühl, daß sie Sinn machte und Gewinn brachte.



# **Bodendenkmalpflege und Forschung – Synonyme oder Gegensätze?**

Dieter Planck

Im Rahmen des Kolloquiums „Was ist ein Bodendenkmal? – Archäologie und Recht“, das 1989 in Münster abgehalten wurde, habe ich über das Thema „Rettungsgrabung und Forschung“ referiert. Daß ich mich heute bei unserem Kolloquium hier in Weimar erneut mit dieser Frage beschäftige, ist nicht zuletzt aus der langjährigen Erfahrung als Leiter der Archäologischen Denkmalpflege im Bundesland Baden-Württemberg und zugleich als Verantwortlicher für das neugegründete Archäologische Landesmuseum Baden-Württemberg zu sehen.

Blenden wir zurück in die Anfänge archäologischer Forschung in unseren Ländern, so steht im 18. und 19. Jh. der Gedanke der Erkundung unbekannter Stationen im Vordergrund. Sogenannte archäologische Abstinenz, also das Nicht-Ausgraben bekannter Fundstellen und die Erhaltung originaler Substanz im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten der einzelnen Bundesländer bis hin zu den „Archäologischen Reservaten“ und Grabungsschutzgebieten war damals noch nicht aktuell. Allein das Bedürfnis den Forschungsdrang zu stillen, war Anlaß Ausgrabungen durchzuführen, wo man neue Entdeckungen gemacht hatte. Immer wieder müssen wir darüber hinaus feststellen, daß vor allen Dingen im 19. und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jh. Grabungen durchgeführt, aber nicht rekultiviert worden sind. Häufig lassen sich die alten Grabungsschlitzte und -flächen, etwa an bedeutenden prähistorischen Befestigungsanlagen heute noch erkennen. Gerade dieses Phänomen zeigt m. E. sehr deutlich, daß der Schutzgedanke oftmals in keiner Weise berücksichtigt wurde. Ganz im Gegenteil, Forschungsdrang und der Wunsch, möglichst wertvolle Fundstücke zu entdecken, standen im Vordergrund.

Dennoch hat sich bereits gegen Ende des 19. Jh. und zu Beginn des 20. Jh. eine Veränderung abgezeichnet, infolge der Entstehung von Denkmalämtern, die sich ganz speziell auch mit Fragen des Schutzes archäologischer Denkmäler befaßten. Schon im Jahre 1904 hat H. Conventz unter dem Titel „Die Gefährdung der Nationaldenkmäler und Vorschläge zu ihrer Erhaltung“ Empfehlungen ausgesprochen, wie man Anlagen der Vorzeit (Pfahlbauten, Burgwälle, Grabhügel etc.) sowie Gegenstände der Kleinkunst (Urnen, Wirtschaftsgefäße etc.) und Werkzeuge und „Waffen von Knochen, Stein und Metall“ erhalten könne. Der Gedanke des Grabungsschutzes bzw. des Verzichtes auf Grabungen zur flächenhaften Sicherung des Denkmals hat sich damals jedoch nicht durchgesetzt.

Die ersten gesetzlichen Regelungen befassen sich nicht so sehr mit dem Schutz der Denkmäler, sondern der Umgang mit archäologischen Denkmälern und ihre Bedeutung wurden in Ausgrabungsgesetzen geregelt. Die drei Wurzeln der Denkmalpflege, dies sind „die wissenschaftliche Erkenntnis, das Gefühl der Verbundenheit mit der Heimat und ihrer Geschichte und die Freude an schönen und meistermäßigen Gestalten“, wie es K. Asal einmal ausgedrückt hat, verursachten ihre Verankerung in der Gesetzgebung. Vor allem die Aufnahme in die Weimarer Reichsverfassung im Jahr 1919 hat den Schutz und die Pflege der Denkmäler durch den Staat geregelt. In den zahlreichen Verordnungen, die in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts erlassen worden sind, werden als Schutzobjekt meist bewegliche und unbewegliche Gegenstände von historischer Bedeutung angesprochen. Erst das Badische Denkmalschutzgesetz von 1949 hat hier eigene Wege aufgetan. Anstelle der formelhaften Umschreibung des Schutzgegenstandes hat es den Versuch unternommen, für die Begriffsbestimmung der Bodenaltertümer, wie schon für den Begriff des Kulturdenkmals den immanenten Denkmalwert, d.h. die der Sache selbst anhaftenden Eigenschaften, die sie zum Denkmal stempeln, ersichtlich zu machen. Die modernen Denkmal-



schutzgesetze beinhalten nun, soweit ich es sehe, erstmals auch den Schutz vor Ort. Die Vorschriftenreihe hat die Pflege der Denkmale aus ur- und frühgeschichtlicher und aus geschichtlicher Zeit zum Ziel. Die Bodenaltertümer und sonstige Kulturdenkmale sollen gegen Vernichtung, Beeinträchtigung, Entfernung vom zugehörigen Standort und andere im Sinn der Denkmalpflege schädliche Veränderungen geschützt werden.

Das Einbringen dieser Schutzgedanken in die Denkmalschutzgesetze war m. E. auch der Anfang für unsere heutige Arbeit innerhalb der Archäologischen Denkmalpflege in den Bundesländern. Ohne weiter auf die historisch rechtliche Situation eingehen zu wollen, ist es nun die Kernfrage, wie wir heute mit unserem Bestand an archäologischen Denkmälern, den Bodendenkmälern, umgehen. In allen Denkmalschutzgesetzen der Bundesrepublik Deutschland ist heute der dauerhafte Schutz der Bodendenkmäler eines der wichtigsten Ziele. Durch die Verbindung der gesetzlichen Bestimmungen für archäologische Denkmäler und Baudenkmäler ist diese Frage relevant geworden, nämlich der Schutz der Baudenkmäler, die Erhaltung von Originalsubstanz und der Schutz der Bodendenkmäler und die Erhaltung der Originalsubstanz. Dieser Schutz wurde durch das öffentliche Interesse an der Erhaltung dieser Denkmäler gerechtfertigt. Das öffentliche Interesse wurde vor allen Dingen aus wissenschaftlichen und heimatgeschichtlichen Gründen definiert.

Es besteht keine Frage, daß damals noch nicht die Konsequenz gezogen wurde nur dort Grabungen durchzuführen, wo eine Gefährdung vorliegt. Dies hat sich m. E. erst im Laufe der Jahre, insbesondere durch die Erfahrungen mit der Zerstörung von Kulturdenkmälern im 2. Weltkrieg nach und nach herausgebildet, besonders auch unter dem Eindruck der Veränderung unserer heutigen Landschaft und dem ständigen Veränderungsdruck innerhalb der bebauten Bereiche. Archäologische Denkmäler sind in der heutigen Welt so stark gefährdet und in ihrer Substanz bedroht, daß sich hier für den modernen Denkmalschutz auf dem Gebiet der Archäologie eine Veränderung vollziehen muß. Die Gefährdungsursachen sind keineswegs nur die Ausweisung neuer Baugebiete, die Errichtung großer Straßen oder Überlandleitungen, sondern die fortschreitende Technisierung aller Zweige der Bau-, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft. Weiterhin sind die expansiven Maßnahmen zur Strukturverbesserung und die industrielle Nutzung oberflächennaher Rohstoffe akute Gefährdungsfaktoren, und sie zerstören weiträumig unsere Denkmallandschaft. Gerade unser Verband hat mit Hilfe des Umweltbundesamtes Fragen der äußeren Einwirkungen auf den Einzelfund näher untersucht, und wir hoffen, in absehbarer Zeit auch hier konkrete Ergebnisse und eventuell Verbesserungsvorschläge vorlegen zu können. Daher ist es heute eine der wichtigsten Aufgaben der Landesarchäologie, mit dem gesamten Instrumentarium der rechtlichen Möglichkeiten unsere Denkmäler zu schützen. Heute können Bauleitpläne zu Instrumenten vorbeugenden Umweltschutzes werden, ohne dadurch ihre wirtschaftliche und soziale Steuerungsfunktion aufgeben zu müssen. Aber wie selten wird noch in Planungen archäologische Substanz als unersetzliches Kapitel der jeweiligen Orts- und Landesgeschichte mit dem ihr zukommenden Gewicht berücksichtigt?

Wie viele Archäologen können sich durchsetzen und einen Bodeneingriff in eine besonders geschichtsträchtige Zone mit dem Ziel abwehren, wertvolles archäologisches Kulturgut auf Dauer für spätere Generationen zu erhalten? Die Städte unterliegen einem starken Veränderungsdruck. Tiefbaumaßnahmen, Straßenbauten, Tiefbaugaragen und U-Bahn-Bauten haben in den letzten Jahren unter dem Druck der funktionsfähigen und lebenswerten Stadt in sehr großem Maße zugenommen und werden uns auch in den nächsten Jahren weiterhin beschäftigen, so daß es dringend geboten erscheint auch hier Schutzmaßnahmen einzuleiten und Reservate einzurichten.

Gewaltige Probleme schaffen auch die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe, Kies und Sandgruben und die Nutzbarmachung feuchter Wiesen. So wurden etwa in den Mooren Süddeutschlands über Jahrtausende alte Kulturlandschaften mit hervorragend erhaltenen Denkmälern aus der Vorgeschichte durch Entwässerung zerstört. Aber auch die Technisierung der Landwirtschaft, die



großräumige Flurbereinigung und damit verbundene Flächenerosionen haben einen ungeheuren Zerstörungsprozeß an unseren archäologischen Denkmälern eingeleitet, dessen Ausmaß wir bisher nur erahnen können. Die hier angesprochenen Ursachen chronischer Gefährdung sind bei weitem nicht vollständig. Sie sollen nur schlaglichtartig deutlich machen, wie vielfältig die Gefahr für unsere archäologischen Denkmäler ist. Nicht nur durch moderne Baumaßnahmen oder durch Sanierungen im Gebiet unserer mittelalterlichen Städte, sondern auch draußen auf dem flachen Land und in den Waldgebieten sind zahlreiche Denkmäler bedroht.

Auch wenn wir vor diesem Hintergrund Jahr für Jahr in der deutschen Landesarchäologie Millionen von DM für Rettungsgrabungen ausgeben, so muß doch deutlich werden, daß durch diese Rettungsgrabungen meist unter zeitlichem Druck nur noch die letzte denkmalpflegerische Konsequenz, nämlich die Sicherung, Dokumentation und die Bergung der Funde erfolgen kann. Diese Denkmäler selbst sind vor Ort danach nicht mehr erhalten. Ihre historische Dimension und Aussagekraft wird von der Qualität der Grabung und der Dokumentation, der Restaurierung und wissenschaftlichen Auswertung abhängen. Vor allen Dingen zählen die Qualifikation des Archäologen und die Fragestellungen, mit denen er an die Grabung heranging.

Diese wenigen Gedanken zur Gefährdung archäologischer Zeugnisse und zur aktuellen Situation der Denkmalpflege machen deutlich, wie sehr wir heute darauf bedacht sein müssen, nur noch dort Ausgrabungen durchzuführen, wo im Rahmen denkmalrechtlicher Maßnahmen kein anderer Schutz mehr möglich ist. In allen anderen Fällen sollten verstärkt archäologische Schutzmaßnahmen durchgesetzt werden, um die Denkmäler vor Ort in ihrem archäologischen Kontext zu erhalten. Jede archäologische Ausgrabung zerstört das Bodendenkmal. Deshalb muß in Abwägungen mit anderen öffentlichen Belangen stets geprüft werden, ob archäologisch wichtige Zonen für zukünftige Generationen ganz oder teilweise als „Archäologisches Reservat“ erhalten werden können. Damit stünden für unsere Nachfahren, für die Fortbildung und Weiterentwicklung wissenschaftlicher Untersuchungsmethoden, aber auch für die Klärung bisher nicht gelöster historischer Fragestellungen archäologische Denkmäler zur Verfügung. Diese sind vergleichbar mit Rohstoffen, nicht unendlich ersetzbar, sondern durch stetige Zerstörungen und Ausgrabungen zu einem bestimmten Zeitpunkt erschöpft und können nicht mehr befragt und mit aktualisierten Methoden erforscht werden. Jüngst hat die Bodendenkmalpflege im Rheinland geschätzt, daß lediglich noch 10 % der einstigen archäologischen Substanz in Innenstadtbereichen vorhanden sind. Diese Zahl macht deutlich, welcher Verlust an unserem Denkmalbestand zu verzeichnen ist und sollte alle Verantwortlichen, nicht nur hier im Saale, sondern im ganzen Land und darüber hinaus in ganz Europa alarmieren, sich für die Erhaltung wichtiger Bereiche unseres archäologischen Kulturerbes einzusetzen.

Betrachten wir die Aufgaben der Archäologischen Denkmalpflege in den letzten vier Jahrzehnten, so wird deutlich, daß vor allem unter dem finanziellen und personellen Aspekt zunächst nur kleinere Grabungen oder Grabungen aus wissenschaftlichen Fragestellungen heraus möglich waren. Heute hat sich hier ein deutlicher Wandel vollzogen. Ein Blick auf die Rettungsgrabungen der letzten Jahre, so etwa in Baden-Württemberg, macht deutlich, daß im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten heute große Schwerpunktgrabungen meist über Monate, ja teilweise über mehrere Jahre hinweg die Mitarbeiter der Archäologischen Denkmalpflege beanspruchen. Waren es noch vor zehn Jahren vorwiegend Grabungen von zwei bis drei Monaten Dauer, so hat sich hier eine grundsätzliche Veränderung eingestellt. Vor allen Dingen die großen Flächengrabungen, z. B. in neolithischen Siedlungen, in prähistorischen Befestigungsanlagen oder in römischen Stadt- und Siedlungsarealen, haben wichtige Erkenntnisse zur Siedlungsstruktur erbracht. Ähnliche Entwicklungen haben sich in den letzten zehn Jahren auch in Baden-Württemberg in der mittelalterlichen Stadtarchäologie vollzogen. Grabungen solcher Größenordnung von Denkmälern der Urgeschichte bis zur Neuzeit beherrschen heute die Archäologische Denkmalpflege in Baden-Würt-



temberg. Auch in anderen Bundesländern werden solche langwierigen, teuren Grabungen vielerorts durchgeführt. Dennoch läßt eine genaue Analyse der Berichte in den einzelnen Jahrbüchern erkennen, daß in vielen Fällen noch die kleineren Rettungsgrabungen vorherrschen. Es gilt zu fragen, wie der Einsatz unserer finanziellen Möglichkeiten sinnvoll angelegt werden sollte. Ein Punkt, der sicherlich auch im Rahmen dieses Kolloquiums unterschiedlich diskutiert wird.

Vor dem Hintergrund der akuten Gefährdung und der Möglichkeiten des zielorientierten Einsatzes hoher finanzieller Aufwendungen der Länder haben wir in Baden-Württemberg entschieden, solche großen Flächengrabungen durchzuführen und zu finanzieren anstelle vieler kleiner Rettungsgrabungen. In diesem Bereich beschränken wir uns heute auf Notbergungen, die häufig durch geschulte ehrenamtliche Mitarbeiter draußen im Land vorgenommen werden. Aus der großen Zahl solcher umfangreicher Rettungsgrabungen möchte ich nur einige wenige exemplarisch erwähnen, um deutlich zu machen, mit welchen Ergebnissen hier aufgewartet werden kann. So wurden 1979 mit großer Unterstützung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft und ab 1983 durch das Schwerpunktprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft unter dem Titel „Siedlungsarchäologische Untersuchungen im Alpenvorland“ hervorragende Einblicke in die jungsteinzeitliche Siedlungsstruktur, aber auch in die Umwelt in vorgeschichtlicher Zeit und ihre Veränderung durch den Menschen ermöglicht. Diese Untersuchungen, vor allen Dingen in Hornstaad am Bodensee und an zahlreichen Fundstellen in der Flachwasserzone am Ufer des westlichen Bodensees, erbrachten nicht nur detaillierte Einblicke in den Siedlungsablauf, sondern führten in Zusammenarbeit mit den verschiedensten naturwissenschaftlichen Disziplinen zu wichtigen Erkenntnissen über die damalige Umwelt. Erste große Einbrüche und menschliche Eingriffe in die bis dahin natürliche Landschaft und die damit verbundenen Zerstörungen und künstlichen Veränderungen werden erkennbar.

Ich bin der festen Überzeugung, daß durch zahlreiche kleinere Notbergungen solche Ergebnisse nicht hätten erarbeitet werden können. Die Siedlung bei Hornstaad ist ebenso akut gefährdet wie die fast vollständig untersuchte Siedlung Forschner im Federseegebiet. Am Bodensee zerstört der intensive Bootsverkehr und die damit verbundene Erosion den Uferrand mit den hervorragend erhaltenen Schichten. Im Federseegebiet werden Feuchtwiesen durch Grundwasserabsenkungen binnen weniger Jahre trockengelegt. Befunde aus Holz oder Fundstücke aus organischem Material können dann nicht mehr überdauern und sind in kürzester Zeit zerstört.

Mit Hilfe der Luftbildarchäologie gelang es im Raum Heilbronn und weiter westlich in den lößbedeckten Ebenen des Kraichgaus großflächige, z. T. über 30 ha umfassende, prähistorische Grabenwerke zu lokalisieren. Durch die intensive landwirtschaftliche Nutzung und die damit verbundene natürliche Erosion sind diese Siedlungen aufs höchste gefährdet. In den letzten Jahren haben wir deshalb dort mit einem hohen finanziellen Aufwand große, systematische Flächengrabungen durchgeführt. Zu unserer großen Überraschung fanden sich nicht nur neolithische Grabenwerke, sondern bisher völlig unbekannte hallstatt- und latènezeitliche Anlagen, deren Deutung zur Zeit noch offen ist. Aber auch die großen, systematisch seit Jahren durchgeführten Ausgrabungen in römischen Städten, so etwa in Rottweil, Ladenburg und Rottenburg ergaben genaue Einblicke in die Entwicklung römischer Siedlungen vom 1. bis zum 3. Jh. n. Chr.. Erste Parzellierungen des Grund und Bodens am Ende des 1. Jh. hatten oftmals Bestand bis in das 3. Jh. und wurden nach und nach mit jüngeren, z. T. massiven Steinbauten ausgestattet. Ohne systematische Flächengrabungen in den genannten Städten könnten solche interessanten Fragen zu römischen Siedlungen und ihre Entwicklung im 2. und 3. Jh. nicht geklärt werden. Auch für das frühe Mittelalter führten großflächige Untersuchungen zu wichtigen neuen Forschungsergebnissen. Von großer Bedeutung war die Entdeckung des wohl bedeutendsten und umfangreichsten bisher bekannten alamannischen Friedhofes Baden-Württembergs in Lauchheim mit seinen reichen Bestattungen des 6. und 7. Jh.. Mit der Lokalisierung der zugehörigen Siedlung konnte unter hohem



zeitlichem und personellem Einsatz und damit großem finanziellen Aufwand eine einmalige Befundsituation geklärt werden, die wichtige Erkenntnisse für die Landesarchäologie erbringt. Ich glaube, diese wenigen Beispiele mögen genügen, um deutlich zu machen, daß die Archäologische Denkmalpflege grundlegende Erkenntnisse für die Frühgeschichte unserer Länder liefert. Dies läßt sich auch auf andere hier nicht genannte Zeitepochen übertragen; auf die Urgeschichte und ebenso die Stadtarchäologie, mit der wir uns ja im vergangenen Jahr bei unserem Kolloquium in Hamburg intensiv beschäftigt haben.

Ich glaube auch, daß diese wenigen Beispiele genügen, um deutlich zu machen, daß die Archäologische Denkmalpflege damit heute Grundlagen sowohl für die Erforschung der Frühgeschichte als auch für die mittelalterliche Geschichte unserer Länder erarbeitet.

Ich bin aber der festen Überzeugung, daß im wesentlichen nur große flächendeckende Rettungsgrabungen oder über Jahre hinweg systematisch verfolgte Einzeluntersuchungen zu wesentlichen Fragen der historischen Forschung beitragen.

Archäologie ist historische Forschung. Dort, wo mit archäologischen Methoden keine historischen Ergebnisse mehr erbracht werden können, endet allerdings für mich der Auftrag der Archäologischen Denkmalpflege.

Gerade dieser Aspekt ist m. E. in jüngster Zeit bei verschiedenen Überlegungen im Zusammenhang mit neuzeitlicher Archäologie verlorengegangen.

Durch große, systematisch durchgeführte Grabungen können Fragen der Siedlungsgröße und der Siedlungsentwicklung mit dazugehörigen Bestattungsplätzen sehr genau analysiert und in ihrer historischen Dimension eingeordnet werden. Untersuchungen, die sich auf Grubenreste oder einzelne Gräber beziehen, sind dagegen meist in ihrer historischen Aussage erheblich reduziert und spielen in der Archäologischen Denkmalpflege eine untergeordnete Rolle.

Ich weiß, daß viele meiner Kollegen anderer Meinung sind, doch es sei gerade in diesem Kolloquium gestattet, einmal diese Haltung sehr prononciert zum Ausdruck zu bringen.

In einer Zeit, in der auch die finanziellen Möglichkeiten der Archäologischen Denkmalpflege in vielen Bundesländern ihre Grenze erreicht haben, müssen Prioritäten gesetzt und auch in vielen Fällen archäologische Substanz geopfert werden. Gerade diese Schwerpunktbildung fordert jedoch vom Konservator höchste wissenschaftliche Präsenz und eine umfangreiche, breit angelegte wissenschaftliche Ausbildung. Eine einseitige Spezialisierung führt hier sehr oft zu Fehlentscheidungen, die auch für die weiteren Forschungen erhebliche Defizite mit sich bringen.

Gerade an die hier anwesenden Universitätslehrer sei der Appell gerichtet, im Rahmen ihrer Ausbildungsmöglichkeiten für unseren zukünftigen wissenschaftlichen Nachwuchs, der zu einem erheblichen Prozentsatz seine zukünftige berufliche Bestätigung im Dienste der Archäologischen Denkmalpflege findet, Wert darauf zu legen, daß die Ausbildung möglichst breit und umfassend ausgerichtet wird. Ich glaube, dies ist der beste Garant für die Fortsetzung einer guten wissenschaftlichen Arbeit auch unter dem Zeichen der Schwerpunktbildung.

Dagegen müssen durch die Archäologische Denkmalpflege konsequent archäologische Untersuchungen in Arealen und Fundgebieten verhindert werden, die nicht akut gefährdet sind. Solche Denkmäler gilt es für zukünftige Forschungsmöglichkeiten zu erhalten und ihnen optimalen Schutz nach allen rechtlichen Möglichkeiten, die wir heute in den einzelnen Bundesländern besitzen, zu gewähren.

Die Archäologische Denkmalpflege allein erarbeitet die Grundlagen und die Voraussetzungen für zukünftige verbesserte Forschungsmöglichkeiten. Ich glaube, die Forschung maßgeblich zu unterstützen, ist die vornehmste und wichtigste Grundlage der Archäologischen Denkmalpflege.



# Forschung: Ziel der Archäologischen Denkmalpflege?

Joachim Reichstein

„Wer nicht neugierig ist, erfährt nichts“ – in Weimar zitiert man Goethe. „Wer nicht neugierig ist, erfährt nichts.“ Vor 214 Jahren sagte das Sora im Herzoglichen Liebhaber-Theater: Am 30. Januar 1778 hatte die Herzogin Luise Geburtstag. Der Geheime Legationsrat Goethe unterhielt die Hofgesellschaft mit seiner heute kaum mehr bekannten Satire „Triumph der Empfindsamkeit“ mit Musik vom Freiherrn von Seckendorff, Herzoglichem Kammerherrn und Directeur des plaisirs. Goethe in der Rolle des Königs Andrasen auf der Bühne – wer nicht neugierig ist, erfährt nichts.<sup>1</sup>

Archäologische Denkmalpflege, meine Damen und Herren, Schutz und Pflege archäologischer Denkmäler ist in Mitteleuropa ein Kind des Historismus mit seiner modernen Einstellung zur Geschichtlichkeit aller kulturellen Erscheinungen und seinem bewußten Traditionalismus, zum Teil als Antwort auf die Aufklärung und die Ideen der Französischen Revolution. Erinnern Sie sich, daß es im Zusammenhang mit dem Fortschrittsgedanken der Aufklärung zu einer eingehenden Beschäftigung mit der Geschichte gekommen war: Bayle hatte die Quellenkritik begründet; Hume, Gibbon und Voltaire hatten umfassende Werke der Geschichtsschreibung geliefert. Unter den Federn Montesquieus, Condorcets und Herders waren nicht weniger umfassende Werke der Geschichtsphilosophie entstanden. Gibbon und Montesquieu problematisierten den Kulturverfall.<sup>2</sup>

Geschichte äußert sich in Geschichten. Lassen Sie mich die Geschichte von Friedrich Christian Karl Heinrich Münter erzählen. Wenn man so viele Vornamen hat, stammt man aus Gotha. Münter wurde dort 1761 geboren. Sein Vater Balthasar wurde 1765 – zehn Jahre bevor Goethe erstmals in Gotha war – sein Vater also wurde 1765 Prediger bei der deutschen Petriergemeinde in Kopenhagen. Der Sohn zog mit und wurde 1788 Professor der Theologie in Kopenhagen und später (1808) Bischof von Seeland.<sup>3</sup>

Münter schrieb umfangreiche Kirchen- und dogmengeschichtliche Werke, hatte aber auch ausgesprochen antiquarische Interessen. Darin kommt eine typische Perspektive des historischen Bewußtseins zum Ausdruck, die – wohl nicht nur bei Münter – tiefer gegründet war als in bloß intellektuellen Einsichten. Ist doch die Kultur nach der Aufklärung eine sich selbst uneingeschränkt historisierende Kultur. 1778, also in demselben Jahr als Goethe sich bei Luises Geburtstag als Mime versuchte, 1778 nahm Münter dann auch folgerichtig an einer Ausgrabung teil – wer nicht neugierig ist, erfährt nichts.

Münter schrieb 1803 eine Abhandlung „Om Kivike-Monumentet i Skåne“. In der Einleitung klagt er: „Men fra Aar til Aar bliver Ødelæggelsen større: Hvad jeg i min Ungdom endnu har seet, er for flere Aar siden forstyrret: Og selv hine ældgamle ærværdige Mindesmærker ved Leire, selv Kongernes Grave, ere ei blevne forskaanede!“<sup>4</sup>

1 J. W. Goethe, Der Triumph der Empfindsamkeit. Goethes Werke, hrsg. im Auftrage der Großherzogin Sophie von Sachsen. Bd. 17 (1894) 1 ff., Zitat S. 50; Goethes Werke, Hamburger Ausgabe Bd. 14 (1960) 436 (Zeittafel). – U. Müller-Harang, Das Weimarer Theater zur Zeit Goethes (1991), 30 ff.

2 E. Troelsch, Der Historismus und seine Probleme (1922). – F. Meinecke, Die Entstehung des Historismus (1936,<sup>3</sup> 1959). – G. G. Iggers, Deutsche Geschichtswissenschaft (1971). – F. Jäger und J. Rüsen, Geschichte des Historismus (1992). – A. Wittkau, Historismus (1992).

3 Zu Münter u. a.: Meyers Konversations-Lexikon. 5. Aufl. (1897), 632 f. – Dansk Biografisk Lexikon. Bd. 12 (1898), 25 ff. – Aarbøger for Nordisk Oldkyndighed og Historie 1931, 292 ff. (V. Hermansen).

4 Skandinav. Museum 1803, I, 283 ff.; Aarbøger 1931, 295.



*Aber Jahr für Jahr wird die Zerstörung größer. Was ich in meiner Jugend noch gesehen habe, ist seit vielen Jahren perdu. Und selbst jene uralten ehrwürdigen Denkmäler bei Lejre, selbst die Königsgräber, sind nicht verschont worden.*

Das ist eine der frühen Stellen, in denen die Problematik des Denkmälerschwundes laut wird. Diese Problematik veranlaßte Münter 1805 zu einer Lesung über „Lejre i Sjælland“. Der Text wurde gedruckt. Einen Sonderdruck sandte Münter an die Dänische Kanzlei. Er verband dies mit dem Vorschlag, die Denkmäler in Lejre zu schützen. Münters Schreiben ist verloren. Das Journal der Kanzlei vermerkte aber unter dem 18. Mai 1806: „Professor (Münter) indsender en Beskrivelse over det gamle Lejre og indstillter, at de gamle Mindesmærker ej maa odelægges.“<sup>5</sup>

*Professor (Münter) sendet eine Beschreibung des alten Lejre ein und schlägt vor, daß die alten Denkmäler nicht zerstört werden dürfen.*

Münter war nach damaligem Verständnis Fachmann. Schon das Kanzleijournal („Professor“) läßt erkennen, daß die Verwaltung die Wissenschaft respektierte. Und nach einigem Hin und Her griffen die staatlichen Autoritäten Münters auf der Erfahrung anhaltenden und zunehmenden Denkmälerschwundes basierendes Denkmalschutzpostulat auf und gaben ihm gleich für das ganze Königreich Dänemark Geltung – einschließlich der Herzogtümer Schleswig und Holstein. (Seit ich das herausgebracht habe, werde ich nie mehr ohne innere Bewegung durch Gotha fahren). 1807 zeichnete Kronprinz Friedrich (VI.) eine Empfehlung der Kanzlei. „Den Kongelige Commission til Oldsagers Opbevaring“ war gegründet „for at samle, opbevare og hindre fra Ødelæggelse de Oldtidens Mindesmærker, der ere saa nødvendige til Alderdommens Studium og for Historiens Dyrkere, samt for at foranstalte en, saameget muligt, fuldstændig Revision af de endnu tilværende Oldsager.“<sup>6</sup>

*Die königliche Altertumskommission (war gegründet), um die Vorgeschichtsdenkmäler zu sammeln, aufzubewahren und vor Zerstörungen zu schützen, welche so notwendig für das Studium des Altertums und für die Geschichtsinteressierten sind, ferner um eine, soweit möglich, vollständige Revision der noch erhaltenen Altertümer durchzuführen.*

Tätig wurden neben Honoratioren ausgesprochene Fachleute, nämlich Abrahamson, Münter, Nyerup und Thorlacius. Deren Sachverstand ging in hoheitliche Verfügungen zur Sicherstellung von Monumenten ein. Soweit war die Sache in Ordnung und klappte sogar – organisatorisch und fachlich. Doch an der Durchführung der „nöthigen Veranstaltungen“<sup>7</sup>, wie man damals formulierte, an der Garantie der Sicherstellungen durch eine Kontrollinstanz, haperte es dann. Kirchenvisitatoren, also Amtsmänner und Präpste, sollten sich darum kümmern, Verwaltungsträger, die – von zufälligen Ausnahmen abgesehen – keine fachliche Qualifikation für Denkmalpflege hatten. So blieben die hoheitlichen Verfügungen kaum mehr als Papier. Die damals geschützten Denkmäler sind zum größten Teil längst zerstört worden.

Wenige Dinge auf Erden sind lästiger als die stumme Mahnung, die von einem guten Beispiel ausgeht. Münters Denkmalschutzpostulat von 1806/07 war ein gutes Beispiel. Man erkennt:

1. Schon für die Etablierung von Vorformen moderner archäologischer Denkmalpflege war **wissenschaftliches Denken** konstitutiv.
2. **Fachleute** bestimmten die Denkmäler, die die staatliche Verwaltung zu sichern versuchte.
3. Man verstand in diesem Zusammenhang näherhin archäologische Denkmäler schon früh als **historische Quelle**, als „notwendig für das Studium des Altertums“.

<sup>5</sup> Aarbøger 1931, 296.

<sup>6</sup> Antiquariske Annaler 1, 1812, 120.

<sup>7</sup> Chronologische Sammlung der im Jahre 1811 ergangenen Verordnungen und Verfügungen für die Herzogtümer Schleswig und Holstein (1812), 15 ff.



Wenn es richtig ist, daß Forschung ein grundlegender Aspekt für wissenschaftliches Denken ist und daß archäologische Forschung nicht ohne archäologische Quellen möglich sein wird, dann folgt für unser Thema:

**Forschung war für die Vorformen moderner archäologischer Denkmalpflege konstitutiv. Sie sollten weitere Forschung möglich machen und bekamen in der Funktion für die Forschung ihren eigentlichen Sinn. Ihre Daseinsberechtigung war gleich doppelt in der Wissenschaft begründet.**

Daß auch hinter fürstlichen Dekreten wie die schon 1780 vom Landgrafen Friedrich II. von Hessen-Kassel erlassene „Verordnung, die Erhaltung der im Lande befindlichen Monumente und Alterthümer betreffend“ oder eine Verfügung Großherzogs Friedrich Franz I. von Mecklenburg von 1804 sowie eine Serie von Erlassen und Empfehlungen der Behörden, die im 19. Jahrhundert insbesondere auch auf eine gewisse Lenkung der Sammel- und Ausgrabungstätigkeit abzielen, Fachleute stehen, scheint plausibel, müßte allerdings genauer untersucht werden. Aber wenn 1808 die Meldung und Behandlung von Bodenfunden im Königreich Bayern geregelt wird, wenn im Großherzogtum Oldenburg 1819 archäologische Denkmäler unter die Obhut der Ämter gestellt werden; wenn später Weisungen zu ihrer Erfassung gegeben und eine Serie von Denkmälern in öffentlichen Besitz gebracht werden; wenn 1828 im Großherzogtum Baden Bodenfunde geschützt und wilde Ausgrabungen verboten werden, sind Wissenschaftler Paten und Nutznießer zugleich.<sup>8</sup>

Wissenschaft und Verwaltung sollen nicht immer effektiv sein. So konnte im ganzen gesehen selbst Wissenschaft und Verwaltung im Gespann nicht verhindern, daß im 19. Jahrhundert nicht zuletzt durch die beginnende Industrialisierung der Bestand an archäologischen Denkmälern dezimiert wurde und daß Raubgrabungen und Antiquitätenhandel unermesslichen Schaden an archäologischen Denkmälern angerichtet haben.

Es ist das unbestrittene Verdienst der historischen Vereine, in dieser Zeit wenigstens einen Teil des Fundguts gerettet und teilweise auch vorbildlich veröffentlicht zu haben. Überspitzt gesagt: Die Pflege der archäologischen Denkmäler war im 19. Jahrhundert in Deutschland Sache der historischen Vereine. Ihr wissenschaftlicher, der Forschung verpflichteter Ansatz und Einsatz ist unbestritten. Sie nahmen dem Staat Aufgaben ab, die er eigentlich hätte leisten müssen, die er aber schon damals nicht bezahlen konnte. Die Vereine spielten eine wesentliche Rolle bei der Gründung archäologischer Sammlungen und großer Museen. Wenn auch eine umfassende Organisation zum Schutz der archäologischen Denkmäler im 19. Jahrhundert nicht zustande gekommen ist, lassen sich in der gegenwärtigen Gliederung einiger Arbeitsbezirke der Denkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland die Tätigkeiten und Arbeitsbereiche regionaler historischer Vereine aus dieser Zeit noch immer erkennen (z. B. in Rheinland-Pfalz). Recht betrachtet, spiegelt sich in diesen Arbeitsbezirken Wissenschaft.<sup>9</sup>

Als im Zuge der europäischen Denkmalschutzgesetzgebung unseres Jahrhunderts auch in Deutschland die ersten umfassenden Gesetze erlassen wurden, in denen die Archäologische Denkmalpflege eine eigene Position fand, leistete wieder die Wissenschaft Geburtshilfe. Das gilt 1902 für das hessische „Gesetz, den Denkmalschutz betreffend“; das gilt auch 1911 für das Ol-

8. R. Steinmetz, Denkmalschutz und Denkmalpflege für vor- und frühgeschichtliche Altertümer in Bayern (1912). – H. Gummel, Forschungsgeschichte in Deutschland (1938). – R. v. Uslar, Vor- und frühgeschichtlicher Denkmalschutz. Fundber. aus Hessen 3, 1963, 5 ff. – A. Nold und G. Seib, Anmerkungen zur Hessen-Kasselschen Denkmalschutz-Verordnung vom 22. Dezember 1780. Hessische Heimat 25, 1975, 3 ff. – H. Hingst, Die Entwicklung der europäischen Denkmalschutzgesetze. Archäol. Informationen 4, 1978, 150 ff.

9. H. Heimpel, Geschichtsvereine einst und jetzt. In: Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert. Veröffentl. d. Max-Planck-Instituts für Geschichte. Bd. 1 (1972), 45 ff. – K. Pabst, Deutsche Geschichtsvereine vor dem Ersten Weltkrieg. In: Geschichtsvereine. Benzberger Protokolle 62 (1990), 9 ff. – G. John, 150 Jahre Verein von Altertumsfreunden im Rheinlande (1991).



denburgische Denkmalschutzgesetz. Bekannt ist Carl Schuchardts „Denkschrift über die Notwendigkeit eines gesetzlichen Schutzes der Bodenaltertümer in Preußen“. Schuchardt hat beim Entwurf des Preußischen Ausgrabungsgesetzes von 1914 eine entscheidende Rolle gespielt. Auch bei den gesetzlichen Regelungen in Bayern (1908), Hamburg (1920), Lübeck (1921), Mecklenburg-Schwerin (1929), Thüringen (1932) und Sachsen (1934) wirkte die Wissenschaft mehr oder weniger effektiv mit.<sup>10</sup>

Als nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik Deutschland nach und nach moderne Denkmalschutzgesetze verabschiedet wurden, bewährte sich die Allianz zwischen Wissenschaft und Verwaltung noch einmal, und die Politik folgte ihr. Das Gespann Hingst/Sellschop in Schleswig-Holstein<sup>11</sup> ist dafür wohl ebenso typisch wie das Paar Eckerle/Asal in Baden-Württemberg<sup>12</sup>. Die Vorschläge des Verbandes der Landesarchäologen in der Bundesrepublik Deutschland für neuzeitliche Denkmalschutzgesetze vom Dezember 1949 sind fast vergessen.<sup>13</sup>

Machen wir uns nichts vor, meine Damen und Herren: Das Klima zwischen Wissenschaft und Politik hat sich seither nicht überall verbessert. Dennoch wird die Daseinsberechtigung der Denkmalpflege **aus** der Wissenschaft und **für** die Wissenschaft bis in unsere Tage demokratisch bestätigt: Denkmalschutzgesetz Sachsen-Anhalt: „Es ist Aufgabe von Denkmalschutz und Denkmalpflege, die Kulturdenkmale als Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte und prägende Bestandteile der Kulturlandschaft ... zu schützen, zu erhalten, zu pflegen und wissenschaftlich zu erforschen“<sup>14</sup> – Konzept einer historischen Kultur.

Ausbildung einer historischen Kultur ist längst nicht mehr nur ein elitäres Bedürfnis kleiner Gruppen von Intellektuellen. Die Verwandlungsstufen der Welt, meine Damen und Herren, interessieren auch die Frau und den Mann auf der Straße – das ist meine tägliche Erfahrung. Instinktiv wird verstanden, daß man in einer Zeit ständiger rascher und grundlegender Veränderungen der Lebensverhältnisse ontologisch auf seine geschichtliche Herkunft angewiesen ist. Denkmalpflege, insonderheit archäologische Denkmalpflege hat – darin folge ich temperamentvoll Joachim Ritter, Odo Marquard und Hermann Lübke<sup>15</sup> – Denkmalpflege hat mit der „konstitutiven und unaufhebbaren Abstraktheit und Geschichtslosigkeit“ der modernen Welt zu tun. Geschichtslosigkeit fordert Denkmalpflege heraus, „weil die Gesellschaft notwendig eines Organs“ bedarf, „das ihre Geschichtslosigkeit kompensiert und für sie die geschichtliche und geistige Welt des Menschen offen und gegenwärtig hält“<sup>16</sup>.

Man erkennt: Denkmalpflege, insonderheit archäologische Denkmalpflege ist integrierender, also wesentlicher und unerläßlicher Faktor im Prozeß der mehr oder weniger bewußten und in der modernen Welt immer notwendiger gewordenen Aneignung von Geschichte durch den Menschen.

10 H. Sellschopp, Der Denkmalschutz in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Oldenburger Jahrbuch 60, T. 2, 1961, 23 ff. – H. Hingst, wie Anm. 8.

11 H. Sellschopp, Das schleswig-holsteinische Denkmalschutzgesetz. Die Gemeinde. Zschr. f. d. schlesw.-holst. Selbstverwaltung 10, 1958, 145 ff. – H. Hingst, Das schleswig-holsteinische Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmale. Offa 17/18, 1959–61, 181 ff.

12 H. Hingst, Denkmalschutz und Denkmalpflege in Deutschland. Badische Fundberichte. Sonderheft 7 (1964), 11. – H. Hingst, wie Anm. 8, 152. – A. Dauber, Zur Geschichte der archäologischen Denkmalpflege in Baden. Denkmalpflege in Baden-Württemberg 12, 1983, 47 ff., bes. 51.

13 R. v. Uslar, Geplante Bodendenkmalschutzgesetze in der Bundesrepublik. Lauenburgische Heimat N.F. 12, 1956, 17 ff. – H. Hingst, wie Anm. 8, 152. – Vgl. auch: „Vorschläge des Verbandes der Landesarchäologen in der Bundesrepublik Deutschland für neuzeitliche Denkmalschutzgesetze“ in: H. Hingst, wie Anm. 12, 13 ff.

14 Denkmalschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt v. 21. Okt. 1991 (GVBl. LSA Nr. 33/1991, ausgegeben am 28. 10. 1991) § 1 (1).

15 J. Ritter, Die Aufgaben der Geisteswissenschaften in der modernen Gesellschaft. Jahresschr. der Ges. z. Förderung d. Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster 1961, 11 ff. – O. Marquard, Über die Unvermeidlichkeit der Geisteswissenschaften. In: Apologie des Zufälligen (1986), 98 ff. – H. Lübke, Zeit-Verhältnisse (1983). – Ders., Im Zug der Zeit (1992).

16 J. Ritter, wie Anm. 15, 33.



Nun gibt es viele Möglichkeiten, sich in der Lebenspraxis geschichtlich zu orientieren; es gibt mannigfache historische Sinnbildungsleistungen. Alles, was aus vergangenheitsseeliger Mentalität resultiert, klammere ich aus. Bewußte Aneignung von Geschichte setzt wissenschaftliche Arbeit voraus. Man erkennt weiterhin: Denkmalpflege, insonderheit archäologische Denkmalpflege als integraler Faktor bewußter Geschichtsaneignung verlangt neben nun einmal notwendigem öffentlich-rechtlichem Verwaltungshandeln zum Vollzug der Denkmalschutzgesetze wissenschaftliches Denken und professionelle Forschungsarbeit. Nach meinem Verständnis ist jeder Landesarchäologe legal und legitim nicht zuletzt Leiter einer außeruniversitären staatlichen Forschungseinrichtung. Jedes archäologische Landesamt ist eine archäologische Forschungsstätte.

Wer als Archäologe vergangene menschliche Lebensformen verstehen und sie in Form prozeßhafter Vorgänge vergegenwärtigen möchte, ist auf Erkenntnisgrundlagen angewiesen. Die Erkenntnisgrundlagen des Archäologen sind archäologische Quellen, dinglich überlieferte Gegenstände und Tatsachen, Überreste im Droysenschen Sinne – keine archäologische Erkenntnis ohne archäologische Quelle.

Archäologische Quellen – und hier knüpfe ich an meinen in Münster gehaltenen Vortrag an, den Sie fast druckfehlerfrei nachlesen können<sup>17</sup> – archäologische Quellen sind unter Berücksichtigung der Denkmalrechtgesetzgebung längst Gegenstände des öffentlichen Rechts. Dinglich überlieferte Gegenstände und Tatsachen aus ur- und frühgeschichtlicher Zeit, Überreste im Droysenschen Sinne, fallen unter die Legaldefinition des Denkmals. Die archäologische Quelle, die für den Wissenschaftler sprudelt, ist für den Verwaltungsjuristen ein Denkmal, ein Kulturdenkmal, ein archäologisches (Kultur)denkmal oder ein Bodendenkmal. Schon diese Wortungetüme signalisieren weniger sprudelnde Quelle als vielmehr statische Unveränderbarkeit. Zum Denkmal als Rechtsbegriff gehört demgemäß das öffentliche Interesse an seiner Erhaltung. Dafür werden wissenschaftliche (geschichtliche) Gründe geltend gemacht. Ich darf noch einmal aus dem noch nicht ein Jahr alten Sachsen-Anhalter Denkmalschutzgesetz zitieren:

„Kulturdenkmale im Sinne dieses Gesetzes sind gegenständliche Zeugnisse menschlichen Lebens aus vergangener Zeit, die im öffentlichen Interesse zu erhalten sind. Öffentliches Interesse besteht, wenn diese von besonderer geschichtlicher, kulturell-künstlerischer, wissenschaftlicher, kultischer, technisch-wirtschaftlicher oder städtebaulicher Bedeutung sind.“<sup>18</sup> – Erhaltungspostulat aus wissenschaftlichen Motiven im öffentlichen Interesse!

Was aber ist das öffentliche Interesse? Bestimmt wird es als Gesamtinteresse der staatlichen Gemeinschaft, das sich in der ständigen Auseinandersetzung von Interessen und Meinungen bildet. So statisch sich das Erhaltungspostulat für archäologische Denkmäler aus öffentlichem Interesse auch ausnimmt, so dynamisch scheint das öffentliche Interesse selbst zu sein. Es resultiert aus der Auseinandersetzung von Interessen und Meinungen. Halten wir dies ruhig fest, denn da sind wir schon beim Thema:

Ich hatte betont, das jedes archäologische Landesamt eine archäologische Forschungseinrichtung ist. Ich hatte auch einen wissenschaftssystematischen und einen verwaltungsrechtlichen Blick auf archäologische Quellen bzw. Denkmäler getan. Von anderen archäologischen Forschungseinrichtungen unterscheiden sich die Landesämter dadurch, daß sie eine denkmalrechtlich gewollte besondere Verantwortung für diese archäologischen Quellen bzw. Denkmäler haben.

Quellen für archäologische Forschung kann man auch in den Bibliotheken der Universitätsinstitute erschließen: Wie viele Dissertationen wurden geschrieben, ohne daß der Doktorand auch nur ein Fundstück in der Hand gehabt oder eine Fundstelle besucht hätte. Quellen für archäologische

17 J. Reichstein, Das archäologische Denkmal als archäologische Quelle. In: H. G. Horn, H. Kier, J. Kunow und B. Trier (Hrsg.), Archäologie und Recht (1991), 31 ff.

18 Wie Anm. 14, § 2 (1).



Forschung stellen auch die Archive und Magazine der Museen bereit. Wer von uns hätte nicht durchaus erfolgreich in Bibliotheken und Museen planmäßig und zielgerichtet nach neuen Erkenntnissen gesucht. Aber wem die Ausweitung seiner Erkenntnismöglichkeiten und seines Erkenntnisstandes wichtig war, hat versucht neue archäologische Quellen durch systematische Ausgrabung zu erschließen. Nur Ausgrabungen erschließen archäologische Denkmäler im Rechtssinne als archäologische Quellen. Das ist die in der Archäologie typische Arbeitsweise. Ich muß nicht betonen, daß sehr unterschiedliche Techniken entwickelt worden sind, um die jeweilige Quellenerschließung zu optimieren.

Die Zeiten aber, in denen jeder Archäologe so, wie er wollte, sich an Ausgrabungen machen konnte, sind längst vorüber. Ohne Genehmigung (oder wenigstens Billigung) der zuständigen Landesarchäologen wird jede Ausgrabung zur Ordnungswidrigkeit oder zur Strafsache. Ist doch jede Ausgrabung, jede Erschließung eines archäologischen Denkmals als archäologische Quelle ein irreversibler Eingriff in das Denkmal. Ausgrabungen zerstören Denkmäler; sie laufen deshalb dem Erhaltungsgrundsatz im Denkmalrecht zuwider. Dennoch sind Ausgrabungen mit der Genehmigung der Archäologischen Denkmalpflege überall möglich. Allein: die Archäologische Denkmalpflege entscheidet letztlich, ob eine geplante Ausgrabung durchgeführt werden darf oder nicht. Der Genehmigungsvorbehalt für Grabungen setzt möglicherweise selbst der Wissenschaftsfreiheit eines Hochschullehreres eine Schranke.

Die Gründe dafür sind bekannt: Die moderne Welt hat den Denkmälerbestand stark dezimiert. Der noch erhaltene Denkmälerbestand ist nach wie vor und in wachsendem Maße durch diverse Zerstörungsprozesse – sie zu beschreiben braucht ein eigenes Kolloquium – akut und chronisch gefährdet. Einer ganzen historischen Disziplin kommen ihre Quellen abhanden. Quellengruppen wie Urnenfriedhöfe stehen längst auf der roten Liste. Da müssen Fachleute mit hoheitlichen Aufgaben, eben die Landesarchäologen, im Einzelfall entscheiden, ob es vertretbar ist, systematisch vorbereitete Ausgrabungen mit spezifischer wissenschaftlicher Zielsetzung auf andere Objekte auszurichten als solche, die akut oder chronisch bedroht sind und sowieso nicht erhalten werden können.

Verwaltungsrechtlich fällt ein Landesarchäologe solche Entscheidungen als Ermessensentscheidung. Ermessen heißt pflichtgemäßes Verwaltungshandeln; Ermessen ist nicht Willkür. Genehmigungen, nicht gefährdete Denkmäler auszugraben, werden an den denkmalpflegerischen Prinzipien orientiert und nur sehr restriktiv erteilt werden können. Genehmigungen in solchen Fällen werden Ausnahmen bleiben, die im Einzelfall nur aus besonderen wissenschaftlichen Gründen möglich sein werden.

Hier wird die moralische Verantwortlichkeit der Archäologischen Denkmalpflege sichtbar: gegenüber den archäologischen Denkmälern, gegenüber der Praxis der **eigenen** Feldarbeit und gegenüber der Einbindung der Feldarbeit von archäologischen Museen, Universitätsinstituten und anderen Forschungseinrichtungen in die Ziele der Denkmalpflege.

Die Entscheidung muß wohl fallen zwischen der Paradoxie der denkmalpflegerischen Absicht, Vergangenes für die Zukunft fortdauernd gegenwärtig zu halten und der notwendigen Einsicht, daß nur Forschung der Wissenschaft das Wissen verschafft. Dabei kann kein Landesarchäologe so tun, als gelte in diesem Punkte gerade für ihn eine weitgehend schrankenlose Wissenschaftsfreiheit. Das Gegenteil ist der Fall. Studieren Sie zum Thema einen lesenswerten Aufsatz von Dieter Martin<sup>19</sup>. Das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit ist gegen den Staat gerichtet; dies hat zur Folge, daß der Staat und seine eigenen Verwaltungsträger für eine Grundrechträgerschaft regelmäßig ausscheiden. So stellt sich die Gretchenfrage erst einmal für die Landesämter selbst.

---

19 D. Martin, Denkmalkunde und Wissenschaftsfreiheit. In: M. Petzet (Hrsg.), Beiträge zur Denkmalkunde. Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege 56 (1991), 122 ff.



Kann die Frage überhaupt zugunsten der Ausgrabung nicht gefährdeter Denkmäler entschieden werden? Selbstverständlich: Aber nur unter der Voraussetzung einer strengen Prüfung vor den denkmalrechtlichen Maximen – ich wiederhole mich – und vor dem Anliegen der Wissenschaft. Ermessen, sagte ich, ist alles andere als Willkür. Eine kontrollierbare, im Streitfall auch gerichtlich nachprüfbare Entscheidung wird nur fällen können, wer den Einzelfall als **Wissenschaftler** prüft, wer den Gegenstand seiner Wissenschaft beherrscht, ihre besondere Fragestellung kennt, die jeweils wissenschaftliche Problemlage zu erfassen vermag und mit den seiner Wissenschaft eigenen Methoden zu arbeiten versteht. Glauben Sie bitte nicht, daß das überall selbstverständlich wäre. Statt fachlich wird viel zu oft kollegial entschieden. Das ist natürlich auch ein hohes Gut, aber zu welchem Preis!

Ich komme zum Schluß. Sie haben längst gemerkt, meine Damen und Herren, daß das Fragezeichen hinter dem Thema meines Vortrags nicht von mir stammt. Von ihren Anfängen her hat die Archäologische Denkmalpflege ihre Daseinsberechtigung **von** der Wissenschaft und **für** die Wissenschaft. Das Handlungsprinzip der Wissenschaft heißt Forschung. Moderne archäologische Forschung außerhalb der Archäologischen Denkmalpflege wird gar nicht anders arbeiten können, als ihre Forschungsvorhaben mit der Archäologischen Denkmalpflege abzustimmen. Diese wird dabei ihre denkmalpflegerischen Prinzipien beachtet wissen müssen, ohne Forschung „blockieren“ zu wollen. Nur durch den aktuellen Umgang mit archäologischer Forschung wird sie den für öffentlich-rechtliches Verwaltungshandeln wichtigen Denkmalwert einzelner archäologischer Denkmäler oder ganzer Gruppen davon bestimmen können. Werden dabei denkmalpflegerische Prinzipien zu starr gesehen, kann die Entwicklung wissenschaftlicher Forschung gehemmt werden. Daß davon betroffene Archäologen ihre Forschungsarbeit ins Ausland verlagern könnten, wäre ein Menetekel.

Jede eigene Grabung der Archäologischen Denkmalpflege sollte Forschung sein. Wenn nicht eine wissenschaftliche Problemlage, sondern allein ein anrückender Baurupp eine Ausgrabung veranlaßt, sind das Personal und die Sachmittel dafür zu schade. Angesichts der goldenen Zügel, die die staatlichen Haushalte der Forschungsarbeit in der Archäologischen Denkmalpflege anlegen, will sie an wissenschaftlichen Fragestellungen problemorientiert geplant und zielbewußt und mit langem Atem durchgeführt werden. Die Archäologische Denkmalpflege kann im allgemeinen besser als z. B. Hochschullehrer mit mehr oder weniger festen und mehr oder weniger zu reichenden Personal- und Sachmitteln arbeiten. In der Regel kann sie besser als andere Forschungseinrichtungen über Jahre hinaus kontinuierliche Forschungsarbeit leisten. Es scheint m. E. eine wichtige Aufgabe der Landesarchäologen, so eine gewisse Kontinuität in der archäologischen Landesforschung zu sichern – wo möglich und gewünscht auch im Verbund mit Wissenschaftlern von archäologischen Museen, Universitätsinstituten und anderen Forschungseinrichtungen.

Das braucht Fachleute von solider und gediegener archäologischer Bildung, fachlich hochkarätige Mitarbeiter, das braucht Leute mit wissenschaftlichem Format. Nur die allerbesten sind gut genug für die Archäologische Denkmalpflege. Hier schließt sich der Kreis: Hier blicken die Landesarchäologen zu den Hochschullehrern, wie diese zu den Landesarchäologen schauten, als sie graben wollten.

Die Archäologische Denkmalpflege verschafft der archäologischen Forschung die Grundlagen. Das setzt eigene in sich zentrierte und aus sich lebende Forschung in der Archäologischen Denkmalpflege voraus – Forschung als Ausgrabung, Auswertung und Publikation. Forschung **ist Ziel** der Archäologischen Denkmalpflege. – Sie erinnern sich: „Wer nicht neugierig ist, erfährt nichts.“



# Archäologische Denkmalpflege und Forschung in den Niederlanden

W. J. H. Willems

Archäologische Denkmalpflege ist die Verwaltung des archäologischen Bestandteils unseres kulturellen Erbes mit dem Zweck, dieses Erbgut als Erkenntnisquelle unserer Geschichte und als Teil der Kulturlandschaft zu schützen. Bodendenkmäler können zwar als Teile der Kulturlandschaft auch selbst Erlebniswert haben, so daß man sie nur aus diesem Grund schützen will (Grabhügel, Wälle usw.), in den meisten Fällen jedoch geht es, hauptsächlich oder sogar ausschließlich, um ihren Wert als Erkenntnisquelle, als Teil unseres Bodenarchivs. Das ist der grundsätzliche Unterschied zwischen Baudenkmalpflege und Bodendenkmalpflege. Die Verwaltung des Bodenarchivs geschieht, indem es vor der Zerstörung geschützt wird, damit es auch für künftige Generationen als Erkenntnisquelle erhalten bleibt. Sollte das aus irgendeinem Grunde nicht möglich sein, dann muß dieses Archiv so optimal, wie es beim gegenwärtigen Stand der Forschung (und Technik) möglich ist, erforscht werden, damit uns wenigstens die Erkenntnisse erhalten bleiben. Archäologische Denkmalpflege hat also zwei untrennbare Seiten: Präventivpflege und Forschungspflege.<sup>1</sup>

Der Unterschied zwischen Forschungspflege und „reiner“ Forschung besteht eigentlich nur in dem Gesichtspunkt, unter dem man forscht, und liegt nicht von vornherein in der Art der Forschung selbst beschlossen. In der niederländischen Diskussion zu diesem Thema stehen theoretische Aspekte im Vordergrund; in **praktischer** Hinsicht ist es heutzutage, im Gegensatz zur Nachkriegszeit, kein heißes Eisen mehr.

Als der Rijksdienst voor het Oudheidkundig Bodemonderzoek (ROB), das Staatliche Amt für Archäologische Denkmalpflege, vor 45 Jahren gegründet wurde, waren seine Aufgaben ziemlich beschränkt.<sup>2</sup> Neben der Einrichtung einer nationalen Dokumentationsstelle von Funden und Fundstellen sollten eigentlich nur Ausgrabungen durchgeführt werden. „Forschungspflege“ war also die zentrale Aufgabe. Das neue Institut war in dieser Beziehung sogar als Monopolist gedacht: Der ROB sollte die einzige Instanz sein, die noch ausgraben durfte. Damit wurde nicht nur den zahlreichen Altertumsvereinen ihre Grabungstätigkeit genommen, auch die Museen und Universitätsinstitute hatten ihre Selbständigkeit verloren; ihre Mitarbeiter sollten nur noch als Gast des ROB Ausgrabungen durchführen dürfen.

Ein solches System konnte natürlich nicht funktionieren. Es hatte aber sowohl günstige als auch ungünstige Folgen. Günstig war es vor allem, daß die Grabungstätigkeit von Privatpersonen, Altertumsvereinen und allmählich auch die der meisten Museen beendet wurde. Grabungen zum Erwerb von Sammlungen, mochten diese nun privaten oder öffentlichen Charakters sein, gehörten damit definitiv der Vergangenheit an. Ungünstig war vor allem der unvermeidliche Streit der Universitätsinstitute gegen diese Regelung, da sie selbstverständlich nicht auf eigene Grabungen als unersetzbarem Teil ihrer wissenschaftlichen Forschungen verzichten konnten. Die daraus resultierenden Konflikte der fünfziger Jahre endeten erst nach Inkrafttreten des Denkmalschutzgesetzes im Jahre 1961. Wissenschaftliche Institute konnten nun vom Kultusminister eine Ausgrabungsgenehmigung bekommen. Damit war auch die Diskussion über das Verhältnis der Univer-

1 Geringfügig überarbeitete Fassung des in Weimar auf der Jahrestagung des Verbandes der Landesarchäologen in der Bundesrepublik Deutschland gehaltenen Vortrags. Ich danke Frau A. Wagner für die Übersetzung.

2 Vgl. den Überblick in W. J. H. Willems 1992.



sitätsinstitute zum ROB und dessen sich daraus ergebender Funktion in der Archäologischen Denkmalpflege beendet.

Seitdem hat sich der Rijksdienst voor het Oudheidkundig Bodemonderzoek unter meinem Vorgänger Professor van Es zum größten archäologischen Forschungsinstitut der Niederlande entwickelt. Auf die vergangenen 25 Jahre zurückblickend hätte die Entwicklung auch kaum anders verlaufen können. In den sechziger und siebziger Jahren hatte die Gefährdung des archäologischen Erbes in den Niederlanden einen Umfang erreicht wie noch nie zuvor. Neubau in den historischen Stadtzentren, die rasche Erweiterung von Städten und Dörfern um immer neue Viertel, Straßenbau, Flurbereinigungen, durch die manchmal ganze Landschaften auf den Kopf gestellt wurden: sie alle haben zu einer ständig wachsenden Ausgrabungstätigkeit geführt, denn wo Präventivpflege nicht möglich ist, bleibt nur die Forschungspflege.

Einer zunehmenden Ausgrabungstätigkeit stehen jedoch nicht automatisch auch mehr wissenschaftliche Forschungsergebnisse gegenüber. Wenn man wie ein kopfloses Huhn durch das Gelände rennt und alles ausgräbt, was sich als gefährdete Fundstelle anbietet, dann mag das vielleicht Forschung sein; der Wert der so erworbenen Kenntnisse ist jedoch meistens zweifelhaft.

Ausgrabungen sind ein unverzichtbarer Bestandteil wissenschaftlicher Forschungen in der Archäologie. Nicht jede Ausgrabung ist jedoch automatisch gleichbedeutend mit einer wissenschaftlichen Untersuchung. Darauf wird unten zurückzukommen sein.

Auf der Jahrestagung der Society for American Archaeology (SAA)<sup>3</sup> gab es einen von der American Society for Conservation Archaeology organisierten Diskussionskreis zum Thema „Public Archaeological Science“. Unter den Teilnehmern befanden sich einige Archäologen von Universitätsinstituten, die sich anscheinend für archäologische Denkmalpflege interessierten, hauptsächlich jedoch Denkmalpfleger der verschiedensten staatlichen oder föderalen Institutionen und der sogenannten Contract Archaeology, also Archäologen, die für Ausgrabungsfirmen arbeiten. Erstere wirkten wie eine Art Manager, vielleicht vergleichbar mit Landesarchäologen, die über die schwierige ökonomische Situation sehr besorgt waren und, zu Recht, gute „public relations“ als lebenswichtig für die Conservation Archaeology, die Archäologische Denkmalpflege, ansahen. Die zweite Gruppe schien überhaupt mehr am edukativen Aspekt ihrer Arbeit interessiert zu sein als am wissenschaftlichen: Nicht Sinn und Qualität standen im Vordergrund, sondern das Publikum. Auch der dritten Gruppe, den bei Ausgrabungsfirmen tätigen Archäologen, lassen sich Ideale nicht unbedingt absprechen; sie sind jedoch für ihre Existenz, ihren Lebensunterhalt, immer von einer guten Finanzierung und damit von einem breiten öffentlichen und politischen Interesse an der Archäologie abhängig.

Diskutiert wurde folgendes:

**Most of our archaeological information about America's paleoenvironments, prehistory, and history today comes from projects conducted in response to public land use laws. Each such project provides some scientific information, but the quantity of those data, and their use in synthetic scholarship, is uneven. The discussions are an opportunity to share information about ways to enhance the quality of public archaeological science, within the constraints of cultural resource management requirements and the realities of limited fiscal resources, and diminution of nonrenewable scientific information.**

Wider Erwarten drehte sich die Diskussion fast ausschließlich um Fragen der Öffentlichkeitsarbeit: Wie rechtfertigen wir, daß so viel Geld für Archäologie zur Verfügung gestellt wird, wie überzeugen wir das Publikum davon, daß dies notwendig und wertvoll ist, daß es eine interes-

---

3 Die Tagung fand im April dieses Jahres in Pittsburgh, USA, statt.



sante Sache ist, daß es Spaß macht, usw. An sich sind das natürlich sehr legitime und für die Archäologie sogar lebenswichtige Themen, und es ist gut, das auch hier noch einmal zu betonen. Es gibt jedoch einen Unterschied zwischen politischen und inhaltlichen Fragen und Argumenten. Kein einziges Mal aber wurde die Frage diskutiert, weshalb all diese Ausgrabungen nun eigentlich notwendig sind und, als weitere Konsequenz davon, wie man dafür sorgen kann, daß sie auch wirklich etwas bringen. Nur damit ist der Forschung, und dadurch auch der Gesellschaft, wirklich gedient und es scheint mir, daß das sowohl in Pittsburgh als auch jetzt hier in Weimar die Kernfragen sind.

Über den Nutzen von Ausgrabungen wird auch in den Niederlanden in letzter Zeit viel diskutiert. Anlaß zu dieser Diskussion gaben die sich immer weiter ausdehnenden Sammlungen der Museen. Diese waren immer weniger instand, ihre Sammlungen angemessen zu betreuen, so daß ein Eingreifen des Staates notwendig wurde. Im Rahmen des sog. Deltaplan voor het Cultuurbehoud<sup>4</sup> bekamen die Staatlichen Museen zusätzliche Mittel, um einerseits die Konservierung ihrer Sammlungen zu verbessern, andererseits aber auch zur Förderung einer bewußten und zielgerichteten Selektion. Die Archive und die Bau- und Bodendenkmalpflege sind in diesen Prozeß mit einbezogen worden. Der ROB wurde beauftragt, gründlich zu prüfen, ob wirklich alle Funde für die Ewigkeit aufbewahrt werden müssen. Das klingt zunächst schockierend, doch ist es bei näherem Hinsehen sehr gut möglich, Funde auf verschiedene Weise zur Aufbewahrung zu selektieren.

Wichtiger jedoch als die Selektion von Funden ist die Auswahl von Fundstellen. Dabei geht es zunächst um die Fundstellen, welche auf irgendeine Weise gesetzlich oder durch Maßnahmen der Raumordnung geschützt werden sollen. „Amtliches“ Vorgehen, das sich darin erschöpft, Fundstellen unter Schutz zu stellen, ohne deren spezifischen Wert inhaltlich zu berücksichtigen, kann hier nicht zum Ziel führen. Da wir niemals instand sein werden, alles zu schützen, brauchen wir Kriterien, um zu entscheiden, wo wir die beschränkten Mittel an Geld und Personal am besten einsetzen. Neben mehr oder weniger objektiven Kriterien, wie Erhaltungszustand, Lage, Umfang, Tiefe usw., werden andere Kriterien benutzt, die überhaupt nicht objektiv sind, wie Repräsentativität, Seltenheit u. dgl. Die Kriterien, anhand deren entschieden werden muß, können ausschließlich durch wissenschaftliche Forschung gewonnen werden. Das ist der erste Punkt, in dem Forschung und Denkmalpflege engstens miteinander verknüpft sind.

Es ist zwar möglich, aber m. E. völlig sinnlos, Fundstellen zu schützen, ohne daß es einen wissenschaftlich untermauerten Grund dafür gibt: Erstens geht es hier um den Erhalt eines Teils des Bodenarchivs, das irgendwann in der Zukunft untersucht werden kann, zweitens müssen die Umwelt, die Planer, die Behörden, das Publikum, einen guten Grund haben, um sich damit abzufinden. Es kostet die Gesellschaft etwas, ein solches Stück Boden nicht für andere Zwecke zu verwenden, und sie verlangt etwas dafür zurück.

Forschung und Denkmalpflege sind auch in einem weiteren Punkt untrennbar miteinander verbunden: In der Bodendenkmalpflege ist es, anders als in der Baudenkmalpflege, nicht möglich, ohne großen Aufwand festzustellen, wo sich wichtige Bodendenkmäler befinden. Auch dafür ist Forschung unentbehrlich. Sie hat der Archäologie schon zahlreiche Mittel zur Erfüllung dieser Aufgabe geliefert, von Geländebegehung bis zu elektromagnetischen Geräten und photographischen Techniken, aber diese Entwicklung geht immer weiter. Die GIS, die geographischen Informationssysteme, werden mit ihren revolutionären Möglichkeiten auch für archäologische Analysen eine ganz neue Welt eröffnen.<sup>5</sup> Diese wissenschaftlichen Analysen werden auch der präven-

4 Memorandum „Erhaltung von Kulturgut in den Niederlanden“ (Deltaplan voor het Cultuurbehoud), Ministerium für Gemeinwohl, Gesundheit und Kultur, Rijswijk 1991.

5 Vgl. z. B. verschiedene Beiträge in C. U. Larsen 1992.



tiven Denkmalpflege weiterhelfen. Je besser wir über die Faktoren, die die Nutzung der Landschaft in der Vergangenheit bestimmt haben, informiert sind, desto besser werden wir auch imstande sein, archäologische Werte zu bestimmen oder sogar vorherzusagen. Der ROB wird in den nächsten Jahren versuchen, eine Art archäologische Potentialkarte der Niederlande zu entwerfen, die dann ständig nach neueren Einsichten verbessert werden und bei Raumordnungsfragen eine wichtige Rolle spielen kann. Dafür ist selbstverständlich wissenschaftliche Arbeit notwendig. Umgekehrt wird eine solche Karte bei vielen Dissertationen von großem Nutzen sein.

Genauso wichtig wie die Auswahl der Fundstellen, die geschützt werden sollen, ist die Selektion derer, die ausgegraben werden müssen. In den Niederlanden geht es dabei eigentlich immer um gefährdete Fundstellen; das Phänomen der Lustgrabung, der reinen Forschungsgrabung, ist fast völlig verschwunden. Auch in den Niederlanden tendiert man dazu, eine Ausgrabung durchzuführen, nur weil eine bedeutende Fundstelle verlorenzugehen droht. Dieses Prinzip der Rettung möglichst aller Fundstellen hat in der Vergangenheit dazu geführt, daß die Archäologen der niederländischen Bodendenkmalpflege eine Ausgrabung nach der anderen vornahmen, um zu retten, was zu retten war. Man kann eine solche Politik immer noch führen, weil die Mittel für Archäologie seit den sechziger Jahren stark zugenommen haben. Zwar gilt in der niederländischen Gesetzgebung noch nicht das Verursacherprinzip, das noch mehr „Forschungspflege“ ermöglicht, doch wird seine Einführung - wenn auch vielleicht in mehr oder weniger eingeschränkter Form - nicht mehr lange auf sich warten lassen und können die niederländischen Archäologen, wenn ich es richtig einschätze, in nächster Zukunft eine bessere Finanzierungsgrundlage erwarten.

Geht es nun aber wirklich darum, soviel wie möglich auszugraben? Wenn die neue Europäische Konvention von Malta zur nationalen Gesetzgebung wird und die Archäologen unter dem Verursacherprinzip nicht nur die Mittel zu Ausgrabungen, sondern auch zur Aufarbeitung der Funde und Befunde, ihrer Analyse und Publikation, bekommen, dann wird die Verlockung, alles ausgraben zu wollen, noch viel größer als sie jetzt schon ist. In der Praxis aber wird es wohl nie so schön werden. Erfahrungsgemäß ist es äußerst schwierig, eine Grabung wirklich mit dem optimalen Resultat abzuschließen, und vieles geht durch persönliche oder sachliche Umstände immer wieder schief. Dennoch werden wir Archäologen es immer wieder versuchen, aus einem Gefühl der Verantwortung heraus, in der Hoffnung auf unerwartete, besondere oder spektakuläre Resultate und ähnlichen Überlegungen. Wenn es jedoch nicht gelingt, jede einzelne Ausgrabung auch bis zur vollständigen Publikation durchzuarbeiten, etwas, das bisher nicht gelungen ist und vermutlich auch in Zukunft nicht gelingen wird, dann muß man sich fragen, ob dies der richtige Weg ist. Was dabei im Einzelfall unter „vollständiger Publikation“ zu verstehen ist, ist natürlich zum Teil von den Zielen und Ergebnissen der Grabung abhängig. Doch sogar bei einer guten Finanzierungslage wie in Deutschland und in den Niederlanden werden viele Grabungen, auch die mit wichtigen Ergebnissen, entweder überhaupt nicht oder erst mit großer Verspätung ausreichend analysiert und publiziert. Eine wissenschaftlich begründete Auswahl scheint hier dringend geboten, aber nicht nur das.

Ich gehöre zu denjenigen, die nicht daran glauben, daß wir es in der Archäologie mit Tatsachen zu tun haben. Was wir ausgraben, und was wir daraus schließen, das sind keine Fakten, sondern Interpretationen, geprägt von den heutigen technischen Möglichkeiten und unseren Vorstellungen, Gedanken und Weltanschauungen, denn die bestimmen, was wir überhaupt erkennen können, ganz zu schweigen von dem, was wir uns als Erklärung dieser Erkenntnisse denken.

Dann aber ist es zwecklos, retten zu wollen, was es zu retten gibt, Dutzende, vielleicht Hunderte von Ausgrabungen unbearbeitet liegenzulassen in der Hoffnung, daß später vielleicht noch mal einer was damit anfangen kann. Diese Hoffnung ist m. E. zum größten Teil trügerisch. In den Niederlanden gibt es hierzu unterschiedliche Meinungen, aber viele Archäologen fragen sich be-



reits, ob es z. B. überhaupt noch lohnt, Grabungen aus den fünfziger Jahren jetzt noch zu bearbeiten: So viele, uns heute sehr wichtig erscheinende Aspekte blieben damals unberücksichtigt, die Dokumentation ist nach heutigen Maßstäben unzureichend, usw. Bei der in den siebziger Jahren vorgenommenen Reorganisation der Notgrabung des ROB spielten diese Überlegungen noch keine große Rolle. Schon damals aber hatte man erkannt, daß der Nutzen vieler verstreuter Grabungen gering ist. Deshalb haben wir uns entschlossen, deutliche Forschungsziele und -projekte zu formulieren, anhand derer entschieden werden soll, welche der gefährdeten Fundstellen untersucht werden sollen und welche nicht.<sup>6</sup> Das bedeutet allerdings, daß auch Fundstellen, die selbst möglicherweise wertvoll sind, ohne vorherige archäologische Untersuchung verlorengehen können, weil sie nicht in eines dieser Forschungsprojekte eingebettet werden können. Diese ändern sich natürlich im Laufe der Zeit. Sie werden an den Forschungsstand angepaßt, wodurch auch bestimmte Kategorien von Fundstellen, die zuvor außer Betracht blieben, jetzt untersucht werden, während andere vorläufig wieder weniger Beachtung finden. Auf diese Weise lassen sich Pflege und Forschung optimal zu einer systematischen, wissenschaftlich orientierten Bodendenkmalpflege verbinden.<sup>7</sup> Diese Politik ist in der Praxis vielleicht nicht immer ganz so streng durchgeführt worden, sie hat sich aber trotzdem sehr bewährt. In den letzten Jahren werden etwa 75 % der Mittel nur für Grabungen, die in die großen Forschungsprojekte eingebettet werden können, verwendet. Leider ist es wegen unzureichender Mittel nicht möglich, nur noch Ausgrabungen zuzulassen, deren Aufarbeitung und Publikation gesichert ist. Nur so jedoch könnten die bei einer Grabung gewonnenen Informationen der wissenschaftlichen Forschung direkt zugänglich gemacht und könnte diese gefördert werden. Ist die Forschung fortgeschritten, werden unvermeidlich auch neue Fragen gestellt werden. Zur Beantwortung dieser neuen Fragen sind im allgemeinen neue Ausgrabungen notwendig, denn sogar bei einer minutiös ausgeführten Grabung sind wir nicht imstande, alles vorherzusehen und alles, was jetzt eigentlich schon möglich wäre, auch tatsächlich auszuprobieren oder zu dokumentieren.

Die niederländischen Archäologen haben sich durch den Umstand, daß sie nur gefährdete Stellen ausgraben, in ihren Forschungen im Grunde nie eingeschränkt gefühlt. Bei der großen Zahl gefährdeter Fundstellen ist es auch kaum möglich, eine Fragestellung zu bedenken, für die man unbedingt ein ungefährdetes oder sogar geschütztes Bodendenkmal untersuchen müßte.<sup>8</sup> Auch die Universitäten finden in den gefährdeten Fundstellen mehr als genug Forschungsobjekte: Forschungspflege und „reine“ Forschung sind ja, wie oben dargelegt, an sich nicht verschieden. Für die Universitätsinstitute kommt als Vorteil hinzu, daß sie für diese Arbeit – ihre Forschung! – eine viel bessere Finanzierung bekommen als es sonst der Fall wäre. Dennoch gibt es im Prinzip die Möglichkeit, auch dauerhaft zu erhaltende Bodendenkmäler zu untersuchen. Wenn es aus wissenschaftlichen Gründen unbedingt notwendig erscheint, nicht unbeschränkt geschieht, wenn vor allem die sofortige und vollständige Analyse garantiert ist, dann – und nur dann – muß die Ausgrabung eines geschützten Bodendenkmals möglich bleiben. Zu diesem Zweck werden sie immerhin unter Schutz gestellt.

Abschließend noch ein Wort zu einem für die archäologische Forschung m. E. lebensbedrohlichen Phänomen: der sogenannten Kontraktarchäologie, wobei Grabungsfirmen auftreten. In den Niederlanden verhindert das Gesetz die Einschaltung derartiger Firmen, weil neben dem ROB nur Universitäten und Gemeinden eine Ausgrabungsgenehmigung bekommen können. Private

6 Das Programm ist schon bei verschiedenen Gelegenheiten dargestellt worden, z. B. in W. A. van Es 1981, W. J. H. Willems 1992.

7 Ähnliche Überlegungen z. B. in D. Planck 1990.

8 Vgl. auch die Stellungnahme des dänischen Riksantikvaren: O. Olsen 1980.



Firmen, Vereine oder Stiftungen sind ausgeschlossen. Ihre Zulassung hätte eine Kommerzialisierung der Archäologie, wie sie etwa in den USA entstanden ist, zur Folge. Das Verursacherprinzip hat in den USA dazu geführt, daß, vor allem anscheinend bei föderalen oder mit föderalen Mitteln unterstützten Projekten, die meisten Möglichkeiten zu Ausgrabungen auch tatsächlich genutzt werden. Nicht immer steht dabei ein legitimes und sinnvolles Forschungsvorhaben im Vordergrund; häufig dominiert das Bestreben privater Firmen, aus der Bedrohung des archäologischen Erbes mit Hilfe des Gesetzes Profit zu ziehen nach dem Motto: Wenn private Firmen gezwungen werden können zu bezahlen, weil sie archäologisches Erbgut zerstören, dann müssen private Firmen auch das Recht haben, sich an der Rettungsindustrie, die so entsteht, zu beteiligen. Nicht umsonst gibt es jetzt Organisationen wie SOPA (Society of Professional Archaeologists) in den USA oder das Institute of Field Archaeologists in Großbritannien, die gerade deshalb entstanden sind, weil professionelle Qualität und Berufsethos in Frage gestellt sind.<sup>9</sup>

In eine Situation, in der die archäologische Forschung kommerzialisiert wird, sollten wir aber niemals geraten. Forschung und Denkmalpflege gehören zusammen, sie können nicht geschieden werden, eine Denkmalindustrie aber wird bald alle Relevanz für die Forschung verlieren. Damit jedoch ist niemandem gedient.

## Literatur

Es, W. A. van, Het werk van de Rijksdienst voor het Oudheidkundig Bodemonderzoek, Monumenten 2, 1981, 4–17.

Es, W. A. van, Inleiding, Jaarverslag van de Rijksdienst voor het Oudheidkundig Bodemonderzoek 1986, Rijswijk, 1987, 5–14.

Larsen, C. U. (Hrsg.), Sites an Monuments. National Archaeological Records, Copenhagen, 1992.

Olsen, O., Rabies Archaeologorum, Antiquity 54, 1980, 15–20.

Planck, D., Denkmalpflege und Forschung am Beispiel der provinzialrömischen Archäologie in Baden-Württemberg, Kölner Jahrbuch für Vor- und Frühgeschichte 23, 1990, 703–719.

Willems, W. J. H., Archäologie in den Niederlanden und der Rijksdienst voor het Oudheidkundig Bodemonderzoek (ROB), in: Spurensicherung, Archäologische Denkmalpflege in der Euregio Maas-Rhein, Mainz, 1992, 295–315.

---

<sup>9</sup> In den Niederlanden gibt es keine vergleichbare Organisation (W. A. van Es 1987). Voraussichtlich wird es nicht lange dauern, bis auf europäischer Ebene eine Organisation entsteht, die European Association of Archaeologists, die neben anderen Aufgaben auch in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen könnte.



# Bodendenkmalpflege und archäologische Feldforschung aus der Sicht der Universität

Heiko Steuer

Die Standortbestimmung der Bodendenkmalpflege setzte im Rahmen der Tagung 1992 in Weimar „Forschung“ in den Mittelpunkt der Diskussion, problematisiert als Gegensatz, als Ziel, als Widerspruch zur Bodendenkmalpflege und in meinem Thema spezifiziert als Feldforschung aus der Sicht der Universität.

Die verschiedenen Beiträge haben sich überschnitten, aber auch sehr unterschiedliche Aspekte aufgegriffen. Doch förderte dies durchaus die Klärung der Standorte, die von ihrer Aufgabe her unterschiedlich sein müssen, wenn es um Bodendenkmalpflege einerseits und Universität andererseits geht.

Meine Stellungnahme habe ich sehr prononciert vorgetragen ohne provozieren zu wollen. Es ging nicht darum, einen anderen Standpunkt zu bewerten, sondern um die Aufforderung zur Diskussion. Ein Hochschullehrer kann sich im übrigen nicht anmaßen, für alle Kolleginnen und Kollegen zu sprechen, sondern es bleibt ihm nur die Chance, seine Meinung unmißverständlich zu Gehör zu bringen. Ein Kennzeichen der Hochschule ist der **Pluralismus der Forschungsmethoden und Meinungen**, erfreulicherweise auch heute noch.

## I.

Ich beginne mit drei klärenden Beschreibungen zu:

1. Was ist der Auftrag der Universität?
2. Was bedeutet in diesem Zusammenhang archäologische Wissenschaft, und
3. Was ist und will archäologische Feldforschung?

Zu 1.: Zum Auftrag der Universität:

„Hochschulforschung dient der wissenschaftlichen Begründung dessen, was Archäologie ausmacht, der wissenschaftlichen Weiterentwicklung der Archäologie, der wissenschaftlichen Vermittlung von Wissen über Archäologie und der Einführung in die Forschung (forschendes Lernen). Sie ist vor allem Grundlagenforschung.“ So lautet die paraphrasierte Definition in Meyers Enzyklopädischem Lexikon (1973). Es heißt weiter dort: „Soweit die Lehre, die Ausbildung an der Hochschule eine wissenschaftliche sein muß, gilt die institutionelle Verbindung mit der Forschung als unerlässlich.“

Das Studium der Archäologie (als Zusammenfassung von Ur- und Frühgeschichte, Provinzialrömischer Archäologie, Mittelalter-Archäologie) wird in unserer Freiburger Ordnung wie folgt beschrieben:

„Ur- und Frühgeschichtler an Universitäten sind sowohl mit der theoretischen Durchdringung des bisher angehäuften Fachwissens als auch mit praktischer Forschung im Gelände betraut. Sie bilden den wissenschaftlichen (!) Nachwuchs für die drei Berufsfelder Bodendenkmalpflege, Museen und Universitäten aus.“

Die Magisterarbeit für den ersten Studienabschluß soll über ein archäologisches Problem ein selbständiges, wissenschaftlich begründetes Urteil erarbeiten, womit zu erkennen gegeben wird, daß die erlernten Methoden und das Fachwissen im Beruf angewendet werden können. Die Dissertation für den zweiten Studienabschluß, die Promotion, muß neue wissenschaftliche Ergebnisse bringen und damit zum Erkenntnisfortschritt beitragen.

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland heißt es in knappen Worten (Artikel 5, 3):



„Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“ Hubert Markl, ehem. Präsident der DFG, formuliert dazu: „Es ist substantieller Ausdruck der Würde des Menschen, frei nach Erkenntnis suchen zu können. Daher ist eben auch Forschungsfreiheit ein Grundrecht des Menschen.“<sup>1</sup> Und er erläutert weiter: „Auch unsere Verfassung begründet die Freiheit der Wissenschaft nicht aus der Nützlichkeit ihrer Anwendungen, sondern aus dem unveräußerlichen Freiheitsrecht des Menschen auf Suche nach Erkenntnis.“ Das „nie aufhebbare Spannungsverhältnis zwischen den autonomen Zielsetzungen der Wissenschaft und den Erfordernissen gesellschaftlicher ... Praxis“ skizziert er wie folgt: „So wie sich die Hochschulen in ihrem harten wissenschaftlichen Kern, in dem es um Erkenntnisfindung und -vermittlung geht, gegen jede nur an der Nutzbarkeit orientierte Vereinnahmung und Fremdbestimmung erbittert wehren müssen, so sind sie auch dort, wo Lehre und Forschung der Anwendung und Umsetzung von Erkenntnissen in die Lebenspraxis dienen sollen, in der Pflicht,“ sich ihrer Verantwortung gegenüber ihrer Wissenschaft und der Gesellschaft bewußt zu sein.

Festzuhalten gilt: Der Auftrag der Universität ist Forschung, die ständige Weiterentwicklung des Forschungsgegenstandes, hier der Archäologie; dies geschieht über forschendes Lehren und Lernen.

## Zu 2.: Was ist archäologische Wissenschaft?

Ur- und Frühgeschichte ist Teil der Geschichte, die archäologische Wissenschaft ist Teil der Geschichtswissenschaft, und ihr Ziel läßt sich deshalb auch allgemein formulieren:

Der Geschichtsablauf besteht aus einer kontinuierlichen Folge von Gegenwartsabläufen; unsere heutige Gegenwart der „Wahrheit“ gemäß zu beschreiben fällt schwer, wieviel schwieriger ist dann die Erhellung der Vergangenheit auf der Basis der archäologischen bruchstückhaften Funde und Befunde. Archäologische Forschung erhellt statische Zustände und will aber kulturgeschichtliche Prozesse erkennen, so die gegenseitige Beeinflussung von Mensch und Umwelt.

Diese Rekonstruktion der vergangenen Wirklichkeit – zum besseren Verständnis der Gegenwart – erfolgt in Abhängigkeit von Vorwissen. Verändertes Vorwissen schafft neue Rekonstruktionen der gleichen Vergangenheit, d. h. die Darstellung der Vergangenheit verändert sich als Folge eines ständigen Lernprozesses, wobei Fernziel immer die Suche nach der Wahrheit bleibt. Fortwährendes Lernen ist daher Aufgabe auch jedes Archäologen. Aus Max Webers berühmter Rede von 1919 „Wissenschaft als Beruf“ wird dazu immer wieder zitiert: „Jeder von uns ... in der Wissenschaft weiß, daß das, was er erarbeitet hat, in 10, 20, 50 Jahren veraltet ist. Das ist das Schicksal, ja das ist der Sinn der Arbeit der Wissenschaft ... jede wissenschaftliche ‚Erfüllung‘ bedeutet neue ‚Fragen‘ und will ‚überboten‘ werden und veralten.“<sup>2</sup>

Unter diesem Aspekt – um ein praktisches Beispiel zu bringen – ist die Begründung, daß Rettungsgrabungen als Quellenpublikation oder Fundkataloge wenigstens Grundlagen für zukünftige Forschung schaffen, weil augenblicklich im Alltagsgeschäft keine Zeit zur eigentlichen wissenschaftlichen Aufarbeitung besteht, oftmals eine Ausflucht und irreführend; und wir wissen, daß Quellenpublikationen ebenso rasch veralten können und unzureichend werden wie Synthesen und auswertende Darstellungen.

## Zu 3.: Was bedeutet Feldforschung aus der Sicht der Universität?

Der Archäologe an der Universität wird alles dies Gesagte beherzigen und wird Grundlagenforschung betreiben, wozu archäologische Feldforschung gehört. Geländeprospektion und Ausgra-

1 H. Markl, Evolution, Genetik und menschliches Verhalten. Zur Frage wissenschaftlicher Verantwortung. Serie Piper 623 (München/Zürich 1986) Zitate 40, 108.

2 M. Weber, Wissenschaft als Beruf, z. B. in: K. Rossmann, Deutsche Geschichtsphilosophie. Ausgewählte Texte von Lessing bis Jaspers, dtv 545 (München 1969) 357–381, Zitat S. 361.



bungen finden im Feld statt, sind aber erst dann **Feldforschung**, wenn sie unter einer bestimmten wissenschaftlichen (nicht nur verwaltungstechnisch begründeten) Fragestellung begonnen werden, einer Fragestellung, die sich aus dem Erkenntnisprozeß ableitet. Landesaufnahme und Ausgrabung sind **Feldarbeiten**, bei denen vorliegende Kenntnisse und Verfahren angewendet werden, ohne Auswertung für sich allein noch keine **Feldforschungen**. Prospektion und Ausgrabung dienen der Quellenbeschaffung, sind ein Teilabschnitt des Forschungsprozesses, ein technischer bzw. handwerklicher Vorgang, ohne formulierte Fragestellung nicht schon selbst Forschung. Dies folgt aus dem Dreischritt Fragestellung, Quellenbeschaffung, Methodenwahl für die Auswertung. Die Art der Frage braucht spezielle Quellen, wenn diese nicht vorhanden sind oder bisher nicht als solche angesehen wurden, dann sind sie neu zu finden.

Wie bei der Naturwissenschaft kann man eine Ausgrabung als Frage auffassen, als Experiment, und der Experimentator muß die Antwort liefern bis zur Publikation bzw. dem abschließenden Bericht mit Antwort auf die anfangs gestellte Frage, warum diese Untersuchung überhaupt stattgefunden hat.

Das Entscheidende am naturwissenschaftlichen Experiment ist seine Wiederholbarkeit. Dies gilt im übertragenen Sinne auch für die Feldforschung. Zwar hat jeder archäologische Befund von der Siedlung bis zur Grabstätte individuelle Züge; aber die archäologischen Befunde sind im wesentlichen das Ergebnis regelhaften Verhaltens der Menschen, und dieses zu erkennen und zu beschreiben – die Abhängigkeit und Einbindung des Menschen in seine Umwelt, den zivilisatorischen Entwicklungsstand und die kulturellen sowie sozialen Bedingungen – ist ein Ziel der Ur- und Frühgeschichte als Wissenschaft ohne soziologischen oder strukturalistischen Schematismen zu verfallen. Das im Grunde regelhafte Verhalten des Menschen führt dazu, daß dem heutigen Archäologen weitere relativ gleichartige Befunde für das „Experiment“, die Ausgrabung, zur Verfügung stehen. Nur braucht ein Experiment bei gleicher Fragestellung nicht unnötig oft wiederholt zu werden. Fehlt gar die Fragestellung, ich gebe das Stichwort Rettungsgrabung, dann könnte man vielleicht überhaupt auf die Grabung verzichten. Daher ist die „Rettungsgrabung“, deren Ergebnisse nur Teilbefunde erschließen und die auf die Halde ins Archiv gelegt werden, im Prinzip kaum noch als wissenschaftliches Unternehmen zu bezeichnen. Es sei denn, es besteht eine Gesamtplanung, in deren Rahmen die Rettungsgrabung einzupassen ist über eine entsprechend, durch die alltägliche Realität vielleicht auch eingeschränkte Fragestellung, die dann nur einen Teilaspekt aufgreifen kann. Für viele Epochen ist der Forschungsstand inzwischen so weit gediehen, sei es nun für das Siedlungswesen der linearbandkeramischen Kultur mit ihren Erdwerken, seien es merowingerzeitliche Gräberfelder oder Kloaken in der mittelalterlichen Stadt, daß Voraussagen möglich sind, wo eine Ausgrabung was erbringen wird.

## II.

Im zweiten Abschnitt werde ich vor diesem Hintergrund skizzieren, wie aus der Sicht der Universität die Standortbestimmung Archäologie für die Universität aussieht, und zwar wieder unter drei Aspekten:

1. Was will Feldforschung?
2. Wie werden die vielen einzelnen Ergebnisse über die Synthese zu einem neuen Bild der Geschichte geführt?
3. Wie folgen darauf neue Fragestellungen als Motor wissenschaftlicher Erkenntnis?

Zu 1.: Was will Feldforschung?

Forschen darf jeder, ob an der Universität, an einem Denkmalamt oder als unabhängiger Wissenschaftler. Die Wissenschaftler an der Universität müssen forschen, das ist ihre Pflicht; die universitäre Feldforschung kann und muß sich frei die Ziele wählen.

In der Archäologie steht da die ganze Erde zur Verfügung.



Nicht von ungefähr wird von den Universitäten Deutschlands mehrheitlich im Ausland geforscht. Eine Bindung der Universität an das jeweilige Bundesland besteht keinesfalls.

Derartige Feldforschung kann im Prinzip auch unabhängig von dem Problem der Denkmalerhaltung und des Denkmalschutzes betrieben werden. Beides hat nicht zwangsläufig etwas miteinander zu tun. Feldforschung rückt dann in das Blickfeld des Universitätsforschers, wenn seine Fragen nicht über die vorhandenen Quellen beantwortet werden können. Er sucht sich die Quellen. Das können Befunde sein, die über bisherige Prospektionsverfahren nicht zu entdecken waren. Ich erinnere an die Einführung der Luftbildprospektion, über die R. Christlein in Bayern eine ganze neue Quellengruppe der hallstattzeitlichen befestigten Herrenhöfe gewissermaßen „er“finden konnte, weil er die entsprechende Fragestellung hatte, oder an die ganzen Serien neolithischer Erdwerke, die inzwischen kartiert werden können und zu vielfältigen Ausgrabungen geführt haben, ausgehend von Frankreich und England, wo man ebenfalls eine gezielte Fragestellung nach Siedlungsstrukturen entwickelt hatte. Dies sind auch bedeutende Leistungen unserer Bodendenkmalpflege, die über die nötigen technischen Hilfsmittel verfügt. Das können Befunde in bisher unberücksichtigten landschaftlichen Positionen sein, zum Beispiel spätantike Höhensiedlungen oder Relikte des alten Bergbaus; und das können Befunde sein, die nur indirekt menschliche Aktivitäten in alter Zeit analysieren lassen, z. B. Auelehmbildungen nach Rodung und Erosion, Schwemmschichten mit Schwermetallanreicherungen als Ergebnis intensiver Erzgewinnung etc.

Die Universität betreibt also Feldforschung unter dem Aspekt neuer Fragestellung und erfüllt damit einen Teil ihrer Verpflichtung gegenüber der Wissenschaft, die ihrer Verantwortung unterworfen ist.

Die Bodendenkmalpflege betreibt Ausgrabungen, die den gleichen Zielen dienen, aber auch Rettungsgrabungen, die wegen der Bedrohung der Befunde notwendig werden, nicht wegen des Dranges der Fragestellung.

Das Postulat der Denkmalpflege, nur bedrohte Bodendenkmäler durch Ausgrabungen rechtzeitig erschließen zu lassen, eröffnet einen gefährlichen *Circulus vitiosus*. In die Bodendenkmalisten sind überwiegend nur Bodendenkmale eingetragen, die man nicht nur kennt – sonst wären sie nicht in der Liste – sondern deren wissenschaftlichen Stellenwert man auch abschätzen kann, weil man Gleichartiges vielfach untersucht hat. Arbeitskraft wird auf Dauer gebunden, um – und dann noch unzureichend – alle bedrohten Befunde durch Ausgrabung „zu retten“. Doch was gerettet wird, ist das Bekannte(!). Weil aber die Kräfte gebunden sind, können Such-, Test- und Forschungsgrabungen oftmals nicht durchgeführt werden. Doch alle Kräfte bei der Bodendenkmalpflege werden ebenfalls gebraucht, um die Forschung voranzubringen, Erkenntniszuwachs zu erzielen, nicht nur um seriell und trotzdem immer nur bruchstückhaft zu bestätigen, was registriert ist.

Denn sonst wäre jeder Mittelaufwand gesellschaftlich nicht zu rechtfertigen: Ich wiederhole, es gilt, unser Geschichtsbild heute schon zu erweitern, nicht routinemäßig „Quellen“ aufzuhäufen, um später einmal die Grundaufgabe zu lösen. Um Besiedlungsgeschichte zu schreiben, genügt die Fundstelle an sich, um sie wirtschafts- und bevölkerungsgeschichtlich tatsächlich auswerten zu können, braucht man die komplette Untersuchung, also umfangreiche Feldforschung.

## Zu 2.: Die Synthese als Bilanz der Forschung

Archäologische Forschung ist multidisziplinär und muß mit Geistes- und Naturwissenschaften kooperieren. Die Chance ist an der Universität wegen ihrer Struktur gegeben; die Denkmalämter bauen diesen interdisziplinären Ansatz soweit wie möglich aus, und zwar als Dienstleistungsbetrieb im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags; um Hubert Markl erneut zu zitieren: „Die Universität kann und muß etwas leisten, das überhaupt keine andere Einrichtung anbieten kann. Sie ist der vorzügliche Ort rationalen öffentlichen Diskurses über Voraussetzungen, Methoden, Mög-



lichkeiten, Ziele, Folgen, Chancen und Risiken all unseren Handelns ... Nirgends sonst kann in so vielseitigem und freiem Zusammenwirken aller wissenschaftlichen Disziplinen und in solcher Unabhängigkeit von gesellschaftlichen Gruppeninteressen und Herrschaftseinflüssen die geistige Auseinandersetzung geführt werden ...“

Interdisziplinäre Arbeit ist aber mehr als die Heranziehung von naturwissenschaftlichen Prospektionsverfahren oder von pollenanalytischen Diagrammen. Auch die Pollenanalytikerin oder der Paläozoologe brauchen von Beginn der Arbeit an die archäologische Fragestellung.

Die archäologische Quelle allein ist nichts, erst der interdisziplinäre Zugriff weist den Weg zur ganzheitlichen Rekonstruktion der Vergangenheit. H. Hundsichler hat 1990 im Rahmen einer Standortbestimmung der Mittelalter-Archäologie erörtert: „Es ist der falsche Weg, wenn ein Archäologe seine Auswertung auf die materiellen Überreste beschränkt“<sup>3</sup>, und fordert die Einbeziehung von Bild- und Schriftquelle; das gilt analog für die Ur- und Frühgeschichte. Zu fordern sind eine quellenübergreifende und eine methodenspezifische Interdisziplinarität. Nicht kollektives Teamwork reicht aus, sondern kommunikative Erkenntnissynthese muß angestrebt werden, wie H. Hundsichler formuliert hat. Und das kann auch heute oftmals nur durch personale Interdisziplinarität geschehen, d. h. ein möglichst weitgehendes quellen- und fächerübergreifendes Fragen und daraus entstehendes Wissen des Einzelforschers ist unerläßliche Basis für erfolgreiches Teamwork, bzw. dem Einzelwissenschaftler wird die Synthese aus den Einzelergebnissen abverlangt. Diese Synthese, die flächenübergreifend, aber auch zeit- und vor allem raumübergreifend sein muß und nicht an Landes-oder Staatsgrenzen haltmachen kann, ist Grundlage für weiterführende Fragestellungen, die unsere Erkenntnisse über die Vergangenheit wachsen lassen. Um das zu erreichen, ist Muße zum Denken, ist Zeit erforderlich.

Kolloquien zu einem wissenschaftlichen Spezialthema können rasch vielfältiges Teilwissen aufhäufen, doch selten erfolgt die Synthese vor Ort. Ausstellungskataloge in steigender Flut veröffentlichten zwar Sachgüter und andere archäologische Quellen, finden aber nicht die Zeit zur notwendigen Synthese. Eine Gruppe von Wissenschaftlern plant die Ausstellung, für deren Katalog jeder einen Aufsatz beisteuert, doch dadurch entsteht immer noch keine Synthese, ein neues Bild der Vergangenheit. Diese Synthese kommt weder von selbst zustande, etwa im Kopf der Wissenschaftler bei der Heimreise vom Kolloquium, noch kann man sie beispielsweise bei Ausstellungen den Besuchern überlassen. Auch die Schaffung einer Synthese erfordert Arbeit und außerdem Zeit und Muße. Da könnten die Universitätswissenschaftler den Vorteil haben, daß sie vom entsprechenden Alltagsgeschäft wie bei den Denkmalamtsorganisationen frei sind, wenn nicht durch die übermäßig gestiegene Zahl der Studierenden diese Zeit zur Muße, bei ständig steigender Anforderung in der Lehre, abhanden zu kommen droht. Doch dies ist ein anderes Thema.

Gräberfeldpublikationen richten sich nach bekanntem Schema und ergänzen die Reihe der Veröffentlichungen um ein weiteres Beispiel, ohne den qualitativen Schritt zu einer neuen Sicht zu ermöglichen oder zu wagen.

Manche Handbücher versuchen wenigstens in den Einleitungsaufsätzen über die Landesgrenzen hinweg Synthese anzubieten.<sup>4</sup>

3 H. Hundsichler, Perspektiven für die Archäologie des Mittelalters im Rahmen einer Alltagsgeschichte des Mittelalters. In: J. Tauber (Hrsg.), Methoden und Perspektiven der Archäologie des Mittelalters. Tagungsberichte zum interdisziplinären Kolloquium 1989. Archäologie und Museum Heft 020 (Liestal 1991), 85–99, hier 94.

4 Vgl. dazu die Publikationen des Theiss-Verlages Stuttgart zu urgeschichtlichen Themen und zur Archäologie der Römerzeit im Rahmen heutiger Bundesländer, mit anachronistischen Titeln: Die Römer in Baden-Württemberg (1976, 3. Aufl. 1986); Die Römer in Hessen (1982); Die Römer in Nordrhein-Westfalen (1987); Die Römer in Rheinland-Pfalz (1990); Urgeschichte in Baden-Württemberg (1983); Die Kelten in Baden-Württemberg (1981); Die Vorgeschichte Hessens (1991); Ur- und Frühgeschichte Niedersachsens (1991); Archäologie in Württemberg (1988); oder auch: Archäologie in der DDR. Denkmale und Funde, 2 Bde. (Leipzig/Jena/ Berlin 1989).



Wie schwierig es uns Archäologen erscheint, diese für den Fortgang der Wissenschaft unerläßliche Zusammenschau zu erreichen – ich wiederhole, es geht nicht um die Aneinanderreihung von Einzelbeiträgen – erfährt man dann, wenn z. B. für das Reallexikon der germanischen Altertumskunde Autoren gesucht werden.<sup>5</sup> Man kann viele finden, die einen Zeitabschnitt in einem überschaubaren Landschaftsteil beherrschen, aber sich nicht getrauen, diesen Ausschnitt einzubinden in einen diachronischen oder raumübergreifenden Überblick. Diese Beschränkung kann ein Zeichen für vertiefende Spezialisierung sein, deutet aber auch die Gefahr an, im eigenen Saft zu schmoren und Ergebnisse jenseits der Grenzen nicht zu registrieren. Weiterführend lassen sich die Quellen im eigenen Revier nur interpretieren, wenn die Forschung in allen Nachbargebieten berücksichtigt wird.

Nicht von ungefähr fehlt es in Deutschland an übergreifenden Handbüchern oder Einführungen in die Methoden der Ur- und Frühgeschichte als Wissenschaft, von denen wir in den skandinavischen und angelsächsischen Ländern viele auch sehr gute Vorbilder hätten. Die Spezialisierung der Wissenschaftler darf nicht zur Atomisierung werden, die Beschäftigung mit dem eigenen kleinen Ausschnitt nicht zum Selbstzweck.

Zu 3.: Wie kommt es zu neuen Fragestellungen?

Es braucht die freie Entfaltung vieler Wissenschaftler auf der Basis vorliegender Synthesen, auf der Grundlage eines durchgängigen Geschichtsbildes, hier für unsere ur- und frühgeschichtlichen Epochen. Die archäologische Feldforschung darf daher von keiner Seite – auch nicht durch Denkmalgesetze – eingeschränkt werden, wenn es um Schritte zur vertiefenden Erkenntnis geht. J. Reichstein hat seinerzeit in seiner Rede „Das archäologische Denkmal als archäologische Quelle“ eindeutig zu verstehen gegeben: „Einem Archäologen ... eine Ausgrabung zu verbieten, hieße aber, ihn von der Erschließung seiner wissenschaftlichen Erkenntnisgrundlagen abzuhalten und ihn ganz wesentlich an seiner wissenschaftlichen Betätigung zu behindern. Dies gilt nicht zuletzt für die wissenschaftlich tätigen Hochschulangehörigen ...“<sup>6</sup>

Im April-Heft 1992 der Mitteilungen des Hochschulverbandes<sup>7</sup> gibt es einen Aufruf, zum Thema Forschungsbehinderung Stellung zu nehmen: „In zunehmendem Maße sehen sich Wissenschaftler unterschiedlicher Fachbereiche einer massiven Beeinträchtigung ihrer Forschung durch verschiedenste gesetzliche Vorschriften des Datenschutzes, des Tierschutzes, Denkmalschutzes, Artenschutzes sowie durch Vorgaben von Ethikkommissionen ausgesetzt.“ Die Gefahr der Behinderung wird also allgemeiner gesehen und zum Thema von Diskussionen.

Es wäre notwendig, die Ansätze der Feldforschung im Bereich der Universitäten – die von Seiten der Universität wahrlich nicht zahlreich sind – zu fördern, weil – wie erläutert – im guten Falle der Forschungsansatz ausschließlich unter der Prämisse des Erkenntnisfortschritts stehen muß und nicht von rettender oder bewahrender Denkmalpflege auszugehen braucht. Beispielhaft sind da die niederländischen Forschungsprogramme wie „Power and Elite“ (seit 1989) an der Universität Amsterdam<sup>8</sup>, deren Institut für ur- und frühgeschichtliche Archäologie denn auch über einen be-

5 Reallexikon der germanischen Altertumskunde von Johannes Hoops. Zweite, völlig neu bearbeitete und stark erweiterte Auflage Bd. 1 ff. (Berlin/ New York 1973 ff.).

6 J. Reichstein, Das archäologische Denkmal als archäologische Quelle. Masch. Manuskript zur Rede in Münster 1989. Ich danke Herrn Kollegen Prof. Dr. J. Reichstein, Leiter des Landesamtes für Vor- und Frühgeschichte von Schleswig-Holstein, sehr herzlich für die Übersendung des Manuskripts.

7 Mitteilungen des Hochschulverbandes Heft 2, 1992, 73: Anzeige mit der Überschrift „Forschungsbehinderung?“ und dem Aufruf, Berichte und Kommentare zum Thema Forschungsbehinderung an den Deutschen Hochschulverband zu senden.

8 N. Roymans, F. Theuws, The Pionier Project „Power and Elite“ an introduction, ed. Albert Egges van Giffen-Instituut voor Prae- en Protohistorie (Broschüre o. J.); N. Roymans, F. Theuws (Eds.), Images of the past. Studies of ancient societies in northwestern Europe (Amsterdam 1991). Das Projekt wird finanziert von: The Netherlands Organisation for Scientific Research, The University of Amsterdam, The Royal Netherlands Academy of Arts and Sciences.



achtlichen Etat zu eigenen Ausgrabungen verfügt und darüber hinaus ebenfalls noch Drittmittel einwerben kann. Die Projekte des Instituts für Historische Küstenforschung in Wilhelmshaven, ebenso das vom Landesdenkmalamt Baden-Württemberg und der Universität Freiburg getragene Feuchtboden-Siedlungsprojekt Bodensee-Oberschwaben setzen in der Bundesrepublik Maßstäbe.<sup>9</sup> Auch der kleiner dimensionierte Forschungsverbund „Archäologie und Geschichte des ersten Jahrtausends in Südwestdeutschland“ an der Freiburger Universität, getragen von einer interdisziplinär ausgerichteten Forschergruppe, versucht durch das Gespräch zwischen Geistes- und Naturwissenschaften, das Geschichtsbild zu erweitern.<sup>10</sup>

### III.

Im dritten und letzten Abschnitt gilt es nun, das Resümee zu ziehen mit einigen Schlußthesen bzw. Schlußforderungen als Schlußfolgerungen des bisher Gesagten.

Ziel ist bei allen Begrenzungen finanzieller und personeller Art durch Bündelung der vorhandenen Möglichkeiten das Bestmögliche zu erreichen. Deshalb darf es nicht bei einer Sichtweise der Universität oder des Denkmalamtes bleiben, sondern es muß eine Forschungsperspektive für die Archäologie insgesamt entstehen. Ich kann mir die Kritik des älteren Kollegen K. J. Narr zu eigen machen, der 1990 in einem Beitrag: „Nach der nationalen Vorgeschichte“ im Sammelband „Die sog. Geisteswissenschaften – Innenansichten“ vor folgendem gewarnt hat: „Allerdings werden die Vertreter der Ur- und Frühgeschichte an den Universitäten darauf zu achten haben, daß Inhalt, Umfang und Ziel ihrer Wissenschaft nicht überwiegend von einer Bodendenkmalpflege bestimmt werden, die zum gesetzlich sanktionierten Selbstzweck zu werden droht.“<sup>11</sup> Er weist dabei auf ein Grundproblem hin, nämlich daß den Universitäten grundsätzlich eigene Mittel für teure Feldforschung fehlen. Auf 10:1 schätzt er das quantitative Verhältnis an Mitteln zwischen außeruniversitärer und universitärer Forschung, wobei das Zehntel auch nicht eigene, sondern Drittmittel sind.

Fünf Thesen oder Forderungen:

1. Die universitäre Ausbildung einschließlich der Prüfungsarbeiten hat ihren eigenen Stellenwert von der Methodenlehre bis zur eigenen Feldforschung. Examensarbeiten dürfen nicht etwa eine reine Zuarbeitung für bzw. Aufarbeitung der liegengebliebenen Grabungsakten der Denkmalämter werden, sondern haben ihren besonderen methodisch bestimmten Stellenwert. Die Studienzeit ist kostbar und dient der grundlegenden methodischen Ausbildung; sie darf nicht schon zur reinen Berufsausbildung, zur Routinearbeit für ein Denkmalamt werden. Daß mancherorts eine solche Gefahr besteht, ist aus dem Vorwurf des Methodendefizits zu erschließen, daß von außen der Forschung in Deutschland unterstellt wird.

K. J. Narr mahnt ebenfalls dieses Defizit an: „Die Erörterung theoretischer Fragen wird über-

9 Archäologische und naturwissenschaftliche Untersuchungen an ländlichen und frühstädtischen Siedlungen im deutschen Küstengebiet vom 5. Jh. v. Chr. bis zum 11. Jh. n. Chr. Bd. 1: Ländliche Siedlungen, hrsg. von G. Kossack, K.-E. Behre, P. Schmid; Bd. 2: Handelsplätze des frühen und hohen Mittelalters, hrsg. von H. Jankuhn, K. Schietzel, J. Reichstein. Deutsche Forschungsgemeinschaft (Weinheim 1984). – Siedlungsarchäologische Untersuchungen im Alpenvorland. 5. Kolloquium der DFG 1990 in Gaienhöfen-Hemenhofen. Ber. der RGK 71, 1990, 23–406; Chr. Strahm, Zur Einführung. Das Forschungsvorhaben: „Siedlungsarchäologische Untersuchungen im Alpenvorland“, in: Archäologische Nachrichten aus Baden 38/39, 1987, 4–10.

10 Archäologie und Geschichte des ersten Jahrtausends in Südwestdeutschland. Archäologie und Geschichte Bd. 1, hrsg. von H. U. Nuber, K. Schmid, H. Steuer, Th. Zotz (Sigmaringen 1990); Erze, Schlacken und Metalle. Früher Bergbau im Südschwarzwald. Freiburger Universitätsblätter 109, 1990.

11 K. J. Narr, Nach der nationalen Vorgeschichte, in: W. Prinz, P. Weingart (Hrsg.), Die sog. Geisteswissenschaften: Innenansichten. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 854 (Frankfurt am Main 1990) 279–305, Zitate 304, 305.



haupt durchweg gemieden oder als unnütz abgelehnt; sie droht an der Forschung in der Bundesrepublik Deutschland vorbeizugehen.“<sup>12</sup>

Es besteht die Tendenz, die Universitätsausbildung zur Fachschule umzufunktionieren. Damit beziehe ich mich auf Äußerungen während der diesjährigen Hochschulrektorenkonferenz in Rostock (1992). Nach Zeitungsberichten hat der Präsident, Erichsen, gesagt: „Ein Großteil der Studenten sei heute nicht mehr an einer Universitätsausbildung im klassischen Sinne Humboldts, also an einer Erkenntnisgemeinschaft von Lehrenden und Lernenden, interessiert.“ Und dem müsse angesichts der dramatischen Überfüllung der Hochschulen durch Strukturveränderungen Rechnung getragen werden. Ich hoffe, daß dies eine mißverständliche Information ist: Es wäre erschreckend, wenn aus der Universität selbst der Anstoß zum Verzicht auf ihre eigentliche Verpflichtung zur Forschung käme und sie sich selbst zur Fachschule machen würde.

Die Universität bildet Wissenschaftler aus, muß sich unabhängig halten von der Alltagsforderung, gewissermaßen Beamte für den staatlichen Betrieb auszubilden. Dafür müßte eigentlich die Einrichtung selber sorgen, auch die Denkmalpflege; was sonst die üblichen Refendariate sind, ist in der Denkmalpflege und dem Museum das Volontariat.

2. Die Universitäten brauchen einen eigenen Mittelbestand für wissenschaftlich erforderliche archäologische Feldforschung. Diesen gewinnt sie durch mühsame Antragstellung auf Drittmittel bei der DFG, bei der Volkswagenstiftung, der Thyssen- Henkel-Stiftung etc., aber eine garantierte Basis wäre zu begrüßen. Für Baden-Württemberg ist immerhin positiv hervorzuheben, daß im Rahmen der Forschungsschwerpunktförderung an Universitäten des Landes auch die Archäologie – so der Forschungsverbund „Archäologie und Geschichte des ersten Jahrtausends“ an der Universität Freiburg – Sondermittel für jeweils fünf Jahre bekommen kann.

Die Universitäten müssen, wenn sie Grundlagenforschung betreiben wollen, einen solchen Basisbetrag für Geländeforschung erhalten, damit sie, was ihr Auftrag ist, unabhängig (!) forschen können. Für die Universität ist Feldforschung Teil ihres ureigensten Auftrags, bei der Bodendenkmalpflege (als forschende Wissenschaft)<sup>13</sup> ist das ein Aspekt unter mehreren. Somit sind gemeinsame Forschungsmittel anzustreben.

3. Feldforschung ist erst dann sinnvoll, wenn sie von einer erarbeiteten Fragestellung aus angegangen wird.

Es gilt dann, das ganze Denkmal, die Siedlung, das Gräberfeld, am besten die Siedlungskammer zu untersuchen. Daraus folgt die bewußte Schwerpunktsetzung. Ob von einem Gräberfeld drei oder zwanzig Gräber untersucht werden, ist gleichgültig. Einerseits genügt es, wenn der Fundplatz bekannt ist, andererseits führt die Ausgrabung erst dann weiter, wenn das gesamte Gräberfeld komplett untersucht ist. D. h. also, für die Zukunft ist nur Projektforschung sinnvoll.

4. Feldforschung von den Universitäten ausgehend sollte nicht ergänzen, was bekannt ist, sondern Lücken in unserem Wissen suchen, finden und füllen, neue Methoden entwickeln, neue Quellengruppen erschließen und Leerstellen markieren und ausfüllen. Doch das gilt in gleichem Maße für die Bodendenkmalämter. Aufgabe der Universitäten und der Denkmalämter sollte sein, unbekannte Lebensbereiche, Fehlstellen im Bild von der Vergangenheit im Fächer der Fragestellungen zu füllen. Gemeinsam läßt sich dies am besten erreichen, wenn – wie in Niedersachsen und Hessen – eine sog. „Archäologische Kommission“ geschaffen wird, an der Wissenschaftler

<sup>12</sup> K. J. Narr, a. a. O. 304.

<sup>13</sup> Denkmalpflege in den 90er Jahren. Konzeption für die Denkmalpflege in Baden-Württemberg. Herausgeber: Innenministerium Baden-Württemberg, Juni 1991 (Stuttgart 1991) 55: „Auch die archäologische Denkmalpflege erreicht – wie jede forschende Wissenschaft – in ihrer Grabungspraxis immer nur Antworten auf solche Fragen, die sie aus ihrem jeweiligen zeitbedingten archäologischen Erfahrungen heraus stellen kann.“



der Denkmalämter, der Museen und der Universitäten gemeinsam größere, längerfristige, neuartige und damit notwendige Projekte erarbeiten und durchführen.

5. Ebenso sollte gefordert werden, daß umfassende, kostspielige Projekte auch der Bodendenkmalämter einer neutralen Kontrolle durch die Wissenschaft unterworfen werden. Wie bei allen Drittmittel-Projekten der DFG, der Volkswagen-Stiftung, der Henkel- oder Thyssen-Stiftung eine Gruppe von Wissenschaftlern die Zielsetzung überprüft, ist es nicht mehr als recht und billig, wenn die um ein vieles größeren Mittel der Landesdenkmalämter ebenfalls bewertet werden. Als positives Beispiel ist das Forschungsprojekt Bodensee-Oberschwaben zu nennen. Als problematisches Beispiel möchte ich auf die Stadtarchäologie hinweisen. Einerseits ist jede Stadt ein Individuum und hat ihre eigenständige topographische Geschichte und ihre Wachstumsphasen; andererseits ist der zivilisatorische Zuschnitt durch den intensiven Kontakt der Stadtbürger – der Kaufleute – über weite Räume hinweg ähnlich. D. h. nicht in jeder Stadt braucht alles ausgegraben zu werden bzw. nicht in jeder Stadt müssen immer dieselben Befunde untersucht werden.

Einen solchen Prioritätenkatalog – nämlich welches unter den schon bekannten gleichartig erscheinenden Objekten sollte man ausgraben – brauchen wir auch für die Siedlungsforschung von der Urgeschichte bis zu den merowingerzeitlichen Dörfern und den mittelalterlichen Wüstungen. Weiterführend ist nur die Erforschung eines Gesamtbefundes, was zur Folge haben kann, die Vernichtung von vergleichbaren archäologischen Quellen in Kauf zu nehmen. Prioritätensetzung muß – als Idealforderung – zwischen Abschreibung eines Bodenbefundes und vollständiger Ausgrabung unterscheiden.

Zusätzlich gilt es zu beachten, daß nicht allein durch Baumaßnahmen, sondern ebenso durch die Erosion der landwirtschaftlich genutzten Flächen sowie durch Überdüngung, Luftverschmutzung und durch weitere Einflüsse alle Bodendenkmäler bedroht sind.<sup>14</sup> Die Unterscheidung zwischen schützbaaren und bedrohten archäologischen Quellen ist nur graduell möglich, im Prinzip gibt es heute keine nicht (!) gefährdeten Bodendenkmäler mehr. Nur selten – und dies kann erst das Ergebnis systematischer wissenschaftlicher Auswertung von Quellenmassen sein – erzeugt das zufällig über Rettungsgrabungen entstandene Mosaik an Erkenntnissen zusammengefügt ein überzeugendes Bild des Gesamten, der einstigen Realität, die zu rekonstruieren unser aller Ziel bleiben muß.

Bei alledem darf es nicht um Verteilungskämpfe gehen, sondern es muß um das einvernehmliche Ziel, wissenschaftlich innovativ zu sein, weiter gerungen werden.

---

<sup>14</sup> Wie Anm. 13, 47 f.



# Bodendenkmalpflege und Forschung aus der Sicht eines Paläontologen

Wighart von Koenigswald

Dieses Kolloquium widmet sich der Frage, welchen Anteil der archäologischen Denkmäler man für die Forschung opfern muß. Dabei ist der Begriff „opfern“ gewählt, weil die Forschung an archäologischen Bodendenkmälern in der Regel mit deren Zerstörung verbunden ist. Auch bei einem anerkannten hohen Stellenwert der Forschung muß bei dem hohen Schwund der archäologischen Bodendenkmäler und deren begrenzten Zahl streng zwischen Bewahrung der Denkmäler und Interessen der Forschung abgewogen werden. Das führt zu der in manchen Bundesländern erhobenen Forderung, man solle doch die Forschung auf jene Objekte konzentrieren, deren Bestand ohnehin gefährdet sei.

In einigen Bundesländern ist durch die Denkmalschutzgesetze auch der Schutz paläontologischer Objekte in die Bodendenkmalpflege einbezogen worden. Hier ist nun zu diskutieren, ob für diese paläontologischen Objekte ein ähnlicher Interessenkonflikt zwischen Forschung und Bewahrung besteht.

Auf den ersten Blick scheint kein grundsätzlicher Unterschied zwischen archäologischen und paläontologischen Objekten zu bestehen, deswegen mag man in Nordrhein-Westfalen geglaubt haben, **alle** paläontologischen Objekte in den Denkmalschutz einbeziehen zu müssen.

Deshalb muß hier zunächst untersucht werden, ob es überhaupt sinnvoll ist, einen Bodendenkmalschutz für alle paläontologischen Objekte zu erwägen. Paläontologische Objekte sind die Fossilien – das sind alle erhaltungsfähigen Reste von Organismen. In der Größe reicht das von den Knochen großer Wirbeltiere oder Riesenammoniten einerseits bis zu Mikrofossilien. Weiterhin gehören dazu Lebenspuren (Ichnofossilien) ebenso wie spezielle chemische Spuren der Tätigkeit von Organismen (Chemofossilien). Viele Fossilien sind sogar gesteinsbildend.

Tafeln in wissenschaftlichen Publikationen mit Fossilien und Archaeologica, etwa Brachiopoden und römischen Münzen, sehen sich so ähnlich, daß auf den ersten Blick kein gravierender Unterschied zu vermuten ist.

Dieser Unterschied ist aber vorhanden: Tafeln in archäologischen Monographien wollen und sollen das Fundgut möglichst vollständig dokumentieren. Auf der Tafel aus einem paläontologischen Werk stellt fast jede Abbildung eine eigene Art dar. Jede dieser Abbildungen steht damit für tausende und abertausende von Individuen, die nach einem einheitlichen genetischen Konzept im Rahmen der biologischen Variabilität einander ähneln. Eine Fossilplatte mit etwa 1000 Brachiopoden mißt 1 m<sup>2</sup>, die Schichtfläche mit diese Brachiopoden mißt nach km<sup>2</sup>, also je km<sup>2</sup> 1000 × 1000 × 1000 gleich 1 Milliarde Fossilien. Häufig liegen mehrere solcher Lagen übereinander und die Verwitterung legt dieses Material kontinuierlich auf den Äckern frei. Bei Mikrofossilien muß man die 10er Potenzen noch einmal erheblich heraufsetzen. Hier wird deutlich, daß die Zahl der Lesefunde von Münzen oder Topfscherben rein quantitativ nie die mögliche Gesamtzahl von Fossilien erreicht.

Paläontologische Objekte sind aber stellenweise ganze Gesteinskomplexe, zum Beispiel die Kalke, die sich aus ehemaligen Riffkomplexen mit ihren vorgelagerten Schutzzonen gebildet haben. Es sind sehr wichtige Fossilvergesellschaftungen, auch wenn sie in Steinbrüchen abgebaut werden. Genauso sind die Braun- und Steinkohlenflöze, in denen der Bergbau umgeht, Fossilien. Die ungeheure Zahl und die industrielle Nutzung der Fossilien, vor allem aber ihr meist großräumiges Vorkommen, macht deutlich, daß man die Erfahrungen der Bodendenkmalpflege nicht ohne erhebliche Modifizierung auf paläontologische Objekte übertragen kann.



Die Paläontologie als typische Naturwissenschaft lebt von der Reproduzierbarkeit der Ergebnisse. Das heißt, in den meisten Gesteinskörpern sind die Fossilien mehr oder weniger gleichmäßig verteilt bzw. folgen einer gewissen regelhaften Verteilung, die speziell die Teildisziplin der Taphonomie (Betrachtung der Einbettungs- und Erhaltungsbedingungen) untersucht. Das macht es möglich, daß aus den Mikrofossilien einer Probe von 1–2 kg zuverlässige Aussagen über einen Gesteinskörper von vielen km<sup>2</sup> gemacht werden können. Die Großräumigkeit der Gesteinskörper, die die Fossilien beinhalten, macht den quantitativen und qualitativen Unterschied zu den archäologischen Bodendenkmälern aus. Wegen der ungeheuren Fülle der meisten Fossilien ist ein genereller Schutz aller Fossilien nicht nur sinnwidrig, sondern wegen seiner Auswirkungen auf den Bergbau nach fossilen Energien und auf die Natursteingewinnung, etwa Kalksteinen, auch gar nicht durchzusetzen.

Dennoch gibt es paläontologische Objekte mit besonderer Bedeutung, die einen Schutz vor Zerstörung verdienen. Hier ist ein gesetzlicher Schutz sogar ausgesprochen wünschenswert. Ich brauche hier nicht auf bewegliche Bodendenkmäler einzugehen, sondern beschränke mich aufgrund der generellen Fragestellung auf die paläontologischen Objekte, die ortsfesten archäologischen Bodendenkmälern am ehesten vergleichbar sind. Fossilfundplätze oder fossilführende Gesteine müssen gewisse Qualitäten aufweisen, um schutzwürdig zu sein, weil mit dem Schutz meist eine Einschränkung der Nutzung verbunden ist. Eine Definition dieser Qualitäten ist bisher noch nicht erfolgt, aber ich möchte hier einige denkbare Fallgruppen nennen:

1. Denkmalwert können kleinräumige Fossilfundpunkte, auch Massenvorkommen von Fossilien haben, wenn sie wissenschaftlich wichtige Fossilvergesellschaftungen oder Einzelfossilien in einer ungewöhnlichen Erhaltung liefern.
2. Denkmalwert können kleinräumige Fossilvorkommen haben, die für die paläogeographischen Bezüge von besonderer Bedeutung sind.
3. Denkmalwert sollte ebenfalls typischen Bereichen großräumiger fossilführender Gesteinskörper, auch großräumiger Massenvorkommen, zuerkannt werden, die aus wissenschaftshistorischer oder volksbildender Sicht erhalten werden sollen.
4. Denkmalwert sollte ebenfalls Gesteinskörpern oder Gesteinsfolgen zuerkannt werden, die als Referenzprofile ausgewiesen sind.

In die erste Fallgruppe fällt z. B. das Massenvorkommen der triadischen Mastodonsaurier bei Kupferzell, das vom Museum für Naturkunde in Stuttgart vor einigen Jahren beim Bau der Autobahn ausgebeutet wurde. Hierher gehören die Fährtenplatten der Dinosaurier sowie fossilführende Höhlen und Karstspalten. Wegen der guten Erhaltung von Wirbeltierfossilien kann man hier auch relativ große Objekte wie den Ölschiefer aus der Grube Messel einreihen.

Bei der zweiten Fallgruppe denke ich als Beispiel an ein Vorkommen von Muschelkalk am Nordrand der Eifel. Muschelkalk ist in Deutschland weit verbreitet und kann keinen grundsätzlichen Schutz erwarten, aber der kleinräumige Ausbiß bei Scheveb belegt das Ausmaß des Muschelkalkmeeres.

Als Beispiel für die Fallgruppe drei möchte ich die Ammonitenplatte von Ofterdingen anführen. Obwohl das Massenvorkommen relativ großräumig ist und bei fast jedem Bauvorhaben in Ofterdingen durchteuft werden muß, ist der Ausschnitt, der im Bett der Steinlach freigelegt ist, als sichtbares Zeugnis besonderer erdgeschichtlicher Vorgänge schützenswert.

Großräumig vorkommende Gesteinskörper oder Schichtfolgen müssen nicht immer gut abgeschlossen sein. Für die sich ständig weiter entwickelnde Forschung ist es aber wichtig, besondere Profilabschnitte jederzeit erneut untersuchen zu können. Für besonders wichtige Profilabschnitte sind deswegen Referenzprofile ausgewiesen worden, die ebenfalls einen gesetzlichen Schutz haben müssen.



Die Frage ist nun, welcher Schutz soll diesen paläontologischen Denkmälern zgedacht werden, und wie weit wird dadurch eine weitere wissenschaftliche Erforschung beeinträchtigt. Zunächst soll der Schutz die Zugänglichkeit zum Denkmal gewährleisten. Das heißt, ausgewiesene Denkmäler, z. B. in einer Steinbruchwand, dürfen nicht verschüttet werden. Die regelmäßige Freihaltung von überwuchernder Vegetation ist zu fordern. Besonders wichtig aber ist es, eine Ausbeutung der Denkmäler nach Fossilien, speziell eine kommerzielle Ausbeutung, zu unterbinden. Gleichzeitig sollen aber die als Denkmäler ausgewiesenen Fossilfundpunkte oder Gesteinskörper gerade der Forschung zugänglich sein. Hier ist im Einzelfall sehr sorgfältig abzuwägen, ob ein Eingriff in das Denkmal zu Forschungszwecken zugelassen werden soll. Kriterien dafür dürften in erster Linie die folgenden sein:

Wie groß ist der notwendige Eingriff im Verhältnis zur Größe des zugänglichen bzw. vorhandenen Gesteinskörpers? Häufig dürfte die erforderliche Probenmenge das Denkmal nur unbedeutend beeinträchtigen.

Welche wissenschaftliche Bedeutung hat das zu erwartende Ergebnis? Gerade bei Referenzprofilen ist es geradezu wünschenswert, daß sie in die Untersuchungen nach neuen Methoden einbezogen werden.

Bei kleinräumigen Vorkommen, etwa Spaltenfüllungen, kann es sein, daß erst die Untersuchung eines großen Teiles des Vorkommens jene wissenschaftlichen Ergebnisse erbringt, die einen Schutz rechtfertigen würden. Hier ist, wie im archäologischen Bereich bei Höhlen, zu prüfen, ob ein Rest des Sedimentes im Gelände belassen werden kann oder die Fossilien als bewegliche Bodendenkmäler in Sammlungen überführt werden müssen.

Nach den beschriebenen Fallgruppen bedeutet ein Eingriff zu Forschungszwecken in der Regel keine vollständige Zerstörung. Darin liegt ein wesentlicher Unterschied gegenüber vielen archäologischen Objekten. Meist liegt das Ausmaß der für die Forschung wichtigen Eingriffe, etwa bei einer Probenahme im Bereich der natürlichen Verwitterung, innerhalb weniger Jahre. Deswegen wäre eine grundsätzliche Zurückhaltung, auch ausgewiesene Denkmäler in die Forschung mit einzubeziehen, sachfremd.

Bei den vielfältigen Forschungseinrichtungen innerhalb der Paläontologie und den stets auf ganz spezielle Fragestellungen angesetzten Untersuchungen ist es unmöglich, die Forschungsaktivitäten auf eventuell gefährdete Objekte einzuschränken. Regionale Untersuchungen können zwar gegebenenfalls gefährdete Objekte einbeziehen, aber ein Versuch, die Feldforschung auf Notbergungen einzuengen, würde das absolute Aus für die Paläontologie bedeuten. Eine derartige Maßnahme wäre aber nach dem eben Gesagten auch gar nicht sinnvoll.

Zum Schluß muß ich noch ein Wort dazu sagen, welcher Personenkreis Entscheidungen einerseits über die Auswahl der paläontologischen Bodendenkmäler und andererseits über die Forschung an diesen Bodendenkmälern treffen sollte. Die Ausweisung der paläontologischen Bodendenkmäler muß in Zusammenarbeit zwischen den Fachwissenschaftlern und den Bodendenkmalämtern erfolgen. Hierbei fällt den Fachwissenschaftlern an den Universitäten und den Geologischen Landesämtern eine wichtige Aufgabe zur Initiative zu. Andererseits wurden die Stellen in den Bodendenkmalämtern entsprechend der bisherigen Aufgaben mit Archäologen besetzt. Ich setze die besten Absichten voraus, habe aber dennoch Bedenken, ob diese Archäologen fachlich in der Lage sein werden, die Bedeutung paläontologischer Forschung unanfechtbar zu bewerten. Forschungsgegenstände und Forschungstraditionen unterscheiden sich doch erheblich. Deswegen ist einerseits die Einstellung von Paläontologen in allen Ebenen der Bodendenkmalämter zu fordern. Andererseits schlage ich vor, daß man regionale Beiräte bildet, an denen z. B. Paläontologen der Universitäten als Fachwissenschaftler beteiligt sind. Ihnen obläge es in einem schwierigen Fall oder gar Streitfall eine für alle Seiten tragbare Lösung, die sachlich unter beiden Aspekten dem Denkmalschutz und der Forschung tragbar ist, zu finden. Die letzte Entscheidung,



welche Untersuchungen an einem paläontologischen Bodendenkmal zugelassen werden müssen, um wichtige Forschungsziele zu erreichen, können unmöglich von anderen als einem Gremium an dem die Fachwissenschaftler beteiligt sind, getroffen werden.

Aus der Erfahrung mit dem Naturschutz empfiehlt es sich von vornherein, mit der Ausweisung eines paläontologischen Bodendenkmals auch den Zweck der Unterschutzstellung zu beschreiben. Beispiele sind Steinbrüche, die bereits vor vielen Jahren unter Naturschutz gestellt wurden. In der Zwischenzeit hat sich an diesen geschützten Standorten eine durchaus seltene oder gar bedrohte Fauna und Flora eingenistet. Nun kann ein Interessenkonflikt entstehen, nämlich welchem Aspekt der Vorrang zu geben ist. Fortgesetzte Forschung, für die der Steinbruch als Referenzprofil ausgewiesen ist, soll der fortgesetzten Forschung dienen, würde aber möglicherweise die seltene Fauna oder Flora stören.

Diesen vorprogrammierten Ärger kann man umgehen, wenn rechtzeitig Prioritäten für die Nutzungsweise des paläontologischen Bodendenkmals festgelegt werden.

Zusammenfassend muß gesagt werden, daß nur eine sehr kleine Zahl der fossilführenden Gesteine den Rang eines paläontologischen Bodendenkmals erreichen, dem ein gesetzlicher Schutz gebührt. Auch diese paläontologischen Bodendenkmäler sind im Vergleich zu archäologischen Bodendenkmälern unverhältnismäßig groß, deswegen lassen sich die Erfahrungen der Archäologischen Denkmalpflege nicht schematisch übertragen. In der Regel ist der Materialverbrauch bei der paläontologischen Feldforschung sehr klein und führt fast niemals zur vollständigen Zerstörung des paläontologischen Bodendenkmals. Die Einbeziehung der geschützten Referenzprofile in neue Forschungen ist wünschenswert und höher zu bewerten als ein möglichst weitreichender Schutz. Dennoch ist zum Schutz der ausgewiesenen paläontologischen Bodendenkmäler ein strenger Maßstab anzulegen, in welchem Ausmaß und zu welchem Zweck die Fossilien aus dem Gestein geholt werden sollen. Eine Ausbeutung von Fossilien zu kommerziellen Zwecken ist in jedem Fall abzulehnen. Die mögliche Nutzungsweise sollte bei der Unterschutzstellung beschrieben werden. An der Ausweisung von paläontologischen Bodendenkmälern und den Entscheidungen über die wissenschaftliche Nutzung müssen Paläontologen als Fachwissenschaftler beteiligt werden.



# Die Auswahl der Grabungsplätze durch die Römisch-Germanische Kommission des Deutschen Archäologischen Instituts in den Jahren seit 1956

Siegmар von Schnurbein

Als Werner Krämer 1956 zum Ersten Direktor der RGK gewählt worden ist, brach unter anderem auch im Bereich der Forschung für das Haus eine neue Phase an. Hatte die RGK mit ihrer Gründung im Jahre 1902 sich sofort auch in der aktiven Ausgrabungsarbeit engagiert – ich erinnere an Haltern und Oberaden und die Impulse, die von diesen Gemeinschaftsgrabungen mit der Altertumskommission für Westfalen damals ausgingen – so gelang nach der langen Unterbrechung durch den 1. Weltkrieg und die nachfolgenden Krisenjahre erst unter Gerhard Bersu ab 1924 ein – freilich zeitlich begrenzter – Wiederaufschwung. Die von ihm geleiteten Lehrgrabungen auf dem Goldberg im Ries und die Gemeinschaftsgrabungen im Ausland<sup>1</sup> setzten damals Maßstäbe in der modernen Grabungstechnik. Waren die Auslandsgrabungen im Sinne der heutigen Veranstaltung reine Forschungsgrabungen, so gilt dies nicht für den Goldberg, dessen archäologische Substanz schon damals durch das Pflügen gefährdet war.

Werner Krämer, der vor seiner Berufung nach Frankfurt die Archäologische Denkmalpflege in Bayern geleitet hat, brachte als sein eigenes Forschungsunternehmen die bereits begonnenen Grabungen im keltischen Oppidum von Manching mit ein. Diese waren zunächst reine Notgrabungen, verursacht durch die 1955 beginnende Wiederinstandsetzung und den Ausbau des Flugplatzes.<sup>2</sup>

Manching erschien damals als Forschungsobjekt für die RGK aus mehreren Gründen besonders geeignet. Die Fragen, die sich mit der keltischen Zeit insgesamt und vor allem mit dem Beginn der ersten stadtartigen Siedlungen verbinden, wurden seit den 30er Jahren besonders intensiv diskutiert. Sie waren zugleich von gesamteuropäischer Bedeutung. Auf welch unsicherem Boden sich diese Diskussion bewegte, legte Kurt Bittel 1949 im Zusammenhang mit einer kleinen Studie zum Oppidum Finsterlohr dar, aus deren Einleitung einige Passagen zitiert werden sollen: „Man hat sich m. E. zu häufig mit der bloßen Feststellung äußerer Übereinstimmung in Lage, Befestigung und Größe zufriedengegeben und zu wenig berücksichtigt, daß doch erst die Kenntnis des inneren Organismus, des Lebens, das sich einst dort abspielte, den richtigen Maßstab zur kulturgeschichtlichen Einordnung wie auch zum Vergleiche mit den gleichzeitigen Verhältnissen im eigentlichen Gallien liefern kann. Darüber wissen wir aber noch so gut wie nichts ... Ich möchte das so verstehen, daß man sich mit ihnen (d.h. den Oppida) nicht nur je nach Bedarf und Neigung beschäftigen sollte, sondern daß sie ihrer hohen Bedeutung entsprechend in den Mittelpunkt planmäßiger, überlegter Studien zu rücken wären, vielleicht sogar bevorzugt gegenüber anderen, minder dringenden, weniger aufschlußreichen Unternehmungen. Die genaue und laufende Beobachtung durch vertrauenswürdige Persönlichkeiten aller landwirtschaftlichen und sonstigen Erdarbeiten im Innern, wo immer die Möglichkeit des Auftauchens von Funden gegeben ist, die überlegte Ansetzung von Ausgrabungen an solchen Punkten – siehe Manching und Altenburg – von denen bereits Funde vorliegen, wo aber durch systematischere, raumgreifende Untersuchun-

1 Österreich: Duel bei Feistritz. Schweiz: Wittnauer Horn. Ungarn: Füzes-Abony. Bulgarien: Sadovetz. Vgl. W. Krämer, Gerhard Bersu zum Gedächtnis, Ber. RGK 45, 1964, 1 f.

2 W. Krämer, Zwanzig Jahre Ausgrabungen in Manching 1955–1974, in: Ausgrabungen in Deutschland, gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1950–1975. Monogr. RGZM 1, 1975, 287 ff.



gen gültige Aufschlüsse zu gewinnen sind und endlich – doch nur in bedingter Weise – die Plan-  
aufnahme aller einschlägigen Denkmäler nach einheitlichen, modernen Gesichtspunkten werden  
weiterhelfen.“<sup>3</sup>

Macht man sich klar, daß 1937, wenige Jahre bevor K. Bittel dies schrieb, der letzte Band des Li-  
meswerkes erschienen war, dann gewinnt man den Eindruck, daß K. Bittel eine ähnliche ge-  
meinsame Konzentration der Kräfte auf die Erforschung der keltischen Zeit vorschwebte, die  
dann ja auch tatsächlich in gewisser Weise erfolgt ist.<sup>4</sup>

Der enorme Fundreichtum und die Dichte der Befunde, die sich bei W. Krämers ersten Grabungen  
in Manching im Jahre 1955 zeigten, wirkten für die Forschung vor dem Hintergrund der Bittel-  
schen Feststellungen fast wie eine Fügung und wurden durchaus als dringender Appell verstan-  
den, diese Forschungschance intensiv zu nutzen. Daraus erklären sich die Grundsatzentscheidung  
und das nachfolgende ganz erhebliche, die Tätigkeit der RGK dominierende Engagement in  
Manching.

Eine zentrale wissenschaftliche Frage gab also den Anstoß, daß die RGK in Manching aktiv ge-  
worden ist. Die Auswahl der dann bis 1987 in mehreren großen Abschnitten dort durchgeführten  
Grabungen war jedoch durchweg von bevorstehenden Baumaßnahmen oder anderen Gefährdun-  
gen diktiert. Geleitet wurden die Arbeiten von Werner Krämer, Ferdinand Maier und Franz  
Schubert.

Die Grabungen bis 1961 waren mit Baumaßnahmen im Flugplatz verbunden, der 1962–1963 un-  
tersuchte, bereits teilzerstörte Bereich des Osttores war durch Baustellen für den Flugplatz ge-  
fährdet. 1965–1967 und 1984–1987 gaben Straßenbauten den Anlaß. Ohne akute Gefährdung  
wurde nur 1971–1973 gegraben; Ziel war es, zwischen verschiedenen, bereits bei den Notgra-  
bungen untersuchten Arealen die Flächen zu schließen, um so zu zusammenhängenden Befunden  
und damit interpretierbaren Strukturen zu kommen.

Die in Manching erreichten Ergebnisse zusammenzufassen, würde hier viel zu weit führen. Ei-  
nigkeit herrscht gegenwärtig in der Ansicht, daß das Oppidum einige Jahrzehnte vor der römi-  
schen Eroberung des Alpenvorlandes 15 v. Chr. weitestgehend verlassen worden sein muß. Daß  
bei der langwährenden Diskussion um das Ende von Manching die Frage nach der Entstehung  
des Oppidums viel zu kurz gekommen ist, hat Werner Krämer zu Recht hervorgehoben. Die lau-  
fenden Aufarbeitungen werden noch manche neue Gesichtspunkte zu Beginn, Geschichte und  
Charakter von Manching und der Oppidum-Diskussion schlechthin beitragen.<sup>5</sup>

Bei den Grabungen der 60er und 70er Jahre trug die DFG in Manching die Hauptlast der Finan-  
zierung, in den 80er Jahren der Freistaat Bayern. Eingebunden waren diese Arbeiten vor allem in  
den 60er und 70er Jahren in ein Schwerpunktprogramm der DFG, in dessen Rahmen auch die  
Grabungen in den Oppida von Altenburg-Rheinau und Kelheim, auf der Altburg bei Bundenbach  
und in der Viereckschanze von Holzhausen gefördert worden sind. Mit Akademie-Mitteln wur-  
den ferner in den 70er Jahren die hinzugehörigen Forschungen K. Bittels auf dem Oppidum Don-  
nersberg finanziert.<sup>6</sup> Denkmalpflegerische Notwendigkeiten und Forschungsfragen waren in die-  
sem Gesamtrahmen im Falle Manching sicherlich am engsten miteinander verknüpft.

3 K. Bittel, Das keltische Oppidum bei Finsterlohr. Jahrb. Württemberg-Franken NF 24–25, 1950, 69 ff.

4 Im Rahmen des DFG-Schwerpunktprojektes „Siedlungs- und Befestigungswesen im Gebiet nördlich der Alpen“ wur-  
den u. a. die Grabungen in der Altburg bei Bundenbach, in Manching, in den Oppida von Kelheim und Altenburg-  
Rheinau sowie in der „Viereckschanze“ Holzhausen gefördert. Vgl. U. Schaaff, Ausgrabungen zur Eisenzeit Deutsch-  
lands (wie Anm. 2) und die ebd. vorgelegten Berichte von R. Schindler, W. Krämer, F.-R. Herrmann, F. Fischer und  
K. Schwarz. Hinzuzurechnen sind auch die Grabungen der Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz auf  
dem Donnersberg. H.-J. Engels, Die Viereckschanze. Der Donnersberg 1 (1976).

5 Vgl. dazu F. Maier, in: I Celti. Katalog d. Ausst. Venedig 1991, 411 ff. F. Maier u. a., Ergebnisse der Ausgrabungen  
1984–1987 in Manching. Die Ausgrabungen in Manching 15, 1992.

6 Vgl. Anm. 4.



Dies gilt auch für den zweiten Bereich, in dem nach dem 2. Weltkrieg von der RGK besonders umfangreiche Grabungen unternommen worden sind, die Limesforschung. Bis zur Berufung von Hans Schönberger als Zweiten Direktor an die RGK im Jahre 1966, wurde auf diesem Gebiet von unserem Haus aus keine Geländeforschung betrieben. Ab 1968 grub H. Schönberger im nahe Manching gelegenen Kastell Oberstimm, das bis dahin nur aufgrund von Funden erschlossen worden war. Zwei Gründe waren für die Auswahl dieses Grabungsplatzes ausschlaggebend:

Zum einen hatte die Reichs-Limeskommission bei ihren Arbeiten die rätischen Donaukastelle nicht einbezogen, so daß dort ein erheblicher wissenschaftlicher Nachholbedarf bestand, den H. Schönberger als Direktor der Saalburg vor 1966 durch Grabungen in Passau und Künzing bereits zielstrebig verringert hatte. Zum anderen forderte die offene Diskussion um das Ende der keltischen Besiedlung Manchings und Süddeutschlands insgesamt dazu heraus, den Zeitpunkt der Einrichtung der frühesten römischen Kastelle an der Donau insbesondere in dem Manching nächstgelegenen Kastell zu klären. In Manching selbst war ja die innerhalb des Oppidums gelegene, kleine römische Siedlung bereits beim Flughafenbau in den 30er Jahren komplett zerstört worden, so daß zur Frage des wie auch immer gearteten Zusammenhangs des römischen mit dem keltischen Manching nur indirekt über Oberstimm eine Antwort erwartet werden konnte.

Die Auswahl der Grabungsflächen in Oberstimm richtete sich ganz nach den noch zugänglichen Freiflächen innerhalb des Dorfes, die aber ständig von Überbauung bedroht waren. Die Untersuchungen wurden 1968–1971 durchgeführt. Das Ergebnis ist heute eines der am besten bekannten claudisch bis flavischen Kastelle im ganzen Imperium.<sup>7</sup> Die dabei festgestellte ausgeprägte Versorgungsfunktion hat die Diskussion um die individuellen Aufgaben römischer Kastelle wesentlich beflügelt. Ergänzende Grabungen in den Jahre 1984–1987 wurden unter fachlicher Beratung der RGK vom Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege als Notgrabungen durchgeführt.<sup>8</sup> Die im Jahre 1986 in den verlandeten Bachlauf der Brautlach niedergebrachte Sondage beruhte auf folgenden Problemen: Nach verschiedenen Beobachtungen und Bergungen war dort eine Hafenanlage zu vermuten, die es zu finden galt, und zugleich war zu klären, wie weit die seit längerer Zeit bekannten Hölzer aus diesem Bereich bereits durch Grundwassersenkung bedroht waren. Die Sondage führte zur Entdeckung der beiden bekanntgewordenen Schiffe.

Eine weitere Grabung an der Donau führte H. Schönberger 1968 auf Bitten des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege in Eining durch.<sup>9</sup> Die kurze Kampagne in dem noch nicht akut bedrohten Lager diente der Feststellung, worum es sich bei der Wallanlage östlich des Ortes wirklich handelte; ein Vorgängerlager der 3. Ital. Legion zu dem Standlager Regensburg war verschiedentlich vermutet, jedoch nicht beweisbar gewesen. Um den Platz bei dem schon seit Jahren geplanten Bau einer Straße besser schützen zu können, war es notwendig, ihn genauer einzuordnen. Die bestehende Vermutung hat sich dabei bestätigt.

Noch ein weiteres Kastell an der Donau wurde von H. Schönberger 1978–1980 untersucht, und zwar Moos an der Isarmündung.<sup>10</sup> Auch dieser Platz war bis dahin nur aufgrund von Lesefunden als Kastellort angesehen worden; er lag unter dem Pflug und wurde dadurch laufend beeinträchtigt. Die erhofften Resultate zur Truppengeschichte Osträtiens haben sich in vollem Umfang eingestellt; weniger ergiebig war die Grabung bezüglich des Kastellgrundrisses, da die Erosion der Isar es zum größten Teil bereits zerstört hatte. Um so erfreulicher war die Entdeckung eines Reihengräberfeldes, das teils in, teils außerhalb des Kastells lag und 1981–1982 von Uta v. Freeden, soweit zugänglich, ausgegraben worden ist. Die von ihr ausgearbeitete Studie hat die Landesge-

7 H. Schönberger, Kastell Oberstimm. *Limesforsch.* 18 (1978).

8 H. Schönberger und H.-J. Köhler, Neue Ergebnisse zur Geschichte des Kastells Oberstimm. *Ber. RGK* 70, 1989, 243 ff.

9 H. Schönberger, Das Römerlager im Unterfeld bei Eining. *Germania* 48, 1970, 66 ff.

10 H. Schönberger, Moos-Burgstall. *Ber. RGK* 63, 1982, 179 ff.



schichte in Bayern erheblich bereichert, da es ihr gelang, die reichen Grablegen mit früh überlieferten, adeligen Familien der Gegend in einen Zusammenhang zu bringen.<sup>11</sup>

Die seit 1981 in verschiedenen römischen Orten durchgeführten, sehr begrenzten Grabungen wurde allesamt auf Bitten der jeweiligen Landesarchäologen unternommen. Zwei Grabungen betrafen spätantike Plätze: Akute Baumaßnahmen gaben im spätrömischen Kastell Altrip den Anlaß.<sup>12</sup> Schleichende Zerstörung durch Schatzsucher führten zum Beginn der Sondagen auf der ebenfalls spätrömischen Anlage Heidenburg im Pfälzer Wald; leider konnten diese Untersuchungen wegen des 1984 erzwungenen großen Engagements der RGK auf der Straßengrabung in Manching nicht fortgeführt werden.<sup>13</sup> In Friedberg-Rederzhausen<sup>14</sup>, Bad Nauheim-Goldstein<sup>15</sup> und Lahnu-Dorlar<sup>16</sup> hatten die bei Luftbildflügen von Otto Braasch entdeckten Kastele sehr unterschiedlichen und jeweils neuartigen Charakter: In Rederzhausen scheint es sich um Arbeitslager zu handeln, in Bad Nauheim um je ein Marsch- und ein Übungslager, und in Dorlar muß es sich wegen der Lage außerhalb des Limes um eine mit einem Germanenkrieg zusammenhängende Anlage handeln.

In dieselbe Gruppe gehört das ebenfalls von O. Braasch entdeckte, durch Claus-Michael Hüßen bei Weißenburg<sup>17</sup> gegrabene Lager, das demnächst komplett überbaut sein wird. Das voll ausgebaute, nur kurze Zeit zu Anfang des 2. Jh. bestehende Kastell war zusätzlich zum Kastell Birici-ana angelegt worden; es erfüllte wohl Aufgaben beim Ausbau der durchgehenden Limeswerke. Mitarbeiter des RGK haben sich darüber hinaus bei verschiedensten Grabungen persönlich engagiert, ohne daß dies jeweils vom Institut initiierte Untersuchungen gewesen sind; als Beispiel nenne ich Karl-Friedrich Rittershofers Mitwirkung bei den Notgrabungen in der mittelalterlichen Wasserburg Bommersheim, die weitreichende Ergebnisse für die mittelalterliche Keramikchronologie erbrachten.<sup>18</sup>

Mit der Übernahme der Leitung der RGK haben Herr Parzinger und ich uns entschlossen, an die Tradition von Gerhard Bersu anzuknüpfen und verstärkt im Ausland zu graben. Bei den im vergangenen Jahr begonnenen Forschungen in Frankreich und Spanien<sup>19</sup> handelt es sich jeweils um Gemeinschaftsunternehmungen mit französischen bzw. spanischen Institutionen, die zur Zusammenarbeit eingeladen hatten. In Nordspanien ist eine Art Landesaufnahme mit kleineren Sondagen in einer Siedlungskammer südlich der Pyrenäen begonnen worden, bei der die Frage der Kontakte zwischen Südfrankreich und der kastilischen Hochebene in der keltischen Zeit im Mittelpunkt steht, d. h. die viel diskutierte Frage des Entstehens der sog. keltiberischen Kultur. Ein Großteil der bisher bekannten Fundplätze ist durch landwirtschaftliche Nutzung gefährdet.

In Alesia geht es um die caesarischen Belagerungswerke, deren bisher bekannte Pläne auf Arbeiten aus den Jahre 1862–1864 beruhen. Im Zuge von Planungen, einen Teil dieser Anlagen im Gelände im Maßstab 1:1 zu rekonstruieren, müssen zuvor gründliche Grabungen erfolgen, an denen sich die RGK seit 1991 beteiligt. Die wissenschaftliche Bedeutung liegt darin, daß man aus spätrepublikanischer Zeit und vor allem von den von Caesar beschriebenen Lagerbauten bisher praktisch nichts weiß; zum Verständnis der in augusteischer Zeit am Rhein errichteten Standlager ist das Studium der vorausgehenden Einrichtungen unerlässlich.

11 U. v. Freeden, Das frühmittelalterliche Gräberfeld von Moos-Burgstall. Ber. RGK 68, 1987, 493 ff.

12 S. v. Schnurbein, Der neue Plan des valentinianischen Kastells Alta Ripa (Altrip). Ber. RGK 70, 1989, 507 ff.

13 Ber. RGK 64, 1983, 515.

14 S. v. Schnurbein, Neu entdeckte frühkaiserzeitliche Militäranlagen bei Friedberg in Bayern. Germania 61, 1983, 529 ff.

15 Ber. RGK 72, 1991, 338.

16 Ebd.

17 Ebd. 339. C.-M. Hüßen, Das Holzkastell auf der „Breitung“ in Weißenburg in Bayern, in: V. A. Maxfield und M. J. Dobson (Hrsg.) Roman Frontier Studies 1989 (1991), 191 ff.

18 Ebd. 340. J. Petrasch und K.-F. Rittershofer, Mitt. Ver. Gesch. Heimatkd. Oberursel 32, 1990, 8 ff.

19 Ebd. 336 f.



Zwei Untersuchungen ganz anderen Charakters sollen die Übersicht beschließen: Es handelt sich um Forschungen, die an ungefährdeten Plätzen mit Mitteln der DFG durchgeführt worden sind. 1970–1972 hat Hermann Ament die Reste der merowingerzeitlichen Siedlung Künzerhof<sup>20</sup> bei Mayen ausgegraben, soweit sie nicht bereits durch Ackerbau und Erosion vernichtet waren. Bei der geringen Zahl überhaupt bekannter Siedlungen jener Zeit bedarf die wissenschaftliche Bedeutung einer solchen Grabung nicht weiter begründet zu werden. – Ähnliches gilt für die Untersuchungen von Eckehart Schubert auf dem Runggereg in Südtirol. Erstmals ist hier in den Jahren 1984–1986 einer der zahlreichen eisenzeitlichen Brandopferplätze des Alpengebietes komplett erforscht worden.<sup>21</sup>

Wenn ich abschließend versuchen soll, die Maximen darzulegen, nach denen die RGK in den letzten 35 Jahren die Orte und Grabungsstellen für die eigenen Forschungen ausgewählt hat, so möchte ich dazu gerne einen meiner Amtsvorgänger, Hans Schönberger, zitieren. Er begründete 1962, damals als Direktor des Saalburg-Museums, seine Grundsätze, denen er auch späterhin treu blieb und die die Arbeit der RGK bestens charakterisieren: „Wir selbst haben uns bemüht, zwar den Erfordernissen der Bodendenkmalpflege Rechnung zu tragen, in erster Linie aber planmäßige und auf bestimmte historische Probleme begrenzte Grabungen anzusetzen. Meist ergab sich dabei das eine aus dem anderen, und beide Aufgaben ließen sich nicht voneinander trennen.“<sup>22</sup>

---

20 H. Ament, Eine fränkische Siedlung beim Künzerhof, Gemeinde Mertloch. *Germania* 52, 1974, 454 ff.

21 P. Gleirscher und E. Schubert, Das Runggereg. Untersuchungen an einem eisenzeitlichen Brandopferplatz bei Seis am Schlern. RGF (in Vorbereitung). Vgl. Ber. RGK 67, 1986, 554.

22 H. Schönberger, Neuere Grabungen am Obergermanischen und Rätischen Limes. *Limesforsch.* 2, 1962, 69.



# Förderaspekte der Deutschen Forschungsgemeinschaft bei Projekten der Archäologischen Denkmalpflege

Jochen Briegleb

Ziele und Aufgaben des eingetragenen Vereins Deutsche Forschungsgemeinschaft sind in § 1 ihrer Satzung, der den Vereinszweck definiert, wie folgt beschrieben: „Die Deutsche Forschungsgemeinschaft dient der Wissenschaft in allen ihren Zweigen durch die finanzielle Unterstützung von Forschungsaufgaben und durch die Förderung der Zusammenarbeit unter den Forschern.“ Damit ist eigentlich alles gesagt – aber wie so oft bedarf auch diese bewußt so abstrakt und allgemein gehaltene Formulierung eines präzisierenden Kommentars, wenn es um ihre Anwendung auf ganz konkrete Einzelfälle spezieller Art geht. Mein Kommentar – den Sie bitte weniger im Sinne einer offiziellen Verlautbarung – sondern als Grundlage für die anschließende Diskussion verstehen sollten – umfaßt fünf Punkte.

1. Punkt 1 ist eine Binsenweisheit, die hier gleichwohl wiederholt werden muß, weil sie grundlegende Bedeutung hat: Die DFG kann nur **Forschungsvorhaben** fördern, nicht aber die laufenden wissenschaftlichen Routineaufgaben von Personen oder Institutionen. Mit anderen Worten: Die DFG ist nicht dazu da, eine unzureichende Grundausrüstung zu kompensieren oder mit zusätzlichen Mitteln zu helfen, gelegentlich auftretende übermäßige Arbeitsbelastungen zu bewältigen.

2. Zweitens muß in diesem Zusammenhang betont werden, daß in der Satzung und den weiteren Verfahrensregeln der DFG weder definiert ist, was nun genau Forschung ist (etwa in Abgrenzung zu wissenschaftlicher Arbeit), noch gibt es dort irgendwelche einschränkenden Regelungen für bestimmte Gruppen von Wissenschaftlern oder für eine bestimmte Art von Projekten hinsichtlich einer möglichen Förderung durch die DFG. Daraus folgt, daß im Prinzip natürlich auch jeder Wissenschaftler, der in der Bodendenkmalpflege tätig ist, genau wie seine Kollegen an den Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen Anträge auf Förderung von Forschungsvorhaben an die DFG stellen kann – unter den gleichen Voraussetzungen und zu den gleichen Bedingungen. Sollten Zweifel bestehen, ob das geplante Projekt tatsächlich als Forschungsvorhaben zu werten ist oder ob es nicht doch eher zum Aufgabenbereich der Bodendenkmalpflege gehört, so trifft die Entscheidung nicht die Geschäftsstelle der DFG nach einem festgelegten Kriterienkatalog, sondern vielmehr die Gutachter der DFG in abgewogener Würdigung der jeweiligen Besonderheiten des betreffenden Projekts.

3. Das Fehlen vorgegebener Kriterien erlaubt nun zwar ein hohes Maß an Flexibilität, macht andererseits aber die Entscheidung im konkreten Einzelfall – und dies natürlich insbesondere bei Grenzfällen – nicht eben einfach. Zur generellen Orientierung will ich nur zwei Aspekte hervorheben, die bei der Entscheidung, ob ein Vorhaben der Bodendenkmalpflege als Forschungsprojekt von der DFG gefördert werden kann, in jedem Falle eine entscheidende Rolle spielen.

Da ist zunächst der Aspekt der zeitlichen Dringlichkeit, der freilich aus der Sicht der DFG nur eine sehr untergeordnete Rolle spielt. Nicht der Zeitdruck – in der Regel einhergehend mit Finanzierungsschwierigkeiten – macht eine Aufgabe der Bodendenkmalpflege zum Forschungsvorhaben, für das dann Mittel der DFG beantragt werden können. Vielmehr muß das betreffende Vorhaben aus sich heraus eine eindeutig über den lokalen und regionalen Rahmen hinausreichende wissenschaftliche Bedeutung haben, so daß es – ganz unabhängig von einem aktuellen Anlaß – auch zu jeder anderen Zeit einer eingehenden Untersuchung wert gewesen wäre.

Dies war – um drei konkrete Beispiele zu nennen – nach Ansicht der Gutachter der DFG bei den Überresten der römischen Töpfersiedlung bei Rheinzabern der Fall, die vor einer Bebauung des betreffenden Geländes zehn Jahre lang mit Mitteln der DFG untersucht worden sind: Ein Gra-



bungsunternehmen, das seinen Anspruch, ein Forschungsvorhaben zu sein, freilich nicht eingelöst hat, denn mehr als eine interne Dokumentation ist seinerzeit dabei nicht herausgekommen. Das zweite Beispiel sind die Grabungen im Kurpark von Bad Nauheim in letzten Jahr, wo es darum ging, vor dem Bau einer Tiefgarage die Reste keltischer Salinenanlagen zu untersuchen. Auch dieses Projekt – sicherlich ein Grenzfall, bei dem man streiten kann, zu wieviel Prozent es innerhalb der Zuständigkeitsgrenzen der Bodendenkmalpflege anzusiedeln ist – wurde von der DFG unterstützt. Ein Bericht steht noch aus, und daher kann auch noch nicht gesagt werden, ob sich die Einschätzung der Gutachter bestätigt hat, die hier genügend Forschungsaspekte gegeben sahen, die eine Unterstützung durch die DFG rechtfertigten.

Ganz unproblematisch hat sich dagegen die partnerschaftliche Kooperation von Bodendenkmalpflege und DFG beim dritten Beispiel erwiesen, dem Schwerpunktprogramm „Siedlungsarchäologische Untersuchungen im Alpenvorland“, das am 1. August 1992 in sein zehntes und letztes Förderungsjahr geht. Hier sind – ähnlich wie früher bei den Schwerpunktprogrammen, die die siedlungsarchäologische Erforschung der norddeutschen Küstenregionen zum Ziel hatten – die zuständigen Instanzen der Bodendenkmalpflege von vornherein in die Forschungsplanung mit einbezogen worden, ja wesentliche Impulse sind von ihnen ausgegangen. Am Beispiel dieser Schwerpunktprogramme ließe sich auch im Detail sehr eindrucksvoll zeigen, welchen Anteil die Wissenschaftler der Bodendenkmalpflege an den Erfolgen dieser Schwerpunktprogramme gehabt haben und noch haben – und damit ganz wesentlich auch am Fortschritt der Forschung.

Nicht nur der Vollständigkeit halber muß noch erwähnt werden, daß alles, was bisher am Beispiel von Grabungen exemplifiziert wurde, in gleicher Weise natürlich auch für die wissenschaftliche Aufarbeitung der Ergebnisse von Grabungen der Bodendenkmalpflege gilt – sofern diese eben eine über den lokalen und regionalen Rahmen hinausgehende wissenschaftliche Bedeutung haben.

4. Nun sind Belange der Bodendenkmalpflege nicht nur bei der Frage berührt, ob und unter welchen Voraussetzungen ihre Projekte eventuell von der DFG unterstützt werden können, sondern gelegentlich durchaus auch bei Anträgen anderer Wissenschaftler auf Finanzierung von Survey- oder Grabungsunternehmen. Dazu ist festzustellen, daß die DFG grundsätzlich bei allen Anträgen davon ausgeht, daß die Antragsteller ihren Frieden mit allen Instanzen und Institutionen gemacht haben, die – aus welchen Gründen auch immer – an der Projektplanung zu beteiligen sind. Dazu gehört natürlich auch, daß sie – sofern erforderlich – bei Grabungen in Deutschland die Zustimmung der zuständigen Denkmalbehörde eingeholt haben. Wenn ich gesagt habe: „Die DFG geht davon aus ...“, so heißt dies konkret, daß sie auf die Vorlage entsprechender Bescheinigungen verzichtet und auch keine Verpflichtungen zu irgendwelchen Prüfungen übernimmt – bei mittlerweile weit über 10 000 Anträgen im Jahr eine ebenso notwendige wie verständliche Zurückhaltung.

5. Wenn also die zentrale, Sie als Vertreter der Bodendenkmalpflege vorrangig interessierende Frage im Grundsatz ganz einfach zu beantworten ist: Forschungsvorhaben der Bodendenkmalpflege können sehr wohl von der DFG gefördert werden, so muß aber doch fairerweise sofort hinzugefügt werden, daß diese Aussage bei der derzeitigen Finanzsituation der DFG kaum mehr als ein frommer Wunsch sein kann. Die Lage ist in der Tat so kraß, daß die in diesem Jahr für Bewilligungen in den Altertumswissenschaften zur Verfügung stehenden Mittel gerade ausreichen, die laufenden Verpflichtungen der DFG zu erfüllen, d. h. die angemessene Weiterfinanzierung der bereits geförderten Vorhaben sicherzustellen. Neu beantragte Projekte können dagegen vorerst nicht in die Förderung aufgenommen werden. Davon sind auch einige bei der DFG vorliegende Anträge aus dem Bereich der Bodendenkmalpflege betroffen. (Dies gilt freilich nur für Anträge aus den alten Bundesländern, bei Anträgen aus den neuen Bundesländern ist die Situation nicht ganz so desolat).



Diese forschungs- wie förderungspolitisch höchst problematische Situation wird leider auch noch einige Zeit anhalten: Erst ab 1994, wenn – nach der derzeitigen Zeitplanung! – eine Reihe langjährig von der DFG geförderter Projekte definitiv zum Abschluß gekommen sein werden, können in nennenswertem Umfang wieder neue Vorhaben gefördert werden. Bis dahin kann die DFG also ihren eingangs zitierten Auftrag zumindest für die Altertumswissenschaften bedauerlicherweise nur in sehr eingeschränktem Maße erfüllen.

Sie sehen also, als Fazit bleibt wenig übrig: Wenig Geld und auch keine erklärte Förderungspolitik, an der man sich in Zustimmung oder Ablehnung orientieren könnte. Die Rolle der DFG in dem hier diskutierten Spannungsfeld zwischen einer Forderung nach absoluter Wissenschaftsfreiheit und dem Bemühen um einen größtmöglichen Schutz der archäologischen Bodendenkmäler ist also nur die eines potentiellen Partners, der finanzielle Ressourcen in (hoffentlich) wohl überlegte wissenschaftliche Konzeptionen einbringen kann. Diese wissenschaftlichen Konzeptionen werden nun aber bekanntlich nicht von der Geschäftsstelle der DFG erarbeitet, sondern von forschenden Wissenschaftlern – und der DFG ist es vollkommen gleichgültig, ob diese an den Universitäten oder an Ämtern für Bodendenkmalpflege tätig sind. Dabei wird sie aber – und das ist für mich der Ertrag der bisherigen Referate und Diskussionen – verstärkt darauf zu achten haben, daß sie im Spannungsfeld „Bodendenkmalpflege und Forschung“ ein neutraler Partner bleibt und sich nicht auf eine Seite ziehen läßt, wodurch sie in der Tat in die Rolle eines kontraproduktiven Mittäters geraten könnte.



# Bodendenkmalpflege und das Grundrecht der Forschungsfreiheit

Frank Fechner

Die Frage, ob Bodendenkmäler durch Ausgrabung der Forschung dienlich gemacht oder besser im Boden für die Zukunft bewahrt werden sollen, ist nicht vom Juristen zu beantworten.<sup>1</sup> Sie dürfte sich im übrigen ebenso einer eindeutigen Antwort entziehen, wie dies für bestimmte Phänomene der Atomphysik von Heisenberg dargestellt worden ist. Ort und Geschwindigkeit eines Elektrons können aus theoretischen Gründen ebensowenig in demselben Augenblick festgestellt werden, wie es möglich ist, den Befund einer Fundstelle im einzelnen zu untersuchen und ihn zugleich zu bewahren. Sache des Juristen ist es, den rechtlichen Rahmen aufzuzeigen, innerhalb dessen die widerstreitenden Interessen von Forschern und Bodendenkmalpflegern zu einem Ausgleich zu bringen sind. Das Rechtsproblem liegt im Aufeinandertreffen der behördlichen Aufgabe des Denkmalschutzes und der grundrechtlich geschützten Forschungsfreiheit. Hieraus ergibt sich die Frage, ob Forschungsgrabungen zum Schutz von Bodendenkmälen staatlicherseits unterbunden werden können. Aufgabe dieses Referats ist es, hierfür die verfassungsrechtlichen Vorgaben herauszuarbeiten.<sup>2</sup>

Die maßgebliche Vorschrift des Grundgesetzes ist Art. 5 Abs. 3 Satz 1 GG. Sie lautet: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“ Der Wortlaut der Norm kann für sich die gestellte Frage nicht beantworten. Er muß in einem größeren Zusammenhang eingeordnet werden.

Zunächst könnte gefragt werden, ob der Forschungsfreiheit im Bereich der Archäologie überhaupt eine Bedeutung zukommt. Dagegen scheint bereits zu sprechen, daß sich Bodendenkmalpfleger und grabungswillige Wissenschaftler bisher noch in keinem Prozeß gegenüberstanden. Diese Argumentation verkennt jedoch die grundsätzliche Bedeutung grundrechtlicher Verfassungsgarantien. Die in der Verfassung verbürgten Grundrechte sind nicht lediglich Streitentscheidungsnormen für den einzelnen Rechtsfall. Sie stellen vielmehr den elementaren Schutz des Bürgers als Individuum gegenüber staatlicher Inanspruchnahme und Beeinflussung dar. Sie schaffen für bestimmte Lebensbereiche Freiräume individueller Selbstentfaltung, in die vom Staat nicht ohne weiteres eingegriffen werden darf. Wirksamkeit entfalten sie auch, wenn das geschützte Rechtsgut keiner akuten Gefährdung unterliegt, sie bestimmen vielmehr in grundsätzlicher Weise das Verhältnis von Bürger und Staat. Ihre Aufgabe erschöpft sich nicht darin, Rechtsverletzungen zu sanktionieren, vielmehr haben sie bestimmte Bereiche so zu schützen, daß es gar nicht erst zu einer Rechtsgutgefährdung kommt.

Sicherlich ist vom gegenwärtigen bundesdeutschen Staat keine Beeinflussung archäologischer Ergebnisse zu befürchten. Diese Feststellung darf indessen nicht darüber hinwegtäuschen, daß

1 Die unterschiedlichen Auffassungen kamen bereits während des Kolloquiums im Jahre 1989 zum Ausdruck: Dieter Planck, Rettungsgrabung und Forschung – Archäologische Denkmalpflege heute, in: Heinz Günter Horn u. a. (Hrsg.), Was ist ein Bodendenkmal? – Archäologie und Recht, 1991, 11 (18, 22), zufolge führt die Archäologische Denkmalpflege in Baden-Württemberg seit einigen Jahren keine Plangrabungen, sondern nur noch Rettungsgrabungen durch und lehnt den Wunsch von Universitätsinstituten oder sonstigen wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, Grabungen in ungefährdeten Bereichen allein unter wissenschaftlichen Fragestellungen durchzuführen, grundsätzlich ab; Joachim Reichstein, Das archäologische Denkmal als archäologische Quelle, ebd., 31 (34), führt demgegenüber aus, ein Archäologe, der fachlich zureichend qualifiziert ist und der sich bei seiner praktischen Arbeit an die allgemeinen Spielregeln des Faches hält, müsse ein archäologisches Denkmal als archäologische Quelle erschließen können.

2 Zur Einbindung des Themas in das juristische Umfeld siehe Frank Fechner, Rechtlicher Schutz archäologischen Kulturguts. Regelungen im innerstaatlichen Recht, im Europa- und Völkerrecht sowie Möglichkeiten zu ihrer Verbesserung, Berlin 1991, insbes. 67 ff.; für weitere juristische Einzelheiten, ders., Grenzen der Forschungsfreiheit am Beispiel der Bodendenkmalpflege, in: Juristenzeitung 1992.



die Archäologie ein wichtiges Instrument zur Lenkung der Öffentlichkeit durch den Staat sein kann. In vielen Staaten wird versucht, das Selbstbewußtsein der Bevölkerung zu stärken, indem die nationale Identität mit historischen Relikten untermauert wird. Diese Methode der Regierenden, ihre Macht zu festigen, ist meist recht harmlos. Problematisch wird es jedoch sehr schnell, wenn ein Regime sich eine Legitimation schaffen will, indem es die Vorherrschaft einer bestimmten Volksgruppe oder die Innehabung eines bestimmten Territoriums archäologisch nachzuweisen versucht. Nicht weniger bedenklich ist das Unterfangen, eine bestimmte Gesellschaftsstruktur mit archäologischen Mitteln zu begründen. Die Fülle der Beispiele veranlaßt zu der Vermutung, der diktatorische Staat bediene sich grundsätzlich der archäologischen Propaganda. Bekanntes Beispiel ist die ideologische Vereinnahmung „germanischer“ Befunde durch die Nationalsozialisten.<sup>3</sup> Sie wirkte über ihre Zeit hinaus und führte z. B. nach dem Krieg noch jahrzehntelang zum Erliegen der Pfahlbauforschung.<sup>4</sup> Die propagandistischen Gründe können ergänzt sein durch persönliche Interessen einzelner Machthaber. Es lassen sich Beispiele zweifelhafter Rekonstruktionen von Bauwerken zur Verherrlichung neuzeitlicher Diktatoren ebenso anführen wie staatliche Prärogativen bei der Erforschung archäologischer Stätten, um den Herrschenden zu ermöglichen, als erste über die Ausgrabungen zu berichten.<sup>5</sup> Schließlich kann es ganz einfach das Begehren eines Politikers sein, die eigene Sammlung zu bereichern.

Alle diese Interessen können zu mehr oder minder großen Verfälschungen der Befunde und zur Beeinflussung der Wissenschaft führen.<sup>6</sup> Sie können zu gezielten Manipulationen verleiten, aber auch zur Förderung geschätzter Forschungsbereiche bei gleichzeitiger Unterdrückung unerwünschter Gebiete. Um die Beeinflussung und Ausschaltung von Forschung zu verhindern, müssen die Einflußmöglichkeiten des Staates auf die Wissenschaft von vornherein klein gehalten werden. Dazu dient das Grundrecht der Forschungsfreiheit. Es untersagt dem Staat jedes wissenschaftspolitische Diktat, jede Form des Wissenschaftsrichtertums.<sup>7</sup>

Nachdem die Bedeutung der Wissenschaftsfreiheit im Bereich der Archäologie auch und gerade für den demokratischen Staat dargelegt wurde, kann nun auf Umfang und Inhalt der Forschungsfreiheit eingegangen werden. Voraussetzung für die Anwendung des Art. 5 Abs. 3 GG ist zunächst, daß die zu beurteilende Handlung unter den Schutzbereich der angesprochenen Norm fällt. Erst wenn diese Frage im Einzelfall bejaht wurde, ist zu untersuchen, ob ein Eingriff in das Grundrecht verfassungsrechtlich gerechtfertigt ist.

Ausgangspunkt der Schutzbereichsbestimmung ist die historische Erkenntnis der Gefährdung der Freiheit der Wissenschaft. Da der Staat nicht bereits bei der Bestimmung des begrifflichen Um-

3 In der Zeit des Nationalsozialismus wurde z. B. die „Gesellschaft für Vorgeschichte“ als „Reichsbund für Vorgeschichte“ weitgehend den Organen der NSDAP unterstellt. Die finanzielle Förderung wurde vielfach davon abhängig gemacht, daß die Vorgeschichtskunde im Sinne des jeweiligen, fachlich nicht vorgebildeten Parteifunktionärs betrieben wurde; Dieter Korell, Einführung in die Vorgeschichtskunde, 1980, 16. – 1943 wurde die Presse aufgefordert, über vorgeschichtliche Ausgrabungen in Deutschland nur zu berichten, wenn es sich um germanische Funde handle; Otto Thomae, Die Propaganda-Maschinerie. Bildende Kunst und Öffentlichkeitsarbeit im Dritten Reich, 182 f., mit einem entsprechenden Zitat.

4 Helmut Schlichtherle/ Barbara Wahlster, Archäologie in Seen und Mooren. Den Pfahlbauten auf der Spur, 1986, 20, 22.

5 So wurde der Presse 1937 verboten, über eine bestimmte Ausgrabung zu berichten, denn Himmler habe es sich „vorbehalten, die Forschungsergebnisse auszuwerten und in geeigneter Form der Öffentlichkeit mitzuteilen“; zit. nach O. Thomae (Anm. 3), 182.

6 Ein harmloseres Beispiel: Nachdem Ernst von Bandel mit Zustimmung der Fachwelt den Ort der Varusschlacht bei Detmold lokalisiert hatte und seit der Reichsgründung mit einem Ehrensold des Kaisers ausgezeichnet, an seinem Hermannsdenkmal schuf, erntete Theodor Mommsen 1885 mit seiner auf Münzuntersuchung gegründeten Feststellung, die Schlacht habe in der Kalkrieser Senke stattgefunden, nur Hohn und Spott; Georg von Gehren, Ein schöner Ort um zu sterben. Archäologische Funde geben Hinweise für eine Lokalisierung der Varusschlacht, FAZ vom 29. 8. 1991, 28.

7 Rupert Scholz, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz. Kommentar, Art. 5 Abs. III (Kommentierung 1977), Rnr. 8.



fangs ihm unliebsame Betätigungen ausschließen darf, wird der Begriff der Wissenschaft weit ausgelegt. Besonders anschaulich ist die Notwendigkeit der weiten Auslegung beim Begriff der Kunst der in demselben Satz des Grundgesetzartikels geregelten Kunstfreiheit. Zur Feststellung von Kunst kann die Rechtsprechung kaum noch feste Kriterien angeben.<sup>8</sup>

Wissenschaftlich ist nach der Auslegung durch das Bundesverfassungsgericht jede wissenschaftliche Tätigkeit, d. h. alles, was nach Inhalt und Form als ernsthafter planmäßiger Versuch zur Ermittlung der Wahrheit anzusehen ist.<sup>9</sup> Wissenschaft und Forschung sind dabei nicht als unterschiedliche Schutzbereiche zu interpretieren. Forschung und Lehre umschreiben vielmehr den Oberbegriff Wissenschaft in erschöpfender Weise. Hieraus läßt sich folgern, daß in Art. 5 Abs. 3 GG die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung geschützt ist.<sup>10</sup>

Die weite Auslegung bezieht sich dabei nicht nur auf Forschungsgegenstand und Forschungsmethode, d. h. die Freiheit der Wahl, woran und wie geforscht wird, sondern auch auf die Grundrechtsträger. Forschen kann nicht nur der Hochschullehrer, sondern grundsätzlich jedermann,<sup>11</sup> unabhängig von einer bestimmten Ausbildung. Grundrechtsschutz genießen neben den staatlichen Hochschulen auch die privaten Forschungseinrichtungen und der einzelne Privatgelehrte.<sup>12</sup> Tatsächlich haben vielfach Außenseiter das relativ junge Gebiet der Archäologie vorangetrieben. Demgegenüber ist festzuhalten, daß nur die wissenschaftliche Forschung von Art. 5 Abs. 3 GG geschützt ist. Hieraus lassen sich gewisse Anforderungen an die Kenntnisse des Ausgräbers und die Art der Ausgrabung stellen. Wenn auch nicht ein bestimmter universitärer Abschluß Voraussetzung wissenschaftlicher Betätigung sein kann, so sind doch bestimmte Vorkenntnisse unabdingbar. Unwissenschaftlich, da nicht der Ermittlung der Wahrheit dienlich, ist nicht nur die Manipulation von Befunden, sondern auch ein nicht planmäßiges Vorgehen. Zwar kann nicht die Anwendung einer bestimmten Methode verlangt werden, jedoch müssen die anerkannten Grabungsmethoden bekannt sein und beherrscht werden. Die Unwiederbringlichkeit archäologischer Befundsubstanz macht die Dokumentation der Befunde zu einem notwendigen Bestandteil wissenschaftlicher Arbeitsweise. Wenn schon die Grundlage für eine spätere Überprüfung der wissenschaftlichen Folgerungen zerstört wird, muß hierfür zumindest ein möglichst genauer Ersatz in Form einer optischen und schriftlichen Befunddokumentation geschaffen werden. Fraglich ist indessen, ob darüber hinaus die Befunde immer und in allen Einzelheiten publiziert werden müssen, damit von einer wissenschaftlichen Grabung die Rede sein kann. Zwar lebt die Wissenschaft grundsätzlich vom Austausch ihrer Erkenntnisse, indessen wird man die Entscheidung darüber, welche Einzelheiten veröffentlicht werden und welche nicht, der Verantwortung des einzelnen Forschers nicht entziehen können. Gerade der Bereich archäologischer Denkmäler veranschaulicht die Notwendigkeit, die Forschungsfreiheit auch auf diese Entscheidung zu erstrecken, muß doch der Forscher die Möglichkeit haben, Fundumstände, Grabungslücken etc. nicht zu veröffentlichen, will er nicht einen Leitfaden für Raubgräber schreiben. Die Einmaligkeit archäologischer Substanz verlangt zudem über das planmäßige Vorgehen hinaus eine Gewähr für die vollständige Durchführung der geplanten Maßnahmen.

Die praktische Bedeutung der eben angedeuteten Ausgrenzung ist gering, wenn von anerkannten Wissenschaftlern geplante archäologische Grabungen in Frage stehen. Diese unterfallen unzweifelhaft dem Grundrecht der Forschungsfreiheit. Die Versagung einer beantragten Grabungsgenehmigung stellt dann regelmäßig einen Eingriff in das Grundrecht dar. Zwar kann man darüber

8 Vergl. BGH NJW 1990, 3026 f., mit Hinweisen auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

9 BVerfGE 35, 79 (112 f.).

10 Ingo von Münch, in: ders. (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, Band 1, 2. Aufl., 1981, Art. 5, Rnr. 66; vgl. Scholz (Anm. 7), Rnr. 85.

11 BVerfGE 35, 79 (112); vgl. E 15, 256 (263 f.).

12 Bodo Pieroth/ Bernhard Schlink, Grundrechte. Staatsrecht II, 5. Aufl., 1989, Rnr. 708.



nachdenken, ob der Staat an der Ausgrabung hindert oder lediglich ihm zugeordnete Bereiche, nämlich Grabungsressourcen nicht freigibt. Im Sinne eines staatlichen Grabungsmonopols wäre eine solche Zuordnung mit dem Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit jedenfalls nicht in Einklang zu bringen.<sup>13</sup> Ein Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit wird wohl in jedem Fall dann zu bejahen sein, wenn der Antragsteller darlegen kann, weshalb er sein Forschungsvorhaben nur an der bestimmten Stelle durchführen kann. Liegen solche Gründe nicht vor, kann er ohne Verletzung der Forschungsfreiheit auf ein ohnehin gefährdetes Objekt oder gar auf die Funde und Dokumente bereits durchgeführter Grabungen verwiesen werden. Ein Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit kann außer durch die Versagung der Grabungsgenehmigung bei einer Beeinflussung der Grabungsmethode durch Auflagen vorliegen.

In den verbleibenden, der Forschungsfreiheit unterfallenden Fällen, bleibt zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die Forschungsfreiheit beschränkt werden kann. Hierbei ist die Besonderheit des Art. 5 Abs. 3 GG zu beachten, der im Gegensatz zu verschiedenen anderen Grundrechten keinen ausdrücklichen Schrankenvorbehalt vorsieht. Die Rechte der Meinungs- und Pressefreiheit des Art. 5 Abs. 1 GG beispielsweise finden im folgenden Absatz ihre Schranken „in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre“. Beim Eigentum im Sinne des Art. 14 GG werden noch weitergehend „Inhalt und Schranken“ durch die Gesetze bestimmt. Art. 5 Abs. 3 GG kennt eine solche Möglichkeit gesetzlicher Einschränkung nicht. Es handelt sich um ein sogenanntes geschlossenes Grundrecht. Zwar wurde der Versuch unternommen, die Schranken des Art. 2 Abs. 1 GG (die Rechte anderer, die verfassungsmäßige Ordnung und das Sittengesetz) auf die geschlossenen Grundrechte zu übertragen. Indessen erscheint dieses Argument aus systematischen Gründen nicht haltbar. Ebensowenig wie sich die Einschränkungen des Art. 5 Abs. 2 GG, die sich auf die in Abs. 1 statuierten Rechte beziehen, auf den nachfolgenden Absatz übertragen lassen, können die Einschränkungen des weitgefaßten allgemeinen Persönlichkeitsrechts auf den engeren Bereich der Forschungsfreiheit Anwendung finden.<sup>14</sup> Hierfür spricht auch der Grundsatz größtmöglicher Grundrechtseffektivität, demzufolge bei der Auslegung im Grundrechtsbereich diejenige Alternative zu wählen ist, die die Grundrechte am stärksten zur Entfaltung bringt. Wie bei der Glaubensfreiheit und der Kunstfreiheit ist ein Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit nicht durch einfaches Gesetz verfassungsrechtlich zu rechtfertigen.

Allerdings können auch die Grundrechte, die keinen ausdrücklichen Schrankenvorbehalt unterliegen, nicht schrankenlos gewährleistet sein. Das läßt sich am Beispiel der Glaubensfreiheit veranschaulichen, die zwar auch die Betätigung des Glaubens umfaßt, sich jedoch nicht auf den Schutz ritueller Menschenopfer beziehen kann. Der Grund für die Einschränkung eines unbeschränkten Grundrechts liegt, wie an dem genannten Beispiel deutlich wird, im Zusammentreffen verschiedener Grundrechte begründet. Eine solche Konstellation läßt sich (von dem eben erwähnten Schulbuchfall einmal abgesehen) nicht nach einer festen Regel des Vorrangs eines Grundrechts vor dem anderen lösen. Vielmehr setzt eine gerechte Entscheidung im Regelfall eine Abwägung der widerstreitenden Interessen voraus.

An eine solche Abwägung wird man auch in den vorliegenden Fällen der Kollision von Forschungsfreiheit und Bodendenkmalpflege denken. Das Problem besteht indessen darin, daß immer erst ein Grundrecht oder doch zumindest ein grundrechtsgleiches Recht, ein Rechtsgut von Verfassungsrang, dargetan werden muß, damit es zu einer Abwägung kommen kann. Könnten die Grundrechte auch durch Rechtsgüter eingeschränkt werden, die keinen Verfassungsrang haben, wäre ihre praktische Bedeutung gering.

13 So auch Janbernd Oebbecke, Das Recht der Bodendenkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland, in: DVBl 1983, 384 (388); Michael Backhaus, Denkmalrecht in Niedersachsen, 1988, 110.

14 Siehe bereits BVerfGE 32, 98 (107), ständ. Rspr.



Auf welche Grundrechte oder Rechtsgüter von Verfassungsrang könnte sich die Bodendenkmalpflege berufen? Bei den Grundrechten kommt Art. 14 GG in Betracht, der Schutz des Eigentums. Steht ein Bodendenkmal nicht im Eigentum des ausgrabungswilligen Forschers, muß er die Einwilligung des Eigentümers einholen. Bei einem privaten Eigentümer besteht daran kein Zweifel, solange nicht das Grundstück zu Forschungszwecken enteignet wurde. Handelt es sich nicht um einen privaten Eigentümer, ist jedoch zu beachten, daß der Staat und damit staatliche Stellen – von wenigen, hier nicht beachtlichen Ausnahmen abgesehen – sich nicht auf die Grundrechte berufen können, die ja Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat sind. Ist das staatliche Eigentum natürlich nicht unbeachtlich, so ist doch auf die vom Bundesverfassungsgericht statuierte Pflicht des Staates hinzuweisen. Die Wissenschaft zu schützen und zu fördern, woraus sich ein Leistungsanspruch gegen den Staat ergeben kann.<sup>15</sup> Nach einer anderen Möglichkeit zulässiger Grundrechtseinschränkung zum Schutz von Bodendenkmälen muß jedenfalls für die Fälle gesucht werden, in denen der private Eigentümer – regelmäßig gegen Entgelt – sich mit der Ausgrabung einverstanden erklärt.

Dem ausgrabungswilligen Wissenschaftler könnte weiterhin die Forschungsfreiheit anderer Forscher entgegengehalten werden. Diese Überlegung führt allerdings lediglich zu dem Problem der Verteilung knapper Ressourcen, das über den Gleichheitssatz des Art. 3 GG zu lösen ist, jedoch nicht die Grabungen als solche verhindern kann. Etwas anderes würde nur gelten, wenn man auch die Wissenschaftsfreiheit zukünftiger Forscher zur Abwägung zulassen würde. Ansätze zur Berücksichtigung der Rechte zukünftiger Grundrechtsträger<sup>16</sup> werden zwar im Umweltrecht und im Völkerrecht diskutiert, scheinen mir aber bisher und für das vorliegende Gebiet nicht ausreichend tragfähig. Eine staatliche Pflicht, zukünftigen Wissenschaftlern die Forschung an bestimmten Objekten zu ermöglichen, würde bedeuten, gegenwärtige Grundrechtsträger gegenüber noch unbekannten, nicht einmal bestimmbar zukünftigen Grundrechtsträgern zurückzusetzen und sie deretwegen an der Grundrechtsausübung zu hindern. Völlig unklar wäre zudem, bis wann und für welche Generation die Forschungsobjekte verwahrt werden sollten.

Verfassungsrechtlich kaum haltbar dürfte der Vorschlag sein, eine – wie auch immer zusammengesetzte – Kommission darüber entscheiden zu lassen, welche Bodendenkmäler ausgegraben werden dürfen. Konkurrenzdenken kann hier ebenso zu gefährlichen Beschränkungen der Wissenschaftsfreiheit führen wie der Widerstand gegen neue Methoden. Die Verantwortung für sein Verhalten kann und darf dem Forscher nicht von einem Gremium genommen werden. Ein eigenständiges Kriterium der Verantwortlichkeit, das zur Beschränkung der Wissenschaftsfreiheit herangezogen werden könnte, kennt die geltende Verfassung nicht.

Neben den Grundrechten sind auch andere mit Verfassungsrang ausgestattete Rechtsgüter als immanente Schranken der Forschungsfreiheit geeignet. Gibt es auch kein Verfassungsrecht außerhalb der Verfassung, so bedeutet das doch nicht, daß alle Verfassungswerte im Grundgesetz ausdrücklich aufgeführt sein müßten. Vielmehr bestehen Prinzipien, die vom Verfassungsgeber als selbstverständlich vorausgesetzt wurden und daher der Verfassung ohne weiteres zugrunde liegen. Das trifft für das Prinzip des Kulturstaats zu. Ohne als solches erwähnt zu sein, hat es

15 Die Wertentscheidung, die in Art. 5 Abs. 3 GG getroffen wurde, bedeutet nicht nur eine Absage an staatliche Eingriffe in den Eigenbereich der Wissenschaft, sie verpflichtet ihn vielmehr, einer Aushöhlung der Freiheitsgarantie schützend und fördernd vorzubeugen. Da der Staat hinsichtlich des Wissenschaftsbetriebs insbesondere wegen der notwendigen finanziellen Mittel heute weithin ein faktisches Monopol besitzt, wird eine Ausübung der Grundfreiheiten aus Art. 5 Abs. 3 GG als notwendig mit einer Teilhabe an staatlichen Leistungen verbunden angesehen; BVerfGE 35, 79 (114f.).

16 Peter Saladin/ Christoph Andreas Zenger, Rechte künftiger Generationen, 1988, 47.



seine Ausprägung in verschiedenen Normen des Grundgesetzes gefunden.<sup>17</sup> Der Verfassungsgeber hat das Kulturstaatsprinzip wohl nur deswegen nicht ausdrücklich in die Verfassung aufgenommen, weil er keine Zweifel an der grundsätzlichen Zuständigkeit der Länder für den Kulturbereich aufkommen lassen wollte.

Tatsächlich haben verschiedene Landesverfassungen den Denkmalschutz als Pflicht des Staates normiert.<sup>18</sup> Für die Argumentation in der vorliegenden Frage sind diese Normen indessen nicht ausreichend. Zum einen kann auf denkmalschützende Verfassungsnormen nicht in jedem Bundesland zurückgegriffen werden. Zum anderen sind landesrechtliche Vorschriften schwerlich geeignet, bundesrechtlich garantierte Freiheiten einzuschränken, normiert Art. 31 GG doch den generellen Vorrang des Bundesrechts vor dem Landesrecht. Zwischen den Landesverfassungen und dem Grundgesetz besteht insoweit indessen keine Differenz, da die Länder lediglich ein auch dem Grundgesetz zugrundeliegendes Verfassungsprinzip ausgeformt haben.

Werden trotz allem Bedenken am bundesverfassungsrechtlichen Kulturstaatsprinzip vorgebracht, dürften diese mehr auf der Furcht vor einer übertriebenen Einmischung des Staates in den Bereich der Kultur beruhen, als auf dem Wunsch, Maßnahmen kultureller Förderung durch den Staat zu unterbinden.<sup>19</sup>

Nicht leichter zu begründen als im Fall der Bodendenkmalpflege ist die Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit durch das Tierschutzgesetz.<sup>20</sup> Den Versuchen zur Anbindung an verfassungsrechtliche Rechtsgüter (vor allem das der Menschenwürde) steht deren Ablehnung in der Literatur gegenüber. Gelingt die Anbindung an ein Rechtsgut von Verfassungsrang nicht, muß die Einschränkung eines vorbehaltlosen Grundrechts scheitern.<sup>21</sup> Wird der Tierschutz nicht im Grundgesetz verankert angesehen, so kann er z. B. die Religionsfreiheit nicht einschränken. Praktisches Beispiel ist das Schächten, das dann auf der Grundlage des Tierschutzgesetzes nicht unterbunden werden kann.<sup>22</sup>

Ich habe keine Zweifel daran, daß das Kulturstaatsprinzip zur Einschränkung der Forschungsfreiheit zulässigerweise herangezogen werden kann. Den Bedenken gegen das Kulturstaatsprinzip stehen jedenfalls große und gewichtige Teile der juristischen Literatur entgegen und die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, in denen der Kulturstaat als Staatszielbestimmung erwähnt wird.<sup>23</sup> Erkennt man die Kulturstaatlichkeit als Wert von Verfassungsrang an, läßt sich

17 Anschaulich sind die Glaubensfreiheit und die kirchenrechtlichen Vorschriften (Art. 4, 140 GG, i. V. m. Art. 136 ff. WRV), die Freiheit der Kunst und der Wissenschaft (Art. 5 Abs. 3 GG), das Schulwesen (Art. 7 GG), der Schutz deutschen Kulturguts gegen Abwanderung in das Ausland (Art. 74 Nr. 5 GG) und die das Hochschulwesen sowie Bildungsplanung und Forschung betreffenden Vorschriften (Art. 75 Nr. 1a, 91a, b GG). Aus diesem Grund ist man auf den immer angreifbaren Rückgriff auf die Menschenwürde nicht angewiesen, dessen sich das Argument bedient, der Mensch sei ohne Kultur, insbesondere ohne historische Verwurzelung, nicht vorstellbar; Peter Häberle: Die Menschenwürde als Grundlage der staatlichen Gemeinschaft, in: Josef Isensee/Paul Kirchhof (Hrsg.): Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. I, Heidelberg 1987, 815 ff., Rnr. 60.

18 Art. 86 bwlVerf, Art. 141 bayLVerf, Art. 62 hessLVerf, Art. 18 nwlVerf, Art. 40 rhpfLVerf, Art. 34 saarlVerf.

19 Die Bedeutung des Kulturstaatsprinzips wird auch in anderen Fallkonstellationen deutlich. Behauptet jemand, sein Glaube gebiete ihm die Zerstörung „heidnischer“ Hinterlassenschaften und erklärt der Eigentümer des Grundstücks sich damit inverstanden, kann die Glaubensfreiheit ebenfalls nur über das Kulturstaatsprinzip eingeschränkt werden.

20 Die Entscheidung BVerfGE 48, 376 ff. geht nicht auf die Frage der Vereinbarkeit des Tierschutzgesetzes mit der Forschungsfreiheit ein.

21 Die Behauptung, das Bundesverfassungsgericht halte sich an diese strenge Vorgabe nicht, ist m. E. nicht zutreffend. Im Fall „Mutzenbacher“ hat das Bundesverfassungsgericht sich zwar auf den Jugendschutz berufen. Indessen handelt es sich dabei nicht um den Jugendschutz aus Art. 5 Abs. 2 GG, vielmehr entwickelt das Bundesverfassungsgericht den Jugendschutz sehr sorgfältig aus dem in Art. 6 Abs. 2 GG grundrechtlich geschützten elterlichen Erziehungsrecht sowie aus der Menschenwürde und dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit in Art. 1 Abs. 1 bzw. Art. 2 Abs. 1 GG; BVerfGE 83, 130 (139 f., 142); vgl. BGH NJW 1990, 3026 (3028).

22 Thomas Kuhl/Peter Unruh, Tierschutz und Religionsfreiheit am Beispiel des Schächtens, DÖV 1991, 94 ff., mit Hinweis auf das Urteil des VG Hamburg vom 14. 9. 1989.

23 BVerfGE 36, 321 (331); E 81, 108 (116).



aus ihr auch die Pflicht zur Kulturgutsicherung und zum Kulturgutschutz ableiten, die sich auch auf die Erhaltung archäologischer Substanz bezieht. Die Konkretisierung dieser verfassungsrechtlichen Pflicht durch das einfache Gesetz ist in den Landesdenkmalschutzgesetzen geschehen, die alle ausdrücklich oder inzident von der Erhaltungswürdigkeit von Bodendenkmälern ausgehen.

Es bleibt daher nur die Abwägung im Einzelfall. Feste Vorgaben sind hier nicht möglich. Wollte man abwarten, bis die Forschung vollständig ausgereift ist, dürften Ausgrabungsstellen nicht freigegeben werden, da nicht nur die technischen Methoden sich immer weiter ergänzen und verfeinern lassen, sondern auch die Fragestellungen immer vielfältiger und detaillierter werden. Hier müssen Entscheidungen getroffen werden im Bewußtsein der Notwendigkeit von Grabungen für den Erkenntnisgewinn bezüglich der untersuchten Epochen und für die Fortentwicklung der Grabungstechnik einerseits und der Unwiederbringlichkeit archäologischer Substanz andererseits. Da die Ergebnisse einer Grabung letztlich immer ungewiß sind, jedoch auch die tatsächliche Erhaltung im Boden fraglich bleibt, sind hier notwendigerweise Prognoseentscheidungen zu treffen, die einen entsprechenden Ermessensspielraum voraussetzen.

Eine Verbesserung der Landesdenkmalschutzgesetze, die bisher keine näheren Vorgaben für die Abwägung enthalten, wäre sicherlich wünschenswert. Das eben dargestellte Ergebnis scheint mir indessen auch angesichts der gegebenen Rechtslage haltbar, da den fraglichen Gesetzen zumindest die Maßstäbe für eine verfassungskonforme Auslegung zu entnehmen sind. Die verfassungsrechtlichen Vorgaben dürften im übrigen auch bei Gesetzesänderungen nicht unbeachtet gelassen werden.<sup>24</sup>

Ist die Abwägung somit möglich, muß sie im Einzelfall auch vorgenommen werden, bevor eine Forschungsgrabung nicht genehmigt wird. In einem solchen Fall haben sich die Landesdenkmalämter ausführlich mit den aus der Wissenschaftsfreiheit resultierenden Interessen auseinanderzusetzen, soll die Entscheidung nicht anfechtbar werden. Darzulegen ist nicht nur, daß die Wissenschaftsfreiheit mit in die Abwägung einbezogen wurde, sondern auch, warum im jeweiligen Fall aus kulturstaatlichen Gründen der Erhaltung der archäologischen Substanz der Vorrang eingeräumt wurde.

Schließlich bleibt auf die gezielte Mittelvergabe als eine wirksame und verfassungsrechtlich unbedenkliche Möglichkeit der Steuerung von Grabungstätigkeiten hinzuweisen. Aus diesem Grund kann an die Verantwortlichen appelliert werden, Forschungsprojekte nicht ohne Berücksichtigung der Schutzwürdigkeit der Forschungsobjekte zu finanzieren. Die Grenze der Wertung stellt insoweit das Willkürverbot des Gleichheitssatzes (Art. 3 Abs. 1 GG) dar. Inhaltlich ist der Staat somit wesentlich freier als im abwehrrechtlichen Bereich des Grundrechts. Wertenden Entscheidungen bei der Forschungsförderung ist auch der demokratische Staat nicht enthoben.<sup>25</sup> Er hat sich der daraus erwachsenden Verantwortung bewußt zu sein.

Die verfassungsrechtliche Situation stellt sich somit als flexibel genug heraus, den gewandelten Ansichten über die Erhaltungsbedürftigkeit archäologischer Befundsubstanz Rechnung zu tragen. Die Wissenschaftsfreiheit nimmt als grundgesetzlich unbeschränktes Grundrecht optimalen verfassungsrechtlichen Rang ein. Eine Einzelfallabwägung ist allerdings dann möglich, wenn der Forschungsfreiheit Werte von Verfassungsrang gegenübergestellt werden können. Dem Kulturstaatsprinzip kommt verfassungsrechtlicher Rang zu. Es liegt der Verfassung zugrunde und macht auch die Erhaltung von Bodendenkmälern zu einer Aufgabe des Staates.

24 Zur Frage zur Ergänzung des Grundgesetzes um eine Kulturstaatsklausel neuerlich Peter Häberle, Das Problem des Kulturstaates im Prozeß der deutschen Einigung – Defizite, Versäumnisse, Chancen, Aufgaben, Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart NF, Bd. 40, 1991/92, 291 (352 ff.).

25 Günter Reuhl, Wissenschaftsfreiheit und Kulturstaatsprinzipien, in: WissR 13 (1980), 236 (251).



# Das Verhältnis von Bodendenkmalpflege und Forschung aus verfassungsrechtlicher Sicht

Janbernd Oebbecke

## 1. Die denkmalschutzgesetzlichen Regelungen

Juristen lösen Fälle. Ich will deshalb mit zwei Fällen beginnen und versuchen, diese zu lösen:

Fall 1: Ein erfahrener Amateursammler, der auch mit kleineren heimatgeschichtlichen Publikationen hervorgetreten ist, beantragt die Erlaubnis, den Abraum und die Siebrückstände einer Kiesgrube regelmäßig nach Bodendenkmälern absuchen zu dürfen.

Fall 2: Ein grabungserfahrener Universitätsprofessor der Vor- und Frühgeschichte aus einem benachbarten Bundesland beantragt die Erlaubnis zur Ausgrabung eines – ansonsten ungefährdeten – neolithischen Gräberfeldes.

Zwei Fragen sollten zu diesen beiden Fällen beantwortet werden:

1. Ist die Erteilung der beantragten Erlaubnis zulässig?
2. Hat der Antragsteller einen Anspruch auf die Erlaubnis? Ob und inwieweit die Erlaubnis unter Auflagen erteilt werden darf oder muß, soll dabei – jedenfalls vorläufig – dahinstehen.

Es liegt auf der Hand, daß zwischen den Antworten auf die beiden Fragen in bestimmter Weise ein logischer Zusammenhang besteht: Einen Anspruch auf die beantragte Erlaubnis kann es nur geben, wenn die Erteilung der Erlaubnis überhaupt zulässig ist. Umgekehrt folgt daraus, daß die Erlaubnis erteilt werden darf, nicht notwendig auch, daß sie erteilt werden muß oder gar, daß der Antragsteller einen Anspruch darauf hat.

Eine erste überschlägige Prüfung anhand des jeweiligen Denkmalschutzgesetzes ergibt für viele Bundesländer, daß die Erteilung der Erlaubnis zwar zulässig ist, ein Anspruch darauf aber nicht besteht. Dieses Ergebnis drängt sich überall da auf, wo das Gesetz zwar die Erlaubnispflicht statuiert, aber keine Kriterien für die Entscheidung über die Erteilung der Erlaubnis festlegt. Das ist die Rechtslage in Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen.<sup>1</sup>

Dieses Ergebnis gilt für den ersten Fall auch in Bayern, Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und im Saarland.<sup>2</sup> In diesen Ländern darf die Erlaubnis nur aus bestimmten, im Gesetz genannten Gründen versagt werden. Diese Gründe – Gefahren für ein Bodendenkmal oder für die Erhaltung von Quellen für die Forschung oder auch die Gefahr der nicht sachgerechten Durchführung der Grabung – liegen im ersten Fall nicht vor. Ähnlich sind die Bestimmungen in Niedersachsen.<sup>3</sup> Dort ist die Genehmigung zu versagen, wenn die vorgesehene Maßnahme gegen das Denkmalschutzgesetz verstößt. Nach der Systematik dieser Gesetze heißt das: die dort statuierte Pflicht zur Erhaltung mit ihren ausdrücklich im Gesetz beschriebenen Grenzen. In beiden Ausgangsfällen dürfte danach einer Erlaubniserteilung zulässig sein.

Ein Anspruch kommt im zweiten Fall überhaupt nur nach dem nordrhein-westfälischen und dem

1 §§ 21 DSchG BW, 16 I DSchG Bre, 16 I 1 DSchG Hbg, 21 DSchG Hes, 21 I DSchG RhPf, 14 II – IV DSchG SAnh, 18 I 1 DSchG SchlH, 18 DSchG Th.

2 Art. 7 I DSchG Bay, §§ 5 III DSchG Bln, 16 II DSchG Bbg, 13 II DSchG NW, 20 II DSchG Saarl.

3 §§ 12 II DSchG Nds.



insoweit gleichlautenden brandenburgischen Recht<sup>4</sup> in Betracht. Der Kommentar zum nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetz sieht die Erhaltung von Quellen für die Forschung nämlich dann nicht als gefährdet an, wenn die ordnungsgemäße Dokumentation gewährleistet ist.<sup>5</sup> Diese Einschätzung ist allerdings nicht ganz überzeugend, weil die Methoden zur Erfassung und Dokumentation der Befunde künftig sicher weiter verbessert werden.

Im Saarland kommt die Erteilung der Erlaubnis zur Ausgrabung des Gräberfeldes rechtlich gar nicht in Betracht, weil die Erlaubnis dort zu versagen ist, wenn dies zum Schutz von Bodendenkmälern erforderlich ist.<sup>6</sup> Für Baden-Württemberg und Hessen kommt man zu demselben Ergebnis, wenn man die einschlägigen Bestimmungen mit den Kommentatoren der dortigen Gesetze als repressive Verbote und nicht lediglich als Verbote mit Erlaubnisvorbehalt versteht.<sup>7</sup> Ein Verbot mit Erlaubnisvorbehalt soll ein an sich nicht unerwünschtes Verhalten lediglich einer behördlichen Überwachung unterwerfen, ein repressives Verbot soll ein Verhalten dagegen generell unterbinden und lediglich im Ausnahmefall zulassen.<sup>8</sup> Die erwähnte Auffassung der Kommentatoren stützt sich auf die denkmalrechtlichen Erhaltungsgebote und könnte auf andere Länder mit ähnlicher Gesetzeslage übertragen werden. Allerdings ist sie durchaus erheblichen Zweifeln ausgesetzt, denn ebensolche Erhaltungsgebote finden sich in Gesetzen mit Erlaubnisvorbehaltsregelungen wie etwa in Nordrhein-Westfalen.<sup>9</sup>

Schon die vielen erwähnten Zweifel deuten an, daß die einfachrechtliche Lage nach den meisten Denkmalschutzgesetzen alles andere als klar ist. Daran würde sich in den meisten Fällen wohl auch nichts Grundlegendes ändern, wenn man gründlicher vorgehe und etwa die Gesetzgebungsgeschichte zur Auslegung heranzöge. Die Gesetzgeber in den Ländern haben sich nämlich überwiegend nicht lediglich unklar ausgedrückt, ihnen fehlte vielmehr in der Regel wohl ein klares Regelungskonzept.

## 2. Die Bedeutung des Verfassungsrechts

Die Rechtsanwendung wird dadurch weiter kompliziert, daß wir es mit einem verfassungsrechtlich stark beeinflussten Lebensbereich zu tun haben. Die Freiheit der Wissenschaft, der Forschung und der Lehre werden nämlich durch Art. 5 III GG geschützt. Um Forschung im Sinne dieser Bestimmung geht es in beiden Ausgangsfällen.<sup>10</sup>

Für die juristische Prüfung ergeben sich damit eine Reihe von wichtigen verfassungsrechtlichen Fragen: Angesichts des Umstandes, daß die Forschungsfreiheit ohne jeden Vorbehalt garantiert ist, ist erstens zu prüfen, ob überhaupt eine gesetzliche Regelung, die diese Freiheit beschränkt, erlassen werden durfte (Tz. 2.1). Auch wenn diese Frage zu bejahen ist, sind die bestehenden gesetzlichen Regelungen zweitens nur verfassungskonform, wenn sie den Ansprüchen genügen, die an solche gesetzlichen Regelungen im Grundrechtsbereich von Verfassungen wegen zu stellen sind (Tz. 2.2). Bei dieser Prüfung stellt sich dann u. U. heraus, daß eine gesetzliche Bestimmung

4 §§ 13 II DSchG NW, 16 II DSchG Bbg.

5 Paul Artur Memmesheimer/Dieter Upmeyer/Horst Dieter Schönstein, Denkmalrecht NW, 2. Aufl. 1989, § 13 Rnr. 9.

6 § 20 II DSchG Saarl.

7 Heinz Strobl/Ulrich Majocco/Helmut Birn, Denkmalschutzgesetz BW, 1989, § 21 Rnr. 4; Siegfried Dörfeldt/Jan Nikolaus Viebrock, Hessisches Denkmalschutzrecht, 2. Aufl. 1991, § 21 Rnr. 4.

8 Hartmut Maurer, Allgemeines Verwaltungsrecht, 7. Aufl. 1990, § 9 Rnr. 51 ff.

9 Vgl. §§ 1 I, 7 DSchG NW.

10 Vgl. dazu Frank Fechner, Rechtlicher Schutz archäologischen Kulturguts, 1991, 68; ders., Grenzen der Forschungsfreiheit am Beispiel der Forschungsfreiheit, JZ 1992, m. w. Nachw.; vgl. auch von Mangoldt/Klein/Starck, Das Bonner Grundgesetz, 3. Aufl. 1985, Art. 5 Rnr. 255; Dieter Wyduckel, Archivgesetzgebung im Spannungsfeld von informationeller Selbstbestimmung und Forschungsfreiheit, DVBl. 1989, 327 (334 f.); BVerfG, Urt. v. 29.5.1973 – 1 BvR 424/71 – BVerfGE 35, 79 (112 f.).



nur in einer ganz bestimmten – der verfassungskonformen – Auslegung mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Soweit der Verwaltung – hier also der Stelle, die nach dem jeweiligen Landesrecht über die Erteilung der Grabungsgenehmigung zu entscheiden hat – Ermessen, also ein Entscheidungsspielraum eingeräumt ist, können sich dann drittens aus dem Verfassungsrecht Direktiven für die Ausübung dieses Ermessens ergeben (Tz. 2.3).

## 2.1 Die Zulässigkeit des denkmalschutzrechtlichen Erlaubnisvorbehalts für Forschungsaktivitäten

Die ohne ausdrücklichen Vorbehalt einer gesetzlichen Regelung gewährten Grundrechte – außer der Wissenschaftsfreiheit zum Beispiel die Freiheit der Kunst und die Religionsfreiheit – sind seit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes eine Herausforderung für die Verfassungsrechtler gewesen. Stets war nämlich allen klar, daß eine vorbehaltlos Ausübung dieser Rechte nicht in Betracht kommen konnte. Man kann die Studenten dazu etwa mit dem Ölscheich erheitern, der sich mit seinem vielköpfigen Gefolge aus Harem, Eunuchen und Leibwache in Ausübung seiner Religionsfreiheit auf der Hauptverkehrsstraße zum Gebet niederwirft und so den Straßenverkehr zum Erliegen bringt.<sup>11</sup> Es besteht Einigkeit darüber, daß die Religionsfreiheit in diesem Fall nicht von der Beachtung der Verkehrsregeln entbindet. Ebenso leuchtet ein, daß die Forschungsfreiheit bestimmte Experimente am Menschen ebensowenig deckt<sup>12</sup> wie die Kunstfreiheit die Zerstörung fremden Eigentums im Rahmen eines Happenings.<sup>13</sup> So unbestritten diese Ergebnisse sind, so sehr erschwert die recht klare Textlage – man vergleiche etwa die Absätze 1 und 3 des Art. 5 GG – eine überzeugende Begründung.

Durchgesetzt hat sich die Auffassung, daß eine Beschränkung auch der vorbehaltlos garantierten Grundrechte im Interesse anderer von der Verfassung geschützter Güter zulässig ist. In den erwähnten Fällen liefert diese Lösung überzeugende Ergebnisse: die Ausübung des Grundrechts beschränkt andere in der Ausübung ihrer Grundrechte, ein Konflikt, der gesetzlicher Regelung zugänglich ist.

Allerdings ist diese Lösung keineswegs perfekt. So hat das Bundesverfassungsgericht im Fall der Josephine Mutzenbacher auf den Jugendschutz zurückgegriffen, um den in der Indizierung des Werkes liegenden Eingriff in die Kunstfreiheit zu rechtfertigen.<sup>14</sup> Das ist im Hinblick auf den Text der Art. 5 GG wenig überzeugend; der Jugendschutz wird dort nämlich ausdrücklich im Absatz 1, aber eben nicht im Absatz 3 erwähnt. Die Rechtfertigung gesetzlicher Beschränkungen von Tierversuchen zu Forschungszwecken bereitet nach wie vor erhebliche Probleme; hier ist u. a. die in Art. 1 I GG angesprochene Menschenwürde herangezogen worden: Zum Menschenbild des Grundgesetzes gehöre die Verantwortung des Menschen für die Natur; wer Tiere quäle, verletze seine eigene Würde.<sup>15</sup> Daß die Verunstaltungsverbote der Landesbauordnungen auch gegenüber Werken der Baukunst geltend gemacht werden können, hat das Bundesverwaltungsgericht mit Art. 2 II GG begründet, der jedermann das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit einräumt. Ein häßlicher Anblick könne auch Unlustgefühle hervorrufen und so das psychische Wohlbefinden beeinträchtigen.<sup>16</sup> – Es gibt im Verfassungsrecht sicher Felder, auf denen

11 Roman Herzog / Walter Schick, Verfassungsrecht, 4. Aufl. 1978, 53 f.

12 Vgl. Thomas Oppermann, in: HdbStR VI, 1989, § 145 Rnr. 29; von Mangoldt / Klein / Starck (Anm. 10), Art. 5 Rnr. 265.

13 Vgl. Erhard Denninger, in: HdbStR VI, 1989, § 146 Rnr. 39 ff; von Mangoldt / Klein / Starck (Anm. 10), Art. 5 Rnr. 213; Bodo Pieroth / Bernhard Schlink, Grundrechte Staatsrecht II, 7. Aufl. 1991, 167.

14 BVerfG, Beschl. v. 27.11.1990 – 1 BvR 402/87 – NJW 1991, 1471 ff.

15 Vgl. dazu auch die Nachw. bei Thomas Dickert, Naturwissenschaft und Forschungsfreiheit, 1991, 447 ff; Pieroth / Schlink (Anm. 13), 166.

16 BVerfG, Beschl. v. 27.6.1991 – 4 B 138/90 – NVwZ 1991, 983 f.



die Rechtswissenschaft ihre Ergebnisse überzeugender begründen kann. Wir machen es ähnlich wie die Mediziner, die ja auf eine wirksame Therapie auch nicht deshalb verzichten, weil sich der Heilerfolg naturwissenschaftlich nicht erklären läßt.

Daß die Ausgrabung von Bodendenkmälern gesetzlich beschränkt und von einer Erlaubnis abhängig gemacht werden darf, ist im Ergebnis wohl ähnlich unzweifelhaft wie die Lösung des Falles mit dem Ölschich. Daß man dieses Ergebnis mit dem Hinweis auf den Kulturstaatscharakter der Bundesrepublik begründen kann,<sup>17</sup> scheint mir aber deshalb zweifelhaft, weil dieses Argument tautologisch ist. Ein Staat, der in unseren beiden Ausgangsfällen die Erlaubnisse erteilt, ist deshalb nicht weniger oder mehr Kulturstaat als er dies bei der Verweigerung der Erlaubnisse wäre. Freie Forschung gehört ebenso zur Kultur wie Denkmalschutz. Wer hier den Kulturstaat zur Rechtfertigung von Beschränkungen der Forschungsfreiheit heranzieht, entnimmt dem Argument lediglich wieder das, was er vorher hineingegeben hat.

Am ehesten überzeugend finde ich nach wie vor den Vorschlag, die Forschungsfreiheit anderer Forscher auch künftiger Generationen als das durch die Erlaubnispflicht geschützte Verfassungsgut anzusehen.<sup>18</sup> Diese Begründung hat recht weitreichende Konsequenzen für die Entscheidung über die Erlaubniserteilung und darüber hinaus für die bodendenkmalpflegerische Praxis.

## 2.2 Anforderungen an die gesetzliche Zuteilung von Chancen auf Grundrechtsverwirklichung

Die gesetzlichen Regelungen über die Genehmigungspflicht sind dann nämlich als Regelungen über die Bewirtschaftung von Chancen zur Wahrnehmung von Grundrechten anzusehen. Im numerus-clausus-Urteil hat das Bundesverfassungsgericht die besonderen Anforderungen entwickelt, denen solche Regelungen genügen müssen. Insbesondere muß der parlamentarische Gesetzgeber die wesentlichen Entscheidungen selbst in einem formellen Gesetz treffen.<sup>19</sup> Nicht alle Denkmalschutzgesetze genügen diesen Ansprüchen:

Die verfassungsrechtlichen Bedenken sind jedenfalls dort, wo es an jedem sachlichen Kriterium für die Entscheidung über die Erteilung der Grabungserlaubnis fehlt, unabweisbar. Das betrifft die Gesetze von Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen. Der Rettungsversuch, auf die allgemeine gesetzliche Erhaltungspflicht zu verweisen, muß deshalb scheitern, weil diese Pflicht nirgendwo unbedingt ist, sondern alle Gesetze im überwiegenden öffentlichen Interesse Eingriffe in Denkmäler zulassen. Die Entscheidung, ob und gegebenenfalls wann Forschungsinteressen das Erhaltungsinteresse überwiegen, ist aber Sache des Gesetzgebers, nicht des Gesetzesanwenders.

Die Gesetze der anderen Länder enthalten Kriterien für die Erlaubniserteilung, wenn auch teilweise eher rudimentär. Auch hier bestehen vielfach Zweifel, ob die gesetzliche Regelung den verfassungsrechtlichen Anforderungen genügt. Noch am ehesten wird man das annehmen können, wo auf den Schutz des Bodendenkmals abgestellt wird, wie dies in Bayern und mit gewissen Abweichungen in Berlin, Nordrhein-Westfalen, im Saarland und in Brandenburg der Fall ist.<sup>20</sup> Mit diesen Formulierungen zeigen diese Gesetze ein leitendes Kriterium für die Auslegung und Anwendung der Bestimmungen über die Grabungserlaubnis auf: Im Vordergrund soll das Bemühen stehen, das Bodendenkmal, die Einheit von Befunden und Funden in situ zu erhalten. Im Hinblick auf die Interessen künftiger Forschergenerationen erscheint es verfassungsrechtlich

17 Fechner, Schutz (Anm. 10), 71; Fechner (Anm. 10), JZ 1992.

18 Fechner, Schutz (Anm. 10), 70; Janbernd Oebbecke, Das Recht der Bodendenkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland, DVBl. 1983, 384 (388).

19 BVerfG, Urt. v. 18.7.1972 – 1 BvL 32/70 – BVerfGE 33, 303 (336 f.), Urt. v. 8.2.1977 – 1 BvF 1/76 – BVerfGE 43, 291 (314).

20 Art. 7 I DSchG Bay; §§ 5 III 2 DSchG Bln; 13 II DSchG NW; 20 II DSchG Saar; 16 II DSchG Bbg.



tolerabel, wenn die Forschung auf die Grabungen beschränkt wird, die unvermeidbar sind, weil Denkmäler aus anderen Gründen weichen müssen. Wo ein Denkmal nicht in situ erhalten werden kann, können mit Hilfe dieses Schutzkriteriums die verbleibenden Interessen durchgesetzt werden. Dies sind das Interesse an der Dokumentation der Befunde als dem erhaltungsfähigen Substrat des Denkmals und das Interesse an der Erhaltung der durch die Grabung als Funde isolierten Einzeldenkmäler.

Die gesetzliche Regelung muß allerdings auch anderen verfassungsrechtlichen Maßstäben genügen als der Forschungsfreiheit des Art. 5 III GG. Mit dem allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 I GG sind etwa Regelungen unvereinbar, die amtliche Grabungen nicht denselben strengen Regeln unterwerfen wie die anderer Forscher. Vorschriften wie § 13 I 2 DSchG NW, wonach Nachforschungen in der Verantwortung des Landes, des Landschaftsverbandes oder der Stadt Köln von der Erlaubnispflicht ausgenommen sind,<sup>21</sup> können deshalb nur von der Pflicht zur Einholung einer Erlaubnis freistellen. Sie bedeuten keinesfalls, daß die genannten Stellen materiell-rechtlich größere Freiheit besäßen als andere Forscher;<sup>22</sup> reine Forschungsgrabungen sind auch ihnen verwehrt; das gilt selbst dann, wenn sie der Gewinnung von Erkenntnissen dienen, die für die Arbeit der Denkmalpflege von Bedeutung sind. Eine Ausnahme wird man hier allenfalls insoweit machen können, als eine Grabung der Gewinnung von Informationen für den Schutz des betreffenden Denkmals dient, etwa um zur Vorbereitung der Unterschutzstellung dessen Ausdehnung festzustellen.

Niedersachsen sieht als Entscheidungskriterium die Gesetzeskonformität vor: Die Erlaubnis ist zu versagen, wenn die Maßnahme gegen das Denkmalschutzgesetz verstoßen würde.<sup>23</sup> Diese Regelung verweist, wie schon erwähnt wurde, auf die Bestimmung über die Grenzen der denkmalrechtlichen Erhaltungspflicht.<sup>24</sup> Als Grenze wird außer der hier nicht in Betracht kommenden wirtschaftlichen Unzumutbarkeit das überwiegende öffentliche Interesse genannt; beispielhaft werden wissenschaftliche Gründe angeführt. Auch Brandenburg kennt für die Grabungserlaubnis den Erlaubnistatbestand des überwiegenden öffentlichen Interesses.<sup>25</sup> Die Erlaubnis zur Grabung ist nach diesen Bestimmungen also zu erteilen, wenn das öffentliche Interesse an der Grabung das an der Erhaltung des Denkmals überwiegt. Mit dieser Formulierung trifft der Gesetzgeber die eigentliche Entscheidung nur gerade nicht selbst, sondern überläßt sie vollständig der Genehmigungsbehörde; verfassungsrechtlich ist das höchst bedenklich.

Niedersachsen kennt daneben noch ein weiteres Entscheidungskriterium: Die Maßnahme darf Forschungsvorhaben des Landes nicht beeinträchtigen.<sup>26</sup> Das ist gewiß ein sinnvolles und unbedenkliches Kriterium, soweit es darum geht, laufende Vorhaben dagegen zu schützen, daß die Erhebung und Auswertung von Befunden durch Aktivitäten anderer Personen oder Stellen gestört werden. Allerdings kann auf diesem Wege kein Forschungsvorrang des Landes etabliert werden. Mit Art. 5 III GG wäre es beispielsweise unvereinbar, daß auf diese Weise mittel- oder langfristige behördliche Grabungspläne gegen wissenschaftliche Konkurrenz abgesichert werden sollen.

Verfassungswidrigkeit kann bei uns verbindlich nur das Bundes- und in einigen Ländern ein Landesverfassungsgericht feststellen.<sup>27</sup> Ein solcher Richterspruch könnte zustande kommen, wenn

21 Ähnlich – wegen der anders geregelten Erlaubniskriterien aber in einem anderen Kontext – §§ 12 I 2 DSchG Nds; 13 III DSchG SAnh.

22 So aber Dörfeldt / Viebrock (Anm. 7), § 21 Rnr. 4; Strobl / Majocco / Birn (Anm. 7), § 21 Rnr. 4.

23 §§ 12 I DSchG Nds.

24 §§ 7 II DSchG Nds.

25 § 16 II DSchG Bbg.

26 § 12 II 1 DSchG Nds.

27 Art. 100 GG.



ein Verwaltungsgericht die seiner Ansicht nach verfassungswidrige Bestimmung dem Verfassungsgericht vorlegt, oder wenn ein Betroffener nach erfolglosem Abschluß eines verwaltungsgerichtlichen Verfahrens Verfassungsbeschwerde einlegt. Ein solcher Richterspruch müßte nun nicht bedeuten, daß ein rechtloser Zustand ausbrechen muß, in dem die Bodendenkmäler dem Forschungsdrang schutzlos preisgegeben wären; das Bundesverfassungsgericht gewährt dem Gesetzgeber in solchen Fällen vielmehr eine Galgenfrist für die Schaffung eines verfassungskonformen Zustandes.<sup>28</sup> Das entbindet allerdings nicht davon, die Anwendung des befristet weitergeltenden Rechts möglichst stark an der Verfassung auszurichten. Das gilt vor allem für die Ausübung eingeräumten Ermessens.

### 2.3 Ermessensausübung im Lichte des Verfassungsrechts

Betrachtet man die denkmalgesetzlichen Regelungen über die Erteilung von Grabungserlaubnissen darauf hin, in welchem Umfang sie die entscheidende Behörde binden, lassen sich drei Gruppe unterscheiden: In acht Ländern ist die Behörde nach dem Gesetzestext völlig frei darin, wie sie entscheidet.<sup>29</sup> In zwei Ländern muß sie die Erlaubnis in bestimmten Fällen verweigern,<sup>30</sup> ist sonst aber in ihrer Entscheidung frei. In vier Ländern schließlich muß sie die Erlaubnis erteilen, wenn die Voraussetzungen vorliegen.<sup>31</sup> Aus der Sicht des Antragstellers ist diese Lösung sicher die angenehmste, weil sie die Entscheidung der Behörde für ihn kalkulierbar macht. In den anderen zehn Ländern ist seine Stellung dagegen schwierig, denn auch, wenn die Voraussetzungen günstig sind, ist die Behörde nach dem Gesetzestext nicht gehindert, die Erlaubnis zu verweigern. Bezieht man das Verfassungsrecht in die Betrachtung ein, wird seine Position aber günstiger, denn aus dem Grundrecht der Forschungsfreiheit ergeben sich Ermessensdirektiven für die Behörde, Richtlinien dafür, wie sie von dem ihr eingeräumten Ermessen Gebrauch machen muß. Ende Januar 1986 hat eine Kammer des ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts darüber entschieden, ob sich aus dem Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit ein Recht ableiten läßt, zu Forschungszwecken Behördenakten einsehen zu dürfen.<sup>32</sup> Ein akademischer Oberrat am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften einer Universität hatte für ein Forschungsvorhaben über die Entscheidungsprozesse in der Bundeszentrale für politische Bildung die Einsichtnahme in Akten dieser Behörde aus den Jahren 1967 bis 1978 beantragt. Die Bundeszentrale lehnte den Antrag unter Hinweis auf die grundsätzlich bestehende Sperrfrist von dreißig Jahren ab und legte im einzelnen dar, warum eine Ausnahme in diesem Fall nicht in Betracht komme.

Die Klage vor den Verwaltungsgerichten blieb erfolglos und die Verfassungsbeschwerde wurde mangels Erfolgsaussicht nicht zur Entscheidung angenommen. Ein Anspruch auf Unterstützung seiner Forschung durch Gewährung der Akteneinsicht stand dem Antragsteller nach Auffassung der entscheidenden Kammer nicht zu. Sie wies jedoch darauf hin, daß bei der Entscheidung über den Antrag die Verfassung als Wertordnung und damit auch der Stellenwert beachtet werden müsse, den das Grundgesetz der Freiheit der Wissenschaft einräume. Daraus ergebe sich zwar kein Anspruch auf Akteneinsicht, der Antragsteller könne aber verlangen, daß über den Antrag sachgerecht, also frei von Willkür und unter angemessener Berücksichtigung des Zwecks des Anliegens entschieden werde. Das habe die Bundeszentrale im vorliegenden Fall getan.

28 Wolfgang Löwer, in HdbStR II, 1987, § 56 Rnr. 105 ff, insb. 108.

29 §§ 20 DSchG BW, 16 I DSchG Bre, 16 I DSchG Hbg, 21 DSchG He, 21 I DSchG RhPf, 14 III DSchG SAnh, 18 I DSchG SchlH, 18 DSchG Thü.

30 §§ 5 III DSchG Bln, 20 II 2 DSchG Saarl.

31 Art. 7 I DSchG Bay, §§ 16 II DSchG Bbg, 12 II DSchG Nds, 13 II DSchG NW.

32 BVerfG, Beschl. v. 30.1.1986 – 1 BvR 1352/85 – NJW 1986, 1243.



Anders als in diesem Fall des Bundesverfassungsgerichts geht es bei der Grabungsgenehmigung nicht darum, daß der Staat ein Vorhaben unterstützen soll; das wäre etwa der Fall, wenn die Liegenschaftsverwaltung des Bundes über die privatrechtliche Erlaubnis zu entscheiden hätte, daß auf einer bundeseigenen Fläche gegraben werden darf. Es geht vielmehr darum, unter welchen Voraussetzungen der Staat darauf verzichtet, die Forschung durch die Grabung rechtlich zu verhindern. Hier ist Art. 5 III GG in seiner primären Funktion als Abwehrrecht angesprochen; die Stellung des Antragstellers ist deshalb als deutlich stärker einzusetzen. In dem Akteneinsichtsfall spielt der Staat, wie es in der Entscheidung heißt, keine Sonderrolle, sondern ist eins unter vielen möglichen Forschungsobjekten. Wenn schon dann die Bedeutung der Wissenschaftsfreiheit bei der Entscheidung angemessen zu berücksichtigen ist, um wieviel mehr muß das bei der Grabungserlaubnis gelten, wo der Staat dem Einzelnen in seiner klassischen Sonderrolle gegenübertritt, als verbietender, eingreifender Staat, gegen den die Grundrechte gerade schützen sollen. Das bedeutet für die Ausübung des Ermessens in den Ländern, in denen gesetzliche Voraussetzungen bestimmt sind, daß bei Vorliegen dieser Voraussetzungen die Erlaubnis in aller Regel erteilt werden müssen. Das bedeutet in den Ländern ohne nähere gesetzliche Regelung, daß die Erlaubnis nur aus genau angegebenen und wirklich wichtigen Gründen verweigert werden darf.<sup>33</sup>

Man muß sich klar machen, daß die Bestimmungen über die Grabungsgenehmigung den Sonderfall einer Regelung über die Zulassung einer Denkmalzerstörung darstellen. Denkmalzerstörungen sind aber nicht nur erlaubnispflichtig, wenn sie zu Forschungszwecken vorgenommen werden, sondern nach den Denkmalschutzgesetzen auch in anderen Fällen. Die Stellung des Antragstellers kann im Sonderfall der Grabungserlaubnis nicht schwächer sein als in diesen anderen Fällen.<sup>34</sup>

Durch Nebenbestimmungen zur Genehmigung kann die Behörde fachliche Standards festlegen. Wie und in welchem Umfang das geschieht, steht im Ermessen der Genehmigungsbehörde. Die Ausübung dieses Ermessens wird mitbestimmt durch die grundrechtlich gewährleistete Forschungsfreiheit. Im Fall des neolithischen Gräberfeldes wird man sich darauf beschränken, die verantwortliche Leitung durch den Antragsteller vorzuschreiben. Weitere methodische Vorgaben dürften mit dessen Forschungsfreiheit unvereinbar sein. Eine Ausnahme mag für die Publikation gelten. Allerdings dürfen die Standards insoweit – wie übrigens auch sonst – nicht über das hinausgehen, was die amtliche Denkmalpflege selbst beachtet. Bei fachlich weniger qualifizierten Antragstellern wie im ersten Fall wird man auch die Art und Weise der Dokumentation vorschreiben können; die Grenze ist dort erreicht, wo die beantragte Grabung durch die Nebenbestimmung für den Antragsteller faktisch unmöglich wird. In jedem Fall darf die vorübergehende Überlassung der Funde verlangt werden, soweit sie aus bodendenkmalflegerischen Gründen, zur Dokumentation und Inventarisierung des Denkmälerbestandes notwendig ist.

### 3. Überlegungen zu einer gesetzlichen Neuregelung

Nach dem Ergebnis der hier vorgetragenen verfassungsrechtlichen Überlegungen ist in den meisten Bundesländern eine klare und verfassungskonforme gesetzliche Neuregelung der Grabungsgenehmigung notwendig. Sie sollte nach Möglichkeit erfolgen, solange noch keine gerichtlichen

<sup>33</sup> Oebbecke (Anm. 18), DVBl. 1983, 388.

<sup>34</sup> Dem Antragsteller hat ein Anspruch auf die Erlaubnis bzw. auf fehlerfreien Ermessensgebrauch zugestanden. Vgl. etwa Wolfgang Eberl/Dieter Martin/Michael Petzet, Bayerisches Denkmalschutzgesetz, 3. Aufl., 1985, Art. 6 Rnr. 33; Memmesheimer/Upmeyer/Schönstein (Anm. 5), § 9 Rnr. 17; Strobl/Majocco/Birn (Anm. 7), § 8 Rnr. 6; Christoph Moench, Die Entwicklung des Denkmalschutzrechts, NVwZ 1988, 304 (309) m. w. Nachw.



Auseinandersetzungen laufen. Wie müßte eine solche gesetzliche Neuregelung aussehen, die den Ansprüchen der Verfassung genügt? Im folgenden soll abschließend versucht werden, aus juristischer Sicht den Rahmen aufzuzeigen, der dabei beachtet werden muß.

In erster Linie ist ein klares bodendenkmalpflegerisches Programm erforderlich, das der Gesetzgeber bei seiner politischen Entscheidung über die gesetzliche Regelung der Ausgrabung zugrunde legen kann. Verfassungsrechtlich lassen sich einige Fixpunkte angeben, die dabei beachtet werden müssen; darauf komme ich noch zurück. Diese Fixpunkte lassen aber einen breiten Entscheidungsspielraum, der ausgefüllt werden kann und in den Grundzügen durch den Gesetzgeber ausgefüllt werden muß.

Mir scheint nun, daß die fachliche Diskussion von einer hinreichend klaren Vorstellung über ein bodendenkmalpflegerisches Programm, die sich Ministerien und Landtage bei der Gesetzgebung zu eigen machen könnten, noch ein Stück weit entfernt ist. Zwischen der Auffassung, „ein Archäologe, der fachlich zureichend qualifiziert ist und der sich bei seiner praktischen Arbeit an die allgemeinen Spielregeln des Faches hält,“ müsse „ein archäologisches Denkmal als archäologische Quelle erschließen können“<sup>35</sup> und dem Grundsatz, „in der Regel nur noch dort Ausgrabungen durchzuführen, wo man das Denkmal nicht mehr anders erhalten kann“<sup>36</sup>, bestehen trotz des Vorbehalts „in der Regel“ erhebliche Differenzen. Daß bis auf weiteres die Vielzahl der anfallenden Rettungsgrabungen einerseits und die spärliche Finanzausstattung der archäologischen Forschung außerhalb der Bodendenkmalpflege andererseits diesen Widerspruch in der Praxis meistens verdecken, kann nicht über seine Existenz hinwegtäuschen.

Weder die eine noch die andere Auffassung sind von Verfassungen wegen zu beanstanden; beide dürften also einer gesetzlichen Regelung als Programm zugrunde gelegt werden. Legt man die zweite zugrunde, die bisher wohl der herrschenden Meinung unter den Landesarchäologen nahekommt,<sup>37</sup> muß klar herausgearbeitet werden, in welchen Fällen Ausnahmen gemacht werden. Die Abweichungen von der zitierten Regel machen dann zum guten Teil die Grundrechtssubstanz der Forschungsfreiheit in diesem Bereich aus, und deshalb muß der Gesetzgeber die wesentlichen Entscheidungen selbst treffen. Jedenfalls muß im Gesetz entschieden werden, welche Auffassung gelten soll; die Entscheidung kann aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht der Praxis überlassen werden.

Wie man sich auch entscheidet, die Entscheidung ist generell, also für alle gültig. Einen Forschungsvorrang für wen auch immer kann es nicht geben. Eine Ausnahme kommt insofern, wie bereits erwähnt, nur für die aus denkmalpflegerischen Gründen notwendigen Maßnahmen der Denkmälererkundung in Betracht, die durch die Stelle durchgeführt oder mindestens bestimmend verantwortet werden müssen, die die fachlichen Grundlagen für den Schutz des Denkmals erarbeitet.

Wenn maßgeblich für die Restriktionen gegenüber der heutigen Forschung die Interessen der künftigen Forschung sind, kann es dort keine Beschränkungen geben, wo ein Denkmal ohnehin verloren geht, denn dort können die Interessen der künftigen Forschung gar nicht gewahrt werden. Bei Rettungsgrabungen kann es also nicht darum gehen, ob sie durchgeführt werden, sondern nur wie und von wem. Soweit der amtlichen Denkmalpflege Kapazitäten zur Verfügung stehen, kann sie dabei einen Auswahlvorrang vor solchen Interessenten in Anspruch nehmen, die

---

35 Joachim Reichstein, Das archäologische Denkmal als archäologische Quelle, in: Archäologie und Recht – Was ist ein Bodendenkmal? hrsg. von Heinz Günter Horn u.a., Mainz 1991, 34.

36 Dieter Planck, Rettungsgrabung und Forschung – Archäologische Denkmalpflege heute, in: Archäologie und Recht (Anm. 35), 14.

37 Vgl. auch Ernst-Rainer Hönes, Denkmalschutz und Denkmalpflege in Rheinland-Pfalz, 1984, 98.



fachliche Standards nicht in gleichem Umfang<sup>38</sup> einhalten. Wenn keine besseren Kapazitäten zur Verfügung stehen, muß aber sicher auch der archäologischen Arbeitsgemeinschaft die Grabung gestattet werden. So mangelhaft ihre Bemühungen um Quellensicherung auch ausfallen mögen, sind sie immer noch besser als die schlichte Zerstörung.

Zu erinnern ist auch daran, daß die Forschungsgrabung gewiß auch bei einer sehr liberalen Handhabung der Genehmigungspraxis nur eine eher untergeordnete Ursache für den Denkmälerverlust ist. Zwischen den anderen Interessen, denen Denkmäler geopfert werden, und den Interessen der Forschung, denen bei einer Erlaubnisverweigerung nicht entsprochen wird, muß ein angemessenes Verhältnis bestehen. Verfassungsrechtlich ist die Forschungsfreiheit nicht weniger gewichtig als das Eigentum, auch wenn dieses Grundrecht ohne den Schutzschild der Geldentschädigung auskommen muß. Die ansonsten geltenden und praktizierten Maßstäbe dürfen nicht außer acht bleiben, wenn die Voraussetzungen bestimmt werden, unter denen eine Grabung erlaubt wird.

Schwierige Fragen tauchen auf, wo amtliche und nicht-amtliche Forschung auf gleichem fachlichem Niveau um Ausgrabungen konkurrieren, gleichgültig ob es sich um Notgrabungen oder reine Forschungsgrabungen handelt. Hier werden Verfahren und Kriterien zu entwickeln sein, wie die vorhandenen Kapazitäten optimal eingesetzt werden können,<sup>39</sup> ohne daß der notwendige Schutz der Forschungschancen für die Zukunft dabei außer acht bleibt. Zugleich wird dabei immer auch zu berücksichtigen sein, daß dem Zuwachs an Auswertungsmöglichkeiten, den wir in der Zukunft erwarten dürfen,<sup>40</sup> wenn wir heute auf eine Grabung verzichten, der Nutzen als gewissermaßen geistiger Zins gegenübersteht, den wir und künftige Generationen aus Erkenntnissen bereits ziehen können, wenn wir heute ausgraben.

---

38 Es versteht sich, daß die Wahrung fachlicher Standards nur im fachlich sinnvollen Umfang verlangt werden kann. Sehr weitgehend wohl die Landesregierung Rheinland-Pfalz (LT-Drs. Rheinland-Pfalz 12/487), die bei „jeder Bergung“ eines paläontologischen Einzelobjekts die „Dokumentation der Fundumstände, die für die Rekonstruktion fossiler Ökosysteme unerlässlich sind“ verlangt.

39 Dazu etwa Wilfried Berg, *Die Verwaltung des Mangels*, Staat 1976, 1 (13 ff.).

40 Wenn die archäologischen Denkmäler in der Zwischenzeit nicht anderweitig Schaden nehmen; dazu s. Werner Scharff, *Umweltschäden: Bedrohung für archäologische Bodenfunde*, AiD 1992/2, 4 f.



# Zusammenfassung – Bilanz des Kolloquiums

Alfred Haffner

Die Kollegen H. G. Horn und D. Planck haben mich gebeten, den Ertrag dieses Weimarer Kolloquiums zu umreißen und auch meine Meinung zum Thema zu äußern. Es geht mir nicht darum, alle Vorträge zu resümieren oder gar kritisch zu durchleuchten und somit einer Besprechung vorzugreifen, mein Anliegen ist vielmehr, die wesentlichen Aussagen zur zentralen Frage dieses Treffens zu bündeln, nämlich ob überhaupt und wann der archäologischen Feldforschung Grenzen zu setzen sind, ob Denkmalschutz Priorität vor Forschung genießen sollte. Auch geht es mir darum, auf die in den Vorträgen und Diskussionen aufgezeigten Wege, beides miteinander erfolgreich zu verbinden, ausdrücklich hinzuweisen.

Die historischen Rückblicke haben gezeigt, daß weder der Gedanke eines konsequenten Denkmalschutzes noch der, daß Erforschung, d. h. Ausgrabung eines Denkmals Zerstörung bedeutet, neu ist. Neu ist hingegen, daß die Denkmalschutzgesetze so interpretiert und gehandhabt werden können – der Vortrag von F. Fechner hat diese Problematik verdeutlicht – daß Forschung verweigert, daß das Grundrecht auf die Freiheit der Forschung eingeschränkt werden kann.

Bei allen Unterschieden im Grundverständnis von Denkmalpflege bzw. Forschung auf Seiten der archäologischen Denkmalpfleger und dem Vertreter der Universitätsforschung, eine echte Polarisierung der Meinungen blieb aus. Auch war der Eindruck gelegentlich nicht zu verkennen, daß manche offene Tür eingerannt wurde.

H. G. Horn hat in seinem einleitenden Vortrag deutlich gemacht, daß weder Denkmalschutz noch Forschung sich im politikfreien Raum bewegen, daß beide Teile öffentlichen Interesses sind mit der Konsequenz des Angewiesenseins auf die Akzeptanz durch die Gesellschaft. Vor allem hat er jedoch Fragen gestellt: Sind Denkmalpflege und Forschung Synonyme oder Gegensätze? Stellen Archäologische Denkmalpflege und archäologische Forschung an Universitäten zwei Welten mit unterschiedlichem Forschungsansatz und -anspruch dar? Aber auch seine Meinung hat er klar ausgesprochen. Denkmalpflege ist Forschung, die Denkmalpflege bejaht auch die Forschung um der Forschung willen, wobei jedoch dem dauerhaften Schutz klar Priorität einzuräumen sei.

D. Planck hat die Fragen aufgegriffen. Seine Antworten waren geprägt von der Konfrontation mit einem Berg von Problemen, dem die Archäologische Denkmalpflege ausgesetzt ist. Sehr überzeugend hat er die ungeheure Gefährdung des Denkmalbestandes bis hin zur weiträumigen Zerstörung der Denkmallandschaft aufgezeigt, durchaus vergleichbar der Umweltzerstörung, auf das ständige Anwachsen der Gefährdungsursachen hingewiesen und schließlich als Konsequenz vorgeschlagen:

1. Denkmäler jeder Art sind unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten zu schützen, auch durch Einrichtung von Denkmalreservaten. Nicht gefährdete Denkmäler gilt es auch vor der Untersuchung durch Ausgrabung, somit vor der Forschung zu schützen, da ihr Bestand absehbar sei.
2. Archäologische Denkmalpflege ist durch Rettungsgrabungen auch Forschung, wobei die Qualität der Dokumentation und Restaurierung usw. auch die Qualität der Forschung ausmacht. Dort wo Schutz nicht möglich ist, muß gegraben werden, und zwar unter der Meßlatte der historischen Fragestellung und Dimension.
3. Gerade letzteres und die beschränkten Möglichkeiten der Denkmalpflege zwingen zur Schwerpunktbildung in der Denkmalpflege-Forschung, zwingen dazu, Prioritäten bei der Auswahl zu setzen, auf die zahlreichen kleinen Notbergungen zugunsten groß angelegter systematischer Flächengrabungen zu verzichten als Voraussetzung für weiterführende Erkenntnisse.



Nur unter diesen Voraussetzungen kann die Denkmalpflege Grundlagen für eine verbesserte Forschung schaffen.

Besonders hervorzuheben sei auch ein Appell von D. Planck an die Hochschullehrer, nämlich dem wissenschaftlichen Nachwuchs eine breit angelegte Ausbildung zu bieten, eine Auffassung, mit der ich voll und ganz übereinstimme.

Besonders erfreulich, daß die Organisatoren den Leiter der niederländischen Denkmalpflege, W. J. H. Willems, eingeladen hatten. Als wesentlichen Unterschied zum Baudenkmal sieht er den besonderen Wert des Bodendenkmals in seiner Funktion als Bestandteil des Bodenarchivs; er unterscheidet zwischen Forschungspflege und „reiner“ Forschung; ersteres bedeutet für ihn Untersuchung nur dann, wenn Gefährdung vorliegt und selbst dann nur unter bestimmten Voraussetzungen, d. h. wenn notwendig, weil sinnvoll. Ähnlich wie für D. Planck sind auch für ihn wissenschaftliche Fragestellung in Verbindung mit Schwerpunktbildung in Form von Forschungsprojekten ausschlaggebende Kriterien für eine Auswahl, auch mit der Konsequenz, daß Denkmäler unerforscht zerstört werden. Diese von Forschungsstrategien bestimmte Denkmalpflege scheint in den Niederlanden so ausgeprägt, daß sich moderne Archäologen fragen, ob es überhaupt Sinn hat, Altgrabungen, etwa aus den 50er Jahren noch aufzuarbeiten. Ich meine, eine gefährliche Einstellung, ich komme nochmals darauf zurück.

Besonders kennzeichnend für die Niederlande, ein Konflikt zwischen Forschungspflege der Denkmalpflege und „reiner“ Forschung der Universitätsinstitute existiert nicht. Auch für die „reine“ Forschung gilt der Grundsatz, gefährdete Objekte haben Vorrang, ihre Zahl ist dermaßen groß, daß genug geeignete zur Auswahl stehen. Daß jedoch auch bei Vorliegen überzeugender Argumente geschützte Denkmäler Forschungsgegenstand sein können und müssen, ergibt sich aus dem Schutzziel, nämlich der Erhaltung des Bodenarchivs für Forschungszwecke.

Die abschließenden sehr kritischen Worte von W. J. H. Willems zur Problematik der „Kontraktarchäologie“, der Vergabe von Aufgaben der Forschungspflege an Grabungsfirmen, scheinen mir für die deutsche Landesarchäologie besonders beachtenswert. Eindringlich wird die Entwicklung in den USA hin zur Denkmalindustrie mit all ihren negativen Auswirkungen der Kommerzialisierung als Warnung an die europäische Denkmalpflege verstanden. Aus der Erfahrung meiner langjährigen Tätigkeit in der Archäologischen Denkmalpflege kann ich mich der Auffassung von W. J. H. Willems nur anschließen. Diese Entwicklung bedeutet Auslieferung an kommerzielle Interessen.

Trotz der aufgezeigten Auffassungsunterschiede von H. G. Horn, D. Planck und W. J. H. Willems, in der Tendenz überwiegt die Gemeinsamkeit. Eine etwas anders gelagerte Grundeinstellung zeigten die Ausführungen von J. Reichstein. Schon sein Leitgedanke „Wer nicht neugierig ist, erfährt nichts“ weist in Richtung Freiheit der Forschung. J. Reichstein betont die Existenzberechtigung der Denkmalpflege als „integraler Faktor bewußter Geschichtsschreibung“, ein Erhaltungspostulat aus wissenschaftlichem Interesse; er unterstreicht, daß die Erschließung neuer Quellen Bestandteil der Forschung sein muß. Als Konsequenz schließt er die Untersuchung nicht gefährdeter Denkmäler keineswegs aus, im Gegenteil, seine Maxime ist, strenge Prüfung ja, dann ab Priorität der Forschung. Eine Einbindung von Universität und Museum sollte nicht nur möglich sein, sie sollte ein Ziel der Denkmalpflege sein.

Wohl in Kenntnis seiner Einstellung zum Thema dieses Kolloquiums war H. Steuer von den Organisatoren gebeten worden, die Auffassung der Universität zu vertreten, wobei sich H. Steuer sehr wohl bewußt war, daß ein einheitliches Meinungsbild nicht existiert. Vor allem die Diskussionsbeiträge von W. Janssen / Würzburg haben diametral gegensätzliche Auffassungen gezeigt. Die Vorstellungen H. Steuers zur Problematik Denkmalpflege/ Forschung sind geprägt von der Verpflichtung des Universitätslehrers zur Forschung, aus archäologischer Sicht zur Feldforschung und der im Grundgesetz garantierten Freiheit der Forschung. Wissenserweiterung und



Methodenverbesserung sind wesentliche Forschungsanliegen. Quellenerschließung und -edition etwa durch Rettungsgrabungen oder zur Archivablage sind hingegen keine Forschung. Feldforschung erfordert die wissenschaftliche Fragestellung; die themaaorientierte Strategie der Quellenbeschaffung macht Forschung aus. Seine Standortbestimmung auf den Punkt gebracht: Forschen darf jeder, Universitätswissenschaftler müssen forschen. Die Forschungsobjekte müssen frei wählbar sein, im Ausland, innerhalb Deutschlands länderübergreifend, unabhängig von der Archäologischen Denkmalpflege. Schwerpunktbildung, auch durch Inkaufnahmen von Unvollständigkeit und Verlusten, ist erforderlich. Das Postulat der Denkmalpflege, nur bedrohte Denkmäler für Forschung zur Verfügung zu stellen, betrachtet er als besonders gefährlich, da nur das schon Bekannte unter Schutz steht, Erkenntniserweiterung aber von umfassenden Forschungsmöglichkeiten abhängig ist. Als wesentliche Aufgabe der universitären Forschung sieht H. Steuer die Verpflichtung zur Synthese, zur Bilanz mit multidisziplinärer Ausrichtung, eine Aufgabe, die er weder in Kolloquienbänden noch in Ausstellungskatalogen als wahrgenommen erkennt.

Fünf forschungspolitische Thesen stellt H. Steuer abschließend zur Diskussion:

1. Universitäres Archäologiestudium ist nicht nur Berufsausbildung, etwa im Sinne von Fachhochschulausbildung, es ist Schwerpunktbildung in der Methodik, Ausbildung zum Wissenschaftler unabhängig von Alltagsinteressen. Wünschenswert deshalb ein Referendariat in Denkmalpflege und Museen.
2. Universitätsinstitute müssen, um unabhängig forschen zu können, mit etatisierten Haushaltsmitteln für Feldforschung ausgestattet werden.
3. Feldforschung ist nur als Projektforschung mit formulierter Fragestellung sinnvoll, mit dem Ziel der vollständigen Erfassung von Siedlungen, Gräberfeldern und Siedlungskammern, dem Ziel, Lücken zu finden und zu füllen.
4. Universität und Denkmalpflege sollten gemeinsam an diese Aufgabe herangehen. Archäologische Kommissionen (z. B. Niedersachsen, Hessen) sind ein zukunftsweisendes Forum der Zusammenarbeit.
5. Große kostspielige Projekte der Denkmalpflege sollten der Kontrolle der Wissenschaft, etwa durch Einsetzung einer Prüfgruppe unterworfen werden.

Die Mehrzahl der von den Vortragenden geäußerten Meinungen sprechen in ihrer klaren Aussage für sich, lassen Unterschiede vor allem in der Gewichtung erkennen. Diese Unterschiede sind jedoch partiell so beträchtlich - hier Horn, Planck, Willems, dort Steuer - daß zukünftig Konfrontation nicht auszuschließen ist. Alle Vortragenden, und dies gilt besonders für J. Reichstein, aber auch für H. Steuer, haben Wege aufgezeigt, wie eine Verständigung aussehen könnte. Das ausführliche Gespräch mit guter Argumentation, überzeugender wissenschaftlicher Zielsetzung und Kompromißbereitschaft dürfte der Weg sein, eine Konfrontation zu verhindern. Dies mag als blauäugig angesehen werden; ich ertrage jedoch den Vorwurf der Blauäugigkeit gern, da meine eigenen Erfahrungen gerade in jüngster Zeit bei Vorbereitung des DFG-Schwerpunktprogramms „Romanisierung“ nur positiv zu sehen sind. Neue Gremien für die Entscheidungsfindung zu schaffen, halte ich zumindest vorerst für überflüssig.

Zu einigen in den Vorträgen zur Problematik Denkmalschutz/ Forschung geäußerten Denkmoldellen und Meinungen möchte ich abschließend einige Gedankensplitter anmerken.

Immer wieder war von ungefährdeten Denkmälern die Rede. Nach meiner Erfahrung ist kaum ein Denkmal nicht gefährdet. Nur ein Beispiel: In den siebziger Jahren haben Reinhard Schindler und ich auf die Untersuchung zweier äußerst versteckt im Wald liegender, wahrscheinlich frühlatènezeitlicher Großgrabhügel verzichtet, da wir dem Schutzgedanken Priorität vor Forschung einräumten. Heute sind die Zentren dieser Hügel ausgeraubt, wahrscheinlich frühkeltische Prunkgräber verloren. Denkmalschutz ist notwendig und gut, aber nur eine Seite der Medaille, die andere Seite kennen die Denkmalschützer nur zu gut.



Immer wieder wurde von den Vortragenden geradezu gefordert, man müsse den Mut haben, Zerstörung von Denkmälern zugunsten von Schwerpunktbildung in Kauf zu nehmen. Der Gedanke ist bestechend angesichts der beschränkten Kapazitäten finanzieller und personeller Art. Er wäre akzeptabel, wenn garantiert werden könnte, daß die Dunkelziffer der Zerstörung von Denkmälern auf ein Minimum reduziert werden könnte. Nach meinem Kenntnisstand werden bis zu 90 % archäologischer Denkmäler ohne wissenschaftliche Untersuchung zerstört, zumindest in einigen Bundesländern.

Forschungsstrategie und Schwerpunktbildung ja, aber wirklich auf Kosten und durch Vernachlässigung des „kleinen“ Fundes, der Kurzuntersuchung? Unser heutiger Erkenntnisstand ist mosaikartig entstanden, auch aus der Fülle von scheinbar unscheinbaren Beobachtungen. Die Lücken können nicht nur durch Großunternehmungen gefüllt werden. Es sollte bei aller Personalnot, wie vor dem Kriege durchaus üblich, eine Feuerwehr auch für kleine Brände bereitstehen. Besonders gefährlich ist aus meiner Sicht das von W. J. H. Willems angesprochene Gedankenmodell des Verzichts von Quellenarchivierung auf Halde, des Verzichts der Aufarbeitung älterer Grabungen wegen mangelnder Qualität. Meine Meinung will ich in Fragen ausdrücken. Welch seltsame Art von Historikern wären wir, wenn wir Archivierung von Quellen von ihrer aktuellen Bewertung abhängig machen? Wer garantiert eine Optimierung der Quellsituation, wenn die Quellenerschließung geprägt ist von zeitbedingter Forschungsmeinung, von Fragestellungen, geprägt vom Zeitgeist und Ideologien? Was wissen wir denn von den wissenschaftlichen Fragestellungen der Zukunft? Müssen wir uns wirklich dem Risiko des Vorwurfs der Quellenvernichtung bzw. des Aufbaus eines einseitigen Archivs aussetzen, des Vorwurfs, nicht alle Chancen genutzt zu haben, den sich ständig verkleinernden Denkmalbestand für zukünftige Forschung durch Untersuchung bewahrt zu haben?

Die Beiträge des Kolloquiums – und dies gilt für alle Vorträge – haben die Standpunkte geklärt, eine Fülle wichtiger Informationen zu Problemen der Denkmalpflege geliefert. Sie haben zu leidenschaftlichen Diskussionsbeiträgen motiviert, einer Diskussion, die sicher nicht abgeschlossen ist. Nimmt man einigen wohl bewußt überspitzt formulierten Thesen die Spitze, dann bleibt genügend Substanz für eine ruhige Diskussion mit Konsens als Ergebnis.







# Programm

## Dienstag, 19. Mai 1992

- 9.00 Uhr Begrüßung und Einführung  
(Dr. H. G. Horn, Düsseldorf)
- 9.15 Uhr Bodendenkmalpflege und Forschung – Synonyme oder Gegensätze?  
(Prof. Dr. D. Planck, Stuttgart)
- 9.45 Uhr Forschung: Ziel der Archäologischen Denkmalpflege?  
(Prof. Dr. J. Reichstein, Schleswig)
- 10.15 Uhr Diskussion; anschließend Kaffeepause
- 11.15 Uhr Bodendenkmalpflege und archäologische Feldforschung aus der Sicht der Universität  
(Prof. Dr. H. Steuer, Freiburg)
- 11.45 Uhr Paläontologie und Archäologie. Gemeinsamkeiten in Methode und Zielsetzung  
(Prof. Dr. W. v. Koenigswald, Bonn)
- 12.15 Uhr Diskussion; anschließend Mittagessen
- 14.00 Uhr Die Auswahl der Grabungsplätze durch die Römisch-Germanische Kommission in den Jahren seit 1956  
(Prof. Dr. S. v. Schnurbein, Frankfurt/M.)  
Korreferat:  
Zu Forschungsvorhaben des Deutschen Archäologischen Instituts  
(Dr. A. Hoffmann, Berlin)
- 14.45 Uhr Förderaspekte der Deutschen Forschungsgemeinschaft bei Projekten der Archäologischen Denkmalpflege  
(Dr. J. Briegleb, Bonn)
- 15.15 Uhr Diskussion; anschließend Kaffeepause
- 15.45 Uhr Bodendenkmalpflege und das Grundrecht der Forschungsfreiheit  
(Dr. F. Fechner, Tübingen)  
Korreferat:  
Das Verhältnis von Bodendenkmalpflege und Forschung aus verfassungsrechtlicher Sicht (Prof. Dr. J. Oebbecke, Münster)
- 16.30 Uhr Diskussion; anschließend Zusammenfassung (Prof. Dr. A. Haffner, Kiel)



# Verzeichnis der Teilnehmer

Assendorp, J., Lüneburg  
Bahn, B. W., Halle  
Barthel, S., Weimar  
Behrends, R.-H., Karlsruhe  
Biel, J., Stuttgart  
Briegleb, J., Bonn  
Busch, R., Hamburg  
Coblenz, W., Dresden  
Dušek, S., Weimar  
Eckert, J., Oldenburg  
Fechner, F., Tübingen  
Fehring, G. P., Lübeck  
Fiedler, L., Marburg  
Fingerlin, G., Freiburg  
Fröhlich, S., Halle  
Göldner, H., Darmstadt  
Grasselt, Th., Weimar  
Gustavs, G., Potsdam  
Haffner, A., Kiel  
Herrmann, F.-R., Wiesbaden  
Hoffmann, A., Berlin  
Horn, H. G., Düsseldorf  
Huck, Th., Gotha  
Jäger, K.-D., Halle  
Janssen, B., Würzburg  
Janssen, W., Würzburg  
Kernd'l, A., Berlin  
Kier, H., Köln  
Knaack, A., Bonn  
Koenigswald, W. v., Bonn  
Koschik, H., Bonn  
Lüth, F., Hamburg  
Mechelk, H., Dresden

Miron, A., Saarbrücken  
Möller, J., Hannover  
Oebbecke, J., Münster  
Peschel, K., Jena  
Planck, D., Stuttgart  
Precht, G., Xanten  
Rech, M., Bremen  
Reichstein, J., Schleswig  
Reim, H., Tübingen  
Rötting, H., Braunschweig  
Ronke, J., Stuttgart  
Rupprecht, G., Mainz  
Sachenbacher, P., Weimar  
Schäfer, H., Stuttgart  
Schleuning, H., Stuttgart  
Schoknecht, U., Waren  
Schnurbein, S. v., Frankfurt/M.  
Seyer, H., Berlin  
Spehr, R., Dresden  
Speitel, E., Weimar  
Steuer, H., Freiburg  
Taute, W., Köln  
Timpel, W., Weimar  
Trier, B., Münster  
Walter, D., Weimar  
Walther, W., Mühlhausen  
Warnke, D., Berlin  
Wegner, H.-H., Koblenz  
Wetzel, G., Potsdam  
Wilhelmi, K., Hannover  
Willems, W. J. H., Amersfoort  
Ziegert, H., Hamburg



